

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1,20 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragene in die Post-Liste als Zeitung. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich: 2,50 M., für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die festgesetzte Normalspalte über deren Raum 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Erörterungen und Besprechungen 15 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 10 Pf. (zünftig 2 Zeilen gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlußanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 24. Januar 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Dies ater No. 2.

Ein dies ater, einen schwarzen Tag, nannte der Zentrumsgesandte Fehrenbach den 3. Dezember 1913, weil der Reichskanzler sich nicht dazu aufraffen wollte oder konnte, die vom Militarismus bedrohte Reichsverfassung zu schützen und der Kriegminister sie sogar mit gezieltem Degen attackierte. Auch der 23. Januar 1914 ist solch ein dies ater, ein Tag, über dem dunkle Wolken hängen, aber an seiner Schwärze trägt kein Kanzler und kein Kriegminister die Schuld, sondern das deutsche Bürgertum in seinen parlamentarischen Vertretern selbst. Es ist gekommen, wie wir es geahnt und vorausgesehen haben. Der Raub verlor, der Kronenjammer ist geblieben, und so werden sie, die stolzen Helden des 3. und 4. Dezember, die so trübselig geschwungene Finte ins Korn und reticieren auf der ganzen Linie.

Denn nichts anderes ist das Ergebnis dieser zweiten Jahrbücher Debatte. Weder das Zentrum, noch die Nationalliberalen und auch nicht die Fortschrittler haben die Lust oder die Kraft, den heftig tobenden Stier des junkerlichen Militarismus bei den Hörnern zu packen und mit jähem Ruck zu Boden zu zwingen, sondern sie glauben, vor seinem Angriff sicher zu sein, wenn sie der Regierung eine Polizeiverordnung über Seuchenbekämpfung zur geneigten Ermäßigung überweisen. Darauf lief es hinaus! Kein Hauch davon, daß es sich hier um einen Nachkampf handelt zwischen überlebten Mächten und jungen neu auftretenden Kräften, zwischen Vergangenheit und Zukunft, sondern nur ein Spiel mit papierenen Paragrafen. Macht und Kampf — diese beiden Worte stehen nicht im Wörterbuch des bürgerlichen Parlamentarismus, wie er von Spahn bis beinahe zu Raumann reicht, sondern es sind nur Stichworte für die Junker auf der äußersten Rechten und die Volksvertreter auf der äußersten Linken des Reichstags.

Nur den Sozialdemokraten war es denn vorbehalten, klar und deutlich auszusprechen, was ist, und beide Redner der Partei, ganz zu Anfang der achtstündigen Sitzung Genosse Dr. Frank und ganz an ihrem Ende Genosse Ledebour, besorgten das mit erfreulicher Deutlichkeit. Unter der ungeschickten Präsidiumsleitung des Herrn Dr. Kaempf, den die Hilfsstellung der Schriftführer zu seiner Rechten und Linken noch hilfloser machte, entwickelte Frank die Auffassung der Sozialdemokratie in glänzender Rede, die wie ein Igel mit Stacheln gepickt war mit geschliffenen Bosheiten und blanken Wahrheiten. Daß es hier um ein politisches Problem gehe und nur darum, unterstrich er, daß die Frage heiße: Rechts- und Verfassungstaat oder Militär- und Polizeistaat? Er wies auf das nächstliegende Heilmittel für die eiternde Wunde hin, die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit. Er spielte den Kanzler vom Dezember gegen den Kanzler vom Januar aus. Und während Hieb auf Stich und Stich auf Hieb folgte, rednete er mit all den Gestalten ab, die Zäbarn in den Vordergrund gelockt hat: mit dem Kronprinzen, dessen höchste Sehnsucht, an der Spitze der Totenkopfbularen zum Angriff gegen den Feind zu reiten, wenn sie erfüllt würde, das größte Unglück für das deutsche Volk bedeute, mit dem Herrn v. Jagow, für den die Kennzeichnung zuträfe: Zu nichts oder zu allem fähig! und mit, wie sie Herr Biszitz später nannte, den „läbeltraffenden Maulhelden“ des Preußenbundes. Was Frank noch zu erledigen übriggelassen, erledigte während der Kanzler demonstrierend den Saal verließ und während auch die Konservativen die Bänke räumten, Genosse Ledebour. Auch er legte den eminent politischen Kern der ganzen Angelegenheit bloß, auch er sagte dem Kronprinzlichen Freunde des Januschauers einige Deutlichkeiten, auch er brandmarkte Jagow und die Preußenbündler und wachte auch die Gelegenheit beim Schopf, die Milizforderung der Sozialdemokratie als Schutzwall gegen militaristische Ausschreitungen zu verfechten. Besonders aber glückte es ihm zum Schluß, den Staatssekretär Dr. Delbrück glatt und elegant abzustechen, als der, ein treuer Diener seines Herrn, verachtete, was schon dem vor Erregung zitternden Reichskanzler Frank gegenüber mißlungen war: nämlich den Kronprinzen herauszuheulen.

Aber hätte Genosse Frank zu Beginn dieses schwarzen Tages und am Schluß seiner Rede die Mahnung an die bürgerlichen Parteien mit Engelszungen ergehen lassen, sie wäre auf gleich harte Ohren gestossen. Wenn sich auch die Fortschrittler noch halbwegs hielten und der Staatsrechtslehrer Professor Dr. jur. Biszitz — ein anderer Dr. jur. als der vom Alexanderplatz! — vom staatsrechtlichen und juristischen Standpunkt aus die Strohburger Urteile zerpflückte, daß nichts mehr an ihnen blieb, so unterließ er doch einen lokalen Ausblick zum Throne hin. Das Mißtrauensvotum vom 4. Dezember richtete sich nicht gegen die Krone, bewahren, nicht gegen die Kommandogewalt des Kaisers, um Himmels willen nicht! und der Fortschritt will mit seinem Antrag, der den Empfindungen im Saal sehr weit entgegenkomme, nichts als den Frieden zwischen Militär und Zivil wieder herzustellen. Halleluja! Bei seinem fraktionslosen Raumann klang es freilich ein wenig anders. In vorgerückter Stunde schon wußte dieser hinreichende Redner das Haus durch eine packende und aufwühlende Rede zu fesseln, die voll glänzender Stellen, voll guter Gedanken und voll prächtiger Worte war, aber wenn man noch ihrem Kern lauschte, so griff man ins

Leere, und es blieb nichts als eine Ideologie aus der Paulskirche von Anno dazumal. Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen, und mit dem warmherzigsten Appell an Gefühlsdinge wirft man nicht einen einzigen Junker aus dem Sattel.

Die Nationalliberalen schickten Herrn Wassermann, den Großmeister aller Plattheiten, den Erzvater aller Trivialitäten, den Abherrer aller Seichtbeuteleien, ins Treffen und er schwelgte denn redlich und reichlich in allerhand Plattheiten, Trivialitäten und Seichtbeuteleien. Wenn einst der Schleiertanz der Salome um das Haupt des Läufers ging, so ging der Gierdanz Wassermanns um das Haupt des Kanzlers, aber nicht, um es dem Beile auszuliefern, sondern es davor zu bewahren. Auch Herr Fehrenbach vom Zentrum gesellte sich in den wenig beneidenswerten Ränken der Mar-Ab-Equilibriumstift, und wenn er auch versicherte, er nehme kein Wort seiner Ausführungen vom 3. Dezember zurück, so betete er doch heute an, was er damals verbrannt hatte, und machte, während er damals etwa das militärische Verwehrverbot in seinem wahren Wert dargestellt hatte, heute vor der militärischen Justiz seine Verbeugung. Auch die wirkungsvollen Ausfälle gegen die Preußenbündler waren schließlich nur der Donner einer Rückzugsfanfare.

So hatten es die oppositionellen Parteien des Reichstags den Vertretern militaristischer Willkür leicht gemacht. Sie stürzten sich auch gar nicht in besondere Unkosten, und während Herr Schulz-Bronberg die fällige Kriegervereinsrede hielt, schüttelte Graf Westarp die Preußenbündler gelinde von den Köchhöfen der konservativen Partei und schließlich leistete sich dieser sonst so trodene Kanakler einen prachtvollen Witz, indem er patheistisch versicherte: „Wir stellen uns schützend vor die Reichsverfassung!“ (Schallende, sich immer wiederholende Heiterkeit links und in der Mitte.)

Was aber hatte der politische Herzenmeister auf dem Reichskanzlersessel getan, um solchermassen belästigend auf die bürgerlichen Parteien einzuwirken? Politischer Herzenmeister und getan? Weder das eine noch das andere! Erst widelte er sich bis an den Hals in Paragrafen ein und wies auf die „Nachprüfung“ des Bismarcks vom Jahre 1820 hin, dann donnerte er ein wenig auf der Route des Reichsgedankens herum, und schließlich griff er zur Sammlungsstrompfe gegen die Sozialdemokratie. Um einen Klavhornvers zu variieren:

Er konnte sie zwar nicht wie Bülow blasen, Er blüß sie aber schon einigermassen. Das war alles, aber es genügte, um ihm, dem Träger des Mißtrauensvotums vom 4. Dezember, den reichlichen Beifall der bürgerlichen Parteien einzubringen, und zum Schluß quittierte denn auch sein Kamulus Delbrück für die maßvolle Haltung der bürgerlichen Parteien. In den Armen liegen sie beide!

Der milde Reichskanzler mit den schlaffen Mächten hat die Herren so herzyniglich, nicht weiter in der Wunde von Zobern herumzuwühlen. Wäge sich das Bürgertum durch solche Bitten rühren und betören lassen! Die Partei der Arbeiterklasse weiß, daß das, was Zobern offenbart hat, keine harmlose Wunde, sondern ein freifendes Geschwür am Leibe Deutschlands ist. Das darf nicht mit Paragrafenpfosten überklebt, mit glühendem Eisen muß das ausgebrannt werden!

## Helden!

Mit Stolz und Bewunderung richten sich wieder die Blicke der Internationale auf das kämpfende Proletariat Russlands. Die grausamen Verfolgungen, die unendliche Zahl der Opfer, die der zarische Despotismus der russischen Arbeiterklasse auferlegt hat, sind nicht imstande gewesen, ihre saunenswerte Energie und ihren unerlöschlichen Kampfesmut zu brechen. Gab schon die Waisener des vorigen Jahres den glänzenden Beweis, daß das russische Proletariat die Schläge der Gegenevolution überwinden hat, so zeigte der 22. Januar, der neunte Jahrestag des blutigen Sonntags, die russische Arbeiterklasse auf der Höhe ihrer Kampffähigkeit. Selbst die amtlichen Angaben beziffern die Zahl der Arbeiter, die in Petersburg in den Demonstrationen teilgenommen sind, auf über 110 000. Gegen eine solche Riesendemonstration und noch mehr gegen den Geist, der diese Demonstration geboren hat, ist selbst der Zarismus mit seiner Polizei und seinen Kosaken machtlos. Denn was wollen da die 134 Verhaftungen besagen, die die Polizei wegen Singens revolutionärer Lieder und demonstrativen Aufens vornehmen konnte? Die russische Arbeiterbewegung ist zu einer Massenbewegung geworden, die durch keine noch so brutale Unterdrückung mehr aufzuhalten ist. Das russische Proletariat marschiert, es marschiert in Sturmschritt vorwärts.

Und Petersburg steht nicht allein. Auch aus Riga kommen Nachrichten über den glänzenden Verlauf des Streiks, und die nächsten Tage werden dieselbe Kunde aus anderen Städten bringen. Wir aber begleiten den Kampf unserer Brüder, deren geschichtliche Aufgabe es ist, das Herz der Reaktion zu treffen, mit unserer ganzen Sympathie und mit unseren heftigsten Wünschen für den Erfolg ihres großen Ringens. Sind es doch unsere Schlächtern, die da geschlagen werden, und jeder Zoll breit Boden, der dem Zarismus abgenommen wird, ist gewonnenes Land für den europäischen Sozialismus.

## Noch ein Stich ins Wespennest.

Die Generalsabteilungsmitglieder des konservativen Hauptquartiers beglücken uns mit wunderbaren Verichtigungen auf Grund des bekannten § 11 des Preßgesetzes. Nachdem uns kürzlich Herr Ober-Generalsekretär Bruno Schroeter und sein Spezialfreund Ludwig Hübl durch schöne Zuschriften erfreut haben, kommt nun auch der konservative Generalsekretär Richard Runge mit einer folgen Verichtigung.

Herr Runge schreibt uns nämlich aus Krostod:  
 An die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin.

In Nr. 18 Ihres Blattes wurden durch den Artikel „Aus dem antiseptischen Sumpfe“ unwohne Behauptungen über mich verbreitet. Ich erlaube höflichst um Aufnahme folgender Verichtigung:

Es ist un wahr, daß ich mir 1750 M. für Zurückzahlung des Darlehens abgezogen habe.  
 Es ist un wahr, daß ich Herrn Hertwig verleiten wollte, 5000 M. statt 3500 M. in Anrechnung zu bringen.  
 Es ist un wahr, daß ich auf Verlangen Bülkes und Hertwigs meinen Geschäftsführerposten niedergelegt habe.  
 Wahr ist jedoch, daß in der Staatsbürgerzeitung eine un glaubliche Auffassung über Treu und Glauben gebräutet hat, der auch ich 4000 M. Erpö-nisse zum Opfer bringen mußte.  
 Ich erwarte, daß diejenigen Blätter, die bereits die un wahren Behauptungen über mich nachgedruckt haben, auch ohne besondere Aufforderung diese Verichtigung abdrucken werden.

Hochachtungsvoll Richard Runge.

Herr Richard Runge hat allem Anschein nach ein etwas kurzes Gedächtnis und sollte deshalb Unterricht in der Anemotchnik nehmen, die er sicherlich auch bei der Behandlung mancher anderen Dinge des konservativen Hauptquartiers gut gebrauchen kann. Er hat ganz vergessen, daß er in seiner von uns im letzten Montagsblatt abgedruckten eideschwörischen Versicherung selbst zugibt, 1750 M. zurückbezahlen zu haben und nur behauptet, daß er auf diese Summe als Belohnung für seine Verdienste um die Finanzierung der Gesellschaft „Deutsche Bürgerkunde“ ein Anrecht gehabt hätte. Strittig ist also höchstens, ob diese Provision für Beschaffung der 50 000 M. gezahlt worden ist, wie Runge behauptet, oder für die Zurückzahlung des Darlehens von 3500 M., wie Hertwig behauptet. In der vorliegenden Verichtigung soll anscheinend der Glaube erweckt werden, daß Runge überhaupt keine Provision erhalten habe. — Daß Runge den Hertwig habe verleiten wollen, 5000 M. anstatt 3500 M. in Anrechnung zu bringen, läßt Hertwig noch heute aufrecht. In dem wegen Herausgabe der Provision schwebenden Prozesse wird ja entschieden werden, auf welcher Seite die Wahrheit steht.

Zu 3. wollen wir nicht um Worte streiten. Es ist aber un widerleglich fest, daß Hertwig und Bülke dem Runge erklärt haben, sie erjuchten ihn, seinen Geschäftsführerposten niederzulegen, weil seine Vergangenheit es ihnen unmöglich mache, mit ihm zusammenzuarbeiten; und sie deuteten dabei an, daß auch der Schatten des Schöneberger Buchruders einer gemeinschaftlichen Tätigkeit im Verlage hindern im Wege stehe. —

Endlich sucht Runge den Verlust der 4000 M. den Hertwig und Bülke zur Last zu legen. Wahr ist nur, daß Runge mit dem späteren Liquidator der „Deutschen Bürgerkunde“, unter dessen Leitung geordnete Zustände herrschten, einen Geheimvertrag zur Erwerbung der „Staatsbürger-Zeitung“ abgeschlossen hat, um dieses Organ in die Hand zu bekommen. Inzwischen aber verkaufte Luitp die Zeitung über den Kopf des Liquidators hinweg an den Verleger Poppe, von dem sie dann an Lebius weitergegeben wurde. Die Anzahlung des Runge (4000 M.) ging dann in die Rasse.

## Die Arbeitslosigkeit.

### Eine Arbeitslosen demonstration.

Eine von etwa 2000 Arbeitslosen besuchte Versammlung fand am Mittwochvormittag in Magdeburg statt. Die Versammlung protestierte gegen das mangelhafte Entgegenkommen des Magdeburger Magistrats in der Frage der Arbeitslosenfürsorge und verlangte die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung. Den Anstoß zu der Versammlung gab die Weigerung des Magistrats, einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung auszuführen, im Januar eine Arbeitslosen zählung vorzunehmen. Der Magistrat hatte die Absicht, diese Zählung im Dezember kurz vor Weihnächten vorzunehmen, zu einer Zeit, wo viele Arbeitslose vorübergehend Beschäftigung gefunden haben, um so nachweisen zu können, daß die Arbeitslosigkeit nicht sonderlich groß sei.

### Wachsende Arbeitslosigkeit.

In Köln besteht bekanntlich eine Versicherungslosig gegen Arbeits- und Stellenlosigkeit, die von der Stadt und den Gewerkschaften gemeinsam verwaltet wird. Die Kaffe umfaßt 13 000 Mitglieder, die hauptsächlich in der Metall- und Maschinenindustrie und im Holzgewerbe beschäftigt sind. Bauarbeiter fehlen fast ganz. Bei einem Vergleich der Arbeitslosenziffern in den Monaten August bis einschließlich Dezember der Jahre 1912 und 1913 ergibt sich eine Zunahme der Tage, an denen an Arbeitslose Tagelohn zu zahlen war, von 10 881 im Jahre 1912 auf 24 314 im Jahre 1913 oder auf den Kopf des Versicherten umgerechnet von 0,93 auf 1,97 Tage. Der Prozentsatz der Arbeitslosen stieg von 3,06 auf 4,87. Die Arbeitslosigkeit war also in den genannten Monaten 1913 mehr als doppelt so groß wie in dem gleichen Zeitraum des Vor-



Jahres. Die Wirkung des Konjunkturrückganges hat sich bisher allerdings weniger in einer größeren Zahl von Arbeitslosen als in der längeren Dauer der Arbeitslosigkeit fühlbar gemacht. Im laufenden Monat ist die Arbeitslosigkeit noch wesentlich größer als im Dezember.

Diese amtlichen Mitteilungen widerlegen glänzend die Behauptungen des Vereins der Industriellen für den Regierungsbezirk Köln, der erst vor kurzem in einer Presseerklärung eine besondere Arbeitslosigkeit abgelehnt hat.

### Liberaler Arbeiterfreundlichkeit.

In den Parlamenten erklären die Liberalen günstigenfalls, die Arbeitslosenfürsorge sei Aufgabe der Gemeinden; in den Gemeinderäten aber streifen sie sich ebenfalls, Hand an zu legen, um das Leiden der Arbeitslosigkeit zu mildern. Hierfür wieder folgendes Beispiel:

Das Gewerkschaftskartell in Göppingen richtete eine Eingabe an die städtischen Kollegien um Einführung einer Arbeitslosenversicherung. Die Kollegien setzten sich zu zwei Dritteln aus Nationalliberalen und Fortschrittlichen und zu einem Drittel aus Sozialdemokraten zusammen. Der Industriellenverband und der Verein der Kleinrentner, Handels- und Gewerbetreibenden ebenfalls eine Eingabe, die von Beleidigungen der Arbeiterschaft strotzte und in der um die Ablehnung des Antrages der freien Gewerkschaften ersucht wird. Die liberale Mehrheit lehnte dann auch die Beratung des Gegenstandes unter Beachtung der Geschäftsordnung ab, nachdem der liberale Oberbürgermeister und Landtagsabgeordneter Red einen Vortrag über Arbeitslosenfürsorge gehalten hatte. Der Führer der Nationalliberalen *W. J. H. N. E. Z.* und der Fortschrittler, der ehemalige Reichstagsabgeordnete *W. I. S. A. N. D.*, erklärten, daß für die Einführung der Arbeitslosenfürsorge unter den Liberalen keine „Stimmung“ sei. Die Vorlage ging schließlich an einen Ausschuss, auf den man im Hinblick auf die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Kollegienmehrheit keinerlei Hoffnung setzen kann.

### Schindluder mit den Arbeitslosen

treiben die bürgerlichen Rathausparteien in Nürnberg. Die Art, wie sie seit Jahren die Frage der Arbeitslosenversicherung behandeln, artet immer mehr zum öffentlichen Skandal aus. Schon mehrere Jahre hintereinander hat man in den Etat 30 000 M. eingelegt, die aber ihrem Zwecke nur dann zugeführt werden sollten, wenn die Staatsregierung einen Beitrag zu den Kosten der Versicherung leistete. Nun ist es unsern Genossen im Landtage gelungen, einen Beschluß durchzubringen, wonach Gemeinden, die die Arbeitslosenversicherung einführen, einen Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten sollen. Man kann also die alte bequeme Ausrede nicht mehr verwenden. Im Magistrat wurde nach längeren Redereien beschlossen, durch eine Kommission ein Statut für die Arbeitslosenversicherung auszuarbeiten zu lassen, wobei auch zu gleicher Zeit auf Vorklagen der Sozialdemokraten die prinzipielle Erklärung für die Einführung der Versicherung ausgesprochen wurde. Im Gemeinderat gab es darüber einen langen Kampf, der damit endete, daß sämtliche bürgerliche Parteien die prinzipielle Zustimmung zur Einführung der Arbeitslosenversicherung verweigerten. Der Beratung der von der Regierung ausgearbeiteten Musterstatuten in einem Ausschuss stimmte außer den Sozialdemokraten mit ein Teil der Freisinnigen zu, so daß in diesem Punkte eine knappe Mehrheit erzielt wurde, dabei erklärte aber der freisinnige Wortführer ausdrücklich, daß damit ihre Stellung zur Sache selbst noch nicht festgelegt sei. Nationalliberalen und Mittelständler erklärten sich unter heftigen Ausfällen über die „übertriebene Sozialpolitik“ und die Arbeitslosen überhaupt gegen jede Unterstützung der Arbeitslosen.

### Gegen eine kommunale Arbeitslosenversicherung.

Am Dienstag nahm sich das Stadterordnetenkollegium zu Düsseldorf endlich die Zeit dazu, über zwei Eingaben der freien und der christlichen Gewerkschaften zu beraten, die schon vor mehr als zwei Monaten eingereicht, aber immer wieder — teilweise mit Hilfe des Zentrums — verschleppt worden waren.

Die Gewerkschaften hatten dreierlei verlangt: Außerordentliche Arbeitslosenbeschäftigungen, die Arbeitslosenversicherung und eine Arbeitslosenabteilung. Darauf ließ die Stadtverwaltung zunächst erwidern, daß sie außerordentliche Arbeiten für die Arbeitslosen bereits angeordnet habe, die freilich nicht in eigener Regie geführt und nicht für fremde Arbeiter gelten würden. Dann ließ sie erklären, daß sie gegen eine kommunale Arbeitslosenversicherung sei. Die Frage einer solchen Versicherung wäre schon 1909 von diesem Kollegium erörtert worden und habe zu dem Beschluß geführt, das Reich um die Regelung dieser Frage in der Weise anzugehen, daß den Gemeinden das Recht dazu verliehen würde, die Errichtung von Arbeitslosenversicherungen mit Beitragszwang vorzunehmen. Auf diesen Antrag habe aber die Reichsregierung behauerlicherweise so wenig reagiert, wie auf alle derartigen Anträge. Bei dieser Sachlage oder mit unzulänglichen kommunalen Maßregeln vorzugehen, das sei verfehlt, denn auf diese Weise würde dem Reich nur Gelegenheits dazu gegeben, sich weiter hier seiner Aufgabe zu entziehen. Daher bestränkte sich die Stadt darauf, die Arbeitsvermittlung gut auszugestalten und besondere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Endlich ließ sie mitteilen, daß sie selbst gegen eine Arbeitslosenabteilung sei, da diese keinen praktischen Wert habe. Sie hat dann auch, die Eingaben einfach als erledigt zu betrachten.

Die Diskussion wurde in der Hauptsache zwischen einigen christlichen Vertretern und den Liberalen geführt; das Zentrum, das merkwürdig schwach vertreten war, ließ einige belanglose Bemerkungen machen und Kommissionsberatungen beantragen. Die christlichen Verteidigten die beiden Eingaben, die Liberalen aber machten vor einer Arbeitslosenversicherung grollisch, die nur den Gewerkschaften nütze, und lehnten jedes Eingehen darauf ab. Am Ende wurde der Antrag der Verwaltung auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen.

Die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde. (Berlin 1914.) Die Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands über die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die erstmals im Jahre 1911 den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt wurde, ist in diesen Tagen in zweiter Auflage erschienen. Die Tabelle über Höhe und Dauer der gewerkschaftlichen Unterstützung ist jetzt für das Jahr 1912 aufgestellt worden; ferner ist das Material über bestehende öffentliche Arbeitslosenunterstützungen durch Mitteilung des englischen Nationalen Versicherungsgesetzes und der Bestimmungen in München, Stuttgart, Erlangen, Schwabmünchen und Kaiserlautern ergänzt worden. Die Denkschrift bietet so eine bis auf die neueste Zeit ergänzte wertvolle Zusammenfassung aller Bestrebungen und Leistungen auf dem Gebiet der Arbeitslosenunterstützung.

## Politische Uebersicht.

### Rückwärtslose Interessenpolitik.

Wohl nirgends tritt die Interessenpolitik so starkutage wie im preussischen Unterparlament. Das hat sich auch am Freitag bei der Fortsetzung der Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung wieder gezeigt. Mit zur Debatte

stand ein konservativer Antrag, der die Regierung auffordert, bei der Ausführung der infolge der letzten Sturmfluten an der Ostseeküste sich als notwendig herausstellenden Uferbauarbeiten die Interessen der Küsten- und Hochseefischerei mehr als bisher ins Auge zu fassen und besonders auf eine vermehrte Anlage von Fischereihäfen an der Ostseeküste und in den Ostseeinseln zu bedacht zu sein.

Die Diskussion über diesen Antrag, der von allen Seiten sympathisch begrüßt und schließlich der Budgetkommission überwiesen wurde, bewegte sich ursprünglich in sachlichen Bahnen und sie wäre auch weiter so verlaufen, wenn nicht Herr Diederich Hahn das Bedürfnis gefühlt hätte, ihr eine andere Richtung zu geben. Nur selten läßt sich der Bundesdirektor im Hause blicken, aber wenn er es einmal mit seiner Gegenwart beehrt, dann redet er auch, und wenn er redet, dann hört er nur ungern auf. So ging es auch diesmal. In seiner notorischen Bescheidenheit genügt ihm die Verteuerung aller Lebensmittel noch immer nicht. Gibt es doch noch immer einige Nahrungsmittel, die nicht mit Zöllen bedacht sind, und solange nicht auch diese verteuert sind, ist das händlerische Programm noch nicht erfüllt, und in der Tat, es ist geradezu ungeheuerlich und eine schwere Verflüchtigung an dem agrarischen Ideal, daß sich die ärmere Klasse der Bevölkerung noch den Genuß von Heringen leisten kann. Das muß anders werden, und so forderte denn Herr Hahn nicht mehr und nicht weniger als einen Zoll auf Seefische. Mit gutem Humor und großer Geschicklichkeit ließ Genosse Braun diesem Vertreter einer nackten Interessenpolitik die gebührende Abfuhr widerfahren. Und so gründlich lagen die Hiebe des sozialdemokratischen Redners, daß selbst Herr Hahn zum Schweigen gebracht wurde, und das will viel sagen. Es war aber auch zu grausam und zu wenig kollegial, daß Braun seine Landtagskollegen an jene berühmte Lohndollenderlammlung erinnerte, die unter Hahns Leitung eine Resolution gegen die Getreidezölle annahm und Herrn Hahn beauftragte, sie dem Reichstage zu überreichen. Daß er das bis heute noch nicht getan hat, daran ist, wie Genosse Braun unter großer Heiterkeit bemerkte, einzig und allein sein Durchfall bei der letzten Wahl Schuld. Im übrigen erklärte der sozialdemokratische Redner, daß seine Freunde alle Maßnahmen energig unterstützen werden, die geeignet sind, die Fischerei zu fördern und den Fischern ihren gefährlichen Beruf zu erleichtern. Am Sonnabend wird der Etat weiter beraten werden.

### Wassermann als Prophet.

Herr Abg. Wassermann, der Führer der Nationalliberalen, hat für die Wiener „Neue Freie Presse“ einen Artikel geschrieben, in dem er sich darüber äußert, wie er die jetzige politische Lage auffaßt und zu welchen Folgen sie nach seiner Ansicht führt. Er schreibt:

„Ich glaube, man wird gut daran tun, die weitere Entwicklung mit lässlicher Ruhe abzuwarten. An den innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands ist sehr viel nicht zu ändern. Das Zentrum ist, darüber möge man sich keiner Illusion hingeben, in seinem Bestehen wesentlich nicht zu erschüttern. Ebenfalls wird es den Konservativen gelingen, den Liberalismus und vor allem die Partei des gemäßigten Liberalismus, die Nationalliberalen, zu eliminieren. Bei kommenden Wahlen werden die Sozialdemokraten weit schlechter abschnitten, als im Jahre 1912. Der Gewinn auf ihre Kosten wird zum großen Teile den Liberalen zufallen müssen, da das Zentrum keine Veranlassung haben wird, in Stichwahlen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten die Sozialdemokraten zu unterstützen. An den Konservativen wird es liegen, daselbe zu tun, und wenn ihr Willen ergiebig auf die fortschrittliche Volkspartei gewirkt hat, wird die Sozialdemokratie geschwächt zurückzuführen. Die Zunahme konservativer Mandate ist bei der wachsenden Industrialisierung Deutschlands nur in beschränktem Umfang möglich, auch dann, wenn, wie ich sicher annehme, die Konservativen von den Liberalen bei den Stichwahlen unterstützt werden.“

Diese Prophezie ist kennzeichnend für die Wünsche des nationalliberalen Führers. Gar zu gern möchte er wieder eine größere politische Rolle spielen als in letzter Zeit, und zu diesem Zweck wieder mit seinem Namen neben den Konservativen Regierungspartei werden.

### Die Nationalliberalen in Sachsen und die Landtagswahlen.

Gegenüber der Meinung, es bestehe Aussicht, daß bei den nächsten sächsischen Landtagswahlen in gewissen Wahlkreisen ein Wahlbündnis zwischen den Konservativen und Nationalliberalen geschlossen werde, schreibt das Organ der sächsischen Nationalliberalen, die „Sächs. Nationallib. Kor.“:

„Bei den Stichwahlen werden die Nationalliberalen ihre nationale Pflicht zu erfüllen wissen. Dazu bedarf es gar keiner Abmachung. Darüber hinaus aber — das wird man sich auch auf konservativer Seite sagen müssen — kann sich die nationalliberale Partei zu irgendwelchen Abmachungen mit den Konservativen nicht verstehen. Solche Abmachungen mit den Konservativen würden der politischen Situation in Sachsen nicht entsprechen; sie würden in den Wählermassen sowohl der Konservativen wie der Nationalliberalen, wie die Dinge nun einmal liegen, nur auf Verdrüß und Abneigung stoßen. Sie würden fernherin, auch wenn sie sich auf einzelne Wahlkreise beschränken sollten, mit dem von den liberalen Parteien angeführten allgemeinen liberalen Wahlbündnis nicht in Einklang zu bringen sein. Sie würden außerdem Verwirrung in die Reihen der liberalen Wähler hineintreiben. Zumal die letztere Wirkung wäre den Konservativen gewißlich genehm.“

Die Konservativen sind besonders über die „scharfe Form“ der nationalliberalen Erklärung sehr verstimmt. Die „Leipz. Revue“ klagt: „Wir haben in Sachsen doch wirklich bitter nötig, auf ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien Sachsen hinzuwirken, da nur durch ein solches der sozialdemokratischen Gefahr mit Erfolg begegnet werden kann.“

### Im Fahrwasser des Preußenbundes.

Der Parteitag der pommerischen Konservativen beschäftigte sich am Donnerstag mit dem Thema: „Kaiserergewalt oder Parlamentsherrschaft“. Die Debatten spiegeln den Geist des Preußenbundes wider. Schon die Einleitung durch den Vorsitzenden, Landrat a. D. von Brodhausen, amete diesen Geist: „Alles gehe darauf hin“, erklärte er, „eine Parlamentsherrschaft zu gründen, die als höchstbedeutend wäre mit einer Gefährdung des Reiches. Preußen allein bietet noch einen Halt, und so sei eine Verteidigung Preußens zugleich eine Verteidigung des Reiches.“

General v. Vietinghoff-Stolow kam dann auf das richtige Thema, auf Zätern zu sprechen. Selbstverständlich haben nach seiner Ansicht Oberst v. Reuter und Leutnant v. Fortner durchaus gelegentlich gehandelt. Er meinte, die Lage sei sehr ernst: „Kaiserergewalt oder Parlamentsherrschaft“ sei eine Frage, für die eine oder andere Mäße man sich entscheiden. Bedauerlich sei die Rückgebligkeit der Regierung gegenüber den zerstörenden Elementen. Der Reichsführer, der zwar auch das parlamentarische Regime verwerfe, sei auf

fastem Wege und müsse sich zum ersten Entschluß aufraffen, der Sozialdemokratie mit scharfen Maßregeln entgegenzutreten. Die Zeit der Offenheit sei vorbei, die der Offenheit gekommen. Bei festem Zugreifen sei den Konservativen der Sieg sicher.

Dann trat Graf v. Schwerin-Löwis, der Landtagspräsident, in die Arena. Er ritz eine Attade gegen die Sozialdemokratie, hieß kräftig die Sammelkompete und sprach die Hoffnung aus, daß das Zentrum und die Nationalliberalen sich zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Demokratie bereit finden lassen werden. Mit Zweideutigkeit sei aber nichts getan. Wenn Zentrum und Nationalliberale versagten, so werde das preussische Volk wissen, wo noch Längstzweige und monarchische Gesinnung zu finden seien.

In der Diskussion wurde der Faden weitergesponnen, der mit der Annahme einer Resolution endete, in der gesagt wird, daß die pommerischen Konservativen in dem bei den letzten Reichstagsverhandlungen hervorgetretenen Bestrebungen der demokratischen Parteien, die konstitutionellen Grundlagen der Reichsverfassung im Sinne parlamentarischer Regierung zu verschieben und in die oberste Kommandogewalt des Kaisers einzugreifen, zurzeit die größte Gefahr für den Bestand des Reiches erblicken. Sie erwarten, daß die Regierung unbedingt und entschlossen jede Verschiebung dieser Grundlagen und jeden Angriff auf die oberste Kommandogewalt des Kaisers mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenwirken wird, und sie werden darin die Regierung unterstützen.

### Konfession und Geburtenrückgang.

Wie die deutschen Bischöfe in ihrem jüngsten Hirtenbriefe erklären, ist der Geburtenrückgang im letzten Jahrzehnt in Deutschland stärker gewesen, als selbst in Frankreich und Belgien. Von ultramontaner Seite wird darauf hingewiesen, daß dies vor allem dem protestantischen Bevölkerungsteil zur Last falle. In der Tat geht der Anteil der Protestanten an der deutschen Gesamtbevölkerung seit 1880 langsam zurück, und „Oesterreichs Katholisches Sonntagsblatt“ sieht schon den Zeitpunkt voraus, wo im Deutschen Reich die katholische Volkszahl den evangelischen überwiegt.

Als Ursache des Geburtenrückgangs der Katholiken bezeichnen die Ultramontanen die „höhere sittliche Kraft des Katholizismus“. In Wirklichkeit ist das eine Fiktion. Die Kriminalstatistik beweist, daß Kirchentreue und Sittlichkeit nicht parallel laufen, und daß die Katholiken den Anders- und den Nichtgläubigen in der Strafhäufigkeit beträchtlich voraus sind, ja daß der Anteil der Katholiken seit vielen Jahren im Steigen begriffen ist. Der katholische Pfarrer Dr. Beer, ein Vorkämpfer der Abstammungsbewegung, hat kürzlich in der „Kölnischen Volkszeitung“ geäußert, daß die Katholiken zum Teil darum, in der Kriminalstatistik schlecht abzuschneiden, weil sie dem Nihilismus verhältnismäßig viel verfallen sind. Und er hat dafür erschreckend hohe Zahlen angeführt.

Wäre die Geburtenhäufigkeit, das heißt der Bergicht auf die Geburtenregulation, eine Folgeerscheinung der höheren Sittlichkeit, wie die Merkmalen sie verstehen, so müßten umgekehrt die unehelichen Geburten bei den Katholiken sehr gering sein. Die Gruppen, über die die römische Kirche eine besondere Wacht hat, müßten die niedrigsten Zahlen aufweisen. Es gibt aber kaum eine Kategorie, die so im Banne des katholischen Merks steht, wie die Polen. Fast am gleichen Tage wie die Feststellung des Pfarrers Dr. Beer, erschien aber in der „Kölnischen Volkszeitung“ eine andere Aufschrift, die besagte, daß bei den polnischen Handarbeitern, die sehr religiös seien und fast den ganzen Sonntag opfereten, um in einem entfernten Städtchen die Kirche zu besuchen, die Zahl der unehelichen Kinder Jahr für Jahr recht hoch sei.

Im Anschluß hieran möchten wir hinweisen auf eine Arbeit des Dr. Stefan Schmidt, eines des Sachverständigen sehr freundlich gesinnten Katholiken. Er veröffentlichte („Köln-Archiv“, Berlin 1912, Band 2) Erhebungen über die Wanderarbeiter in der Landwirtschaft der Provinz Sachsen, die zumeist Polen und Galizier sind. Dr. Schmidt hat sich an die katholischen Pfarrämter der Bistümer Magdeburg und Tarnow mit einer Umfrage über die unehelichen Geburten gewandt. Das Ergebnis war, daß die unehelichen Geburten von Sachverständigen in Bistum Magdeburg 56,4 und im Bistum Tarnow 54,9 v. H. aller unehelichen Geburten ausmachten. In der Provinz Sachsen, dem Herzogtum Anhalt und in den thüringischen Staaten sind sogar unter allen getauften katholischen Kindern 47,2 v. H. unehelich; was meist auf Wanderarbeiter zurückzuführen ist. „Wollen die Unzüchtigen in den Polenkolonien (!) wirklich auf strenge und reinliche Scheidung der Geschlechter halten, so fürchten die jungen Burken wohl gar die Schlafräume mit Gewalt oder werden konträrbrüchig und laufen ihrem Arbeitgeber davon.“ Schmidt erklärt weiter: „Die Mädchen lassen sich meist von ihren Landbesitzern anführen; es sind mir zwar einige Fälle bekannt, wo sich Inspektoren und Aufseher an Mädchen vergriffen haben sollen, aber dies bildet nicht die Regel.“

Kirchenglaube und Kirchenströmigkeit haben eben mit dem Stand der Sittlichkeit recht wenig zu tun. Ueber die Sittlichkeit entscheiden soziale Verhältnisse und Lebensbedingungen. Wer die Unzüchtigkeit und Kriminalität einschränken will, muß daher die soziale Lage der in Betracht kommenden Bevölkerungselemente heben.

### Die Kölner Stadtväter.

In Köln, wo die Erregung über die Enthüllungen des Polizeiprozesses noch nachgittert, muß die Stadtverwaltung weit über eine Million zur Deckung der Kosten für die Polizei aufbringen. Man erwartete daher, daß bei den jetzigen Etatsberatungen des städtischen Haushaltungsplanes kräftige Worte gegen die polizeiliche Wirtschaft fallen würden. Was aber geschah bei der Besprechung des Polizeietats? Vom Magistrat nahm niemand das Wort; die Zentrumsfraktion hüllte sich gleichfalls in Schweigen; nur der nationalliberale Kommerzientrat Neben Du Mont, der Verleger der „Kölnischen Zeitung“, fand ein paar Worte über Wirtschaft in der Kriminal- und Sittenpolizei. Ueber weiteres wollte jedoch auch er nicht reden, weil er — dem Disziplinerverfahren gegen die belasteten Beamten nicht vorgezogen hätte.

Odenob man gewiß nicht erwartet hatte, daß die Herren so viel Mut aufbringen würden, zu erklären, nicht eher den Polizeietat zu bewilligen, bevor die zugesagte Säuberung tatsächlich erfolgt sei, so erregt doch diese schlappe Haltung in Köln allgemeine Empörung.

Dagegen stritten sich die Liberalen und Merkmalen lange um die Benennung eines neuen paritätischen Realgymnasiums in Köln. Die Verwaltung hatte die Benennung „Albertus Magnus“ vorgeschlagen, während die Merkmalen Stadtväter auf den Namen „Görres-Realgymnasium“ bestanden. Die Liberalen wandten sich gegen diese Benennung, weil heute der Name Görres gewissermaßen zu einem Merkmalen Kampfbegriff geworden sei. Sie müßten sich aber nach stundenlangen Debatten der Zentrumsmehrheit beugen.



### Es lebe die Gerechtigkeit!

Der 57-jährige Maurer und Fabrikarbeiter Hien wurde am Freitag wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu einem Monat Gefängnis verurteilt, weil er am 10. November v. J. während der Faberner Straßenunruhen Gefangene befreit und zugleich Polizeibeamte tödlich angegriffen hatte.

Endlich einmal eine Verurteilung in der Faberner Affäre! Die ausgleichende Gerechtigkeit hat damit einen schönen Sieg errungen. Die über den alten Arbeiter verhängte Strafe dürfte von manchem aber trotzdem als zu niedrig empfunden werden, angesichts des Umstandes, daß ein Arbeiter doch wissen muß, was rechtswidrig ist. Von einem Obersten kann man dies schon weniger voraussehen.

### Wie es gemacht wird!

Bekanntlich behaupten die Konservativen immer, wenn es ihnen gelingt, auf dem hiesigen Lande einen konservativen Wahlverein zu gründen, daß der konservative Gedanke bei der Landbevölkerung auf dem Marsch begriffen sei. Die der konservativen Gedanke aber von den Leitern zum Maximieren gebracht wird, dafür liefert die folgende Postkarte eines Mittergutsbesitzers aus dem Kreise Jostenberg an den Gemeindevorsteher von Schön-Steine, in deren Besitz die „Groschauer Volkswacht“ durch Zufall gelangt ist, einen hübschen Beweis. Sie lautet:

Sutowitz, den 11. 1. 1914.

Herr Herr!

Am 18. Januar findet die landwirtschaftliche Versammlung beim Herrn Kretschmer statt und wollen wir dann im Anschluß eine kleine Kaisers-Geburtstagsfeier abhalten. Würde Sie bitten, doch auch die Frauen dazu einzuladen und zwar um 6 Uhr.

Herr Kretschmer gibt den Kaffee und Kuchen gratis. Hinterher werde ich mir erlauben, ein Viertel Bier zu geben. Bitte alle Ortsangehörigen einzuladen. Nachher findet ein Tanzkränzchen statt. Mit besten Grüßen!  
Riosga.

Man versucht also, den Landarbeitern, den kleinen Bauern und den Stellenbesitzern den hehren konservativen Gedanken durch Gratis-Kaffee und Kuchen, Freizeid und Freizeid, an dem sich selbst die quädelnden Herrschaften beteiligen, schmackhaft zu machen. Dazu bedient man sich, wie die vorliegende Postkarte beweist, in erster Linie der Hilfe der Gemeindevorsteher, die in der Regel solchen Wünschen durchaus zugänglich sind und bereitwillig dafür sorgen, daß die Wünsche der Konservativen in geeigneter Weise allen Ortsangehörigen bekannt werden. Gilt das alles aber nicht, dann haben die Herren noch andere Mittel, um für die Vertiefung der konservativen Gesinnung bei der abhängigen Landbevölkerung zu sorgen.

### Nationalliberales Molluskentum.

In der vorigen Session des bairischen Landtages hatten sich die Nationalliberalen dazu aufgeschwungen, mit Sozialdemokraten und Fortschrittlichen den für die Unterhaltung der Münchener Gesundheitsamt im Budget angelegten Posten zu streichen. Man ging von der vernünftigen Ansicht aus, daß diese Gesundheitsamt überflüssig sei und das dafür aufgewandte Geld anderswo besser verwendet werden könnte. Die Erste Kammer versuchte den Posten wieder einzustellen, mußte aber davon absehen, weil die Mehrheit der Zweiten Kammer fest blieb. Die Regierung hob nun aber nicht wie es ihre Pflicht gewesen wäre — die Gesundheitsamt auf, sondern ließ sie entgegen dem Beschlusse des Landtages bestehen und behauptete, die Kosten hierfür aus der Großherzoglichen Privatkassa decken zu wollen. Man hätte nun glauben sollen, daß die Landtagsmehrheit die Regierung wegen dieser Brüstierung der Volksvertretung zur Rechenschaft ziehen und verlangen würde, daß ihrem Beschlusse entsprechend die Gesundheitsamt aufgehoben würde. Nicht von dem! Im Gegenteil, die Regierung hatte den traurigen Mut, diesen Posten von neuem im Budget zu fordern; und die Nationalliberalen, deren Zustimmung man sich offenbar vorher gesichert hatte, hielten glatt um und bewilligten mit dem bekannten schmerzlichen Verzeihen, was sie vor zwei Jahren abgelehnt hatten. Sie wollten dem Großherzog nicht zumuten, die Kosten von seiner Privatkassa, die 1% Million jährlich beträgt, zu bestreiten.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Pressebelagerung und Parlamentsvergewaltigung.

Budapest, 23. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es bei der Spezialberatung über den Reformentwurf zwischen dem Präsidenten und den Oppositionellen zu heftigen Auseinandersetzungen. Wiederholt trat großer Lärm ein. Während der Spezialdebatte verlangte Graf Julius Andrássy das Wort zur Hausordnung. Der Ministerpräsident befragte das Haus, ob es den Grafen Andrássy hören wolle. Die Mehrheit lehnte es ab, diese Erlaubnis zu erteilen. Graf Andrássy betonte demgegenüber, daß ihm gemäß der alten Hausordnung das Recht zustehe, unabhängig von der Erlaubnis des Hauses zur Hausordnung zu sprechen. Mehrere Oppositionelle schrien unausgesetzt: Höret Andrássy! Der Lärm wuchs von Minute zu Minute. Da die Verhandlungen wegen der ständigen Aufstörzungen nicht fortgesetzt werden konnten, ließ der Präsident sechs oppositionelle Abgeordnete durch die Parlamentswache aus dem Sitzungssaal entfernen. Graf Andrássy widersetzte sich erneut den Anordnungen des Präsidenten und begann zu reden. Inmitten großen Lärms schloß der Präsident die Debatte über den § 1 des Pressegesetzes, der darauf von der Mehrheit angenommen wurde. Graf Andrássy wurde, da er fortfuhr zu sprechen, an den Immunitätsausschuß verwiesen, und die gesamte Rechte erhob sich für diesen Antrag des Präsidenten. Graf Andrássy setzte trotzdem seine Rede fort. (Großer Lärm.) Der Schriftführer verlas darauf den § 2 der Vorlage. Der Präsident erteilte dem oppositionellen Abgeordneten Szegö Kolomi das Wort: In dem herrschenden Lärm sprach Szegö Kolomi und Andrássy zu gleicher Zeit. Der Präsident suspendierte hierauf die Sitzung. Die Rechte verließ den Saal. (Stürmischer Beifall links.) Nach einer Pause von 10 Minuten erschien die Parlamentswache und forderte die Abg. Graf Andrássy, Graf Bathányi und Stefan Kallay auf, sich aus dem Saale zu entfernen. Diese letzteren leisteten der Aufforderung Folge und verließen, von je zwei Gardisten begleitet, den Saal und das Gebäude.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Graf Albert Apponyi, daß die Opposition nunmehr der neuen Hausordnung, da der Präsident sie willkürlich handhabt, entschieden Widerstand entgegenzusetzen werde. Hierauf erhob sich Graf Adorján und versuchte zu sprechen, trotzdem ihm nicht das Wort erteilt worden war. Es herrschte weiter große Unruhe.

Zwischen dem Grafen Jász und dem Präsidenten entstanden unter großem Lärm ebenfalls heftige Auseinandersetzungen, die Jász darauf beharrte, zu sprechen. Die Sitzung wurde aufs neue suspendiert, und wieder erschien die Parlamentswache. Der Saalkommissar forderte die Abgeordneten Grafen Jász und Johann Jusch auf, das Haus zu verlassen. Beide entfernten sich, worauf die Wache abzog. Nach Wiedereröffnung der Sitzung wurde die Verfügung des Präsidenten mit 154 gegen 60 Stimmen genehmigt und die Abg. Jász und Jusch wurden dem Immunitätsausschuß überwiesen. Darauf erhob Graf Albert Apponyi Protest gegen das Vorgehen der Mehrheit, welche es der Opposition

unmöglich mache, an den Beratungen teilzunehmen. Unter seiner Führung verließ hierauf die gesamte Opposition den Sitzungssaal. Der Präsident erklärte, daß der Protest des Abg. Apponyi, der sich gegen die Beschlüsse des Hauses richtete, null und nichtig sei.

Das Haus fehlte Johann in Abwesenheit der Opposition die Spezialdebatte über die Pressevorlage fort, welche bis zum § 17 angenommen wurde.

### England.

#### Ein Sieg Churchills.

London, 23. Januar. Wie gestern spät abends verlautete, ist über das diesjährige Marinebudget im Kabinett Einigkeit erzielt worden. Das von Churchill in der vergangenen Session vorgelegte Programm wird nicht aufgegeben werden. Das Budget wird zwar notwendigerweise alle bisher dem Parlament unterbreiteten Flottenbudgets erheblich übersteigen, aber dennoch mit Zustimmung aller Minister eingebracht werden.

### Albanien.

#### Die neue „Regierung“.

Belona, 23. Januar. Die Internationale Kontrollkommission hat den Ministern in einer Beschlusnote mitgeteilt, daß sie die Regierungsgewalt von Ismail Kemal übernommen habe. Die Minister erklärten ihr Einverständnis, und das Kabinett wurde aufgelöst. Der bisherige Minister des Innern, Haxhi Bej, wurde mit der Leitung der Regierungsgeschäfte in Belona betraut. Die Abdankung Kemal hat einen günstigen Eindruck gemacht.

### Aus der Partei.

#### Unter dem Verdacht des Prinzips.

Paris, 23. Januar. (Sig. Ver.) Der „Matin“ öffnet heute seine Spalten einer gegen die geeinigte Partei gerichteten Intrige, die seit einiger Zeit im Sumpfboden des Cambierschen Staatsoligarchats ausgeblüht ist. Das Ehepaar Cambier ist von der Seine-Föderation ausgeschlossen worden, nachdem der Radweiser erbracht worden war, daß das angeblich zur Bekämpfung der Korruption und des Prinzipienverrats gegründete Wochenblattchen „Lutte des Classes“ von den Substituten des berühmten Journalisten Schiebers Bonjean leit. Die Cambiers haben aber einige Mitarbeiter, die, wie es scheint, auf dem Parteitag in Amiens zum mündlichen Verleumdungsverfahren übergehen wollen. Als Führer der Gruppe stellt im heutigen „Matin“ der ehemalige Deputierte Chaubin sich selbst und den alten Alkman vor, der sich derzeit wieder in einem der Krisenzustände befindet, die ihn in Zeiten der Mandatlosigkeit zu überfallen pflegen. Chaubin und Alkman haben nichts Besseres vor, als eine neue Partei zu gründen, wenn sich der Parteitag nicht auf ihre Seite stellt. Einen Namen für sie haben sie schon: „Parti ouvrier“ und weiter — wenn man Chaubin glauben will, sogar aber nicht der geringste Grund vorhanden ist. „Ermütigungsbrieft“ von 25 Provinzdelegationen“. Die Spaltung der geeinigten Partei soll im Namen des unerschütterlichen Kampfes vor sich gehen und die neue Partei will schon in die bevorstehende Wahlkampf mit „entrollter“, hoffentlich nicht vom Richter Bonjean bezahlter „Kasse“ ziehen. Gleichzeitig wollen Chaubin und Alkman um die Aufnahme ihrer Gruppe im Internationalen Bureau anfragen. Ob sie für den sicheren Fall der Abweisung schon ein eigenes, neues „Internationales Bureau“ parat haben, ist vorläufig noch als Geheimnis im Schoß der Zukunft verborgen.

Daß im Kreis der „Lutte des Classes“ eine solche Unternehmung ins Werk gesetzt werden würde, war zu erwarten, aber das Gistbläschen, das jetzt ans Tageslicht getreten ist, braucht niemand zu erschrecken. Denn ein Versuch, die Partei zu spalten, hat nicht die geringste Aussicht. In der Seine-Föderation und vielleicht auch in der Proving mögen ein paar Leute, die sich der Partei entfremdet haben und an denen sie nicht viel verliert, wofür sie nicht durch ihren Abschied gewinnt, Lust zu einem Skandal haben, aber weder in den Organisationen noch bei den mit Verantwortungsgesühl ausgestatteten führenden Genossen des linken Parteiflügels hat die Meinung Eingang gefunden, das Prinzip des Klassenkampfes durch die Fortsetzung seines wichtigsten Instrumentes, der sozialistischen Partei, zu reiten. Der Parteitag in Amiens wird sicher eine scharfe Diskussion über die taktischen Grundzüge der Partei bringen, aber diese Diskussion wird sich auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens abspielen und nicht auf der gegen diese oder jene Seite erhobenen Verdächtigung „geheimer Abmachungen“. Der Ueberrabstimmung der „Lutte des Classes“ erinnert nur allzusehr an die feinerzeitige Taktik Briand's, dem Ministerialismus in der Partei durch die gegen den „Dogmatismus“ der Marxisten ausgeübte Generalfreidemagogie zu Hilfe zu kommen. Ein Versuch, die Einigkeit der Partei durch die Proklamierung eines Sozialismus zu zerbrechen, der die vollkommene Verlosigkeit jeder Reformarbeit verkündet, kommt offenbar nur dem neuen, brandstiftischen Opportunismus zugute, dessen Sieg erst recht durch die Bedrohung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte des Proletariats die selbständige Aktion der sozialistischen Partei gefährden würde. Ihm dienen, bewußt oder unbewußt die Anführer des neuen Zwists, deren Versuch an dem die Partei beherrschenden Willen zur Einigkeit ohnmächtig abprallen wird.

#### Der 14. Parteitag der britischen Arbeiterpartei.

London, 22. Januar. (Sig. Ver.) Am 28., 29. und 30. Januar wird in der City Hall zu Glasgow der 14. Parteitag der britischen Arbeiterpartei stattfinden. Dem Parteitag wird am 27. Januar eine besondere Konferenz vorangehen, auf der die Wahlakt und die parlamentarische Taktik erörtert werden sollen. Am 26. Januar findet die Jahreskonferenz der Arbeiterinnenliga statt. Auf der besonderen, dem Parteitag vorangehenden Konferenz wird morgens der Bericht der Parteiministralkonferenz besprochen werden. Nachmittags wird sich die Konferenz mit der wichtigen Frage der Wahlakt befassen, die in dem vergangenen Jahre zweimal sehr lebhaft diskutiert wurde. Das erstmalig geschah dies anlässlich der Radwahl in Leicester, wo der Hauptkandidat der Arbeiterpartei seinen Einfluß für den Liberalen und gegen den unabhängigen Sozialisten in die Waagschale warf. Das zweitemal kam die Wahlakt auf die Tagesordnung, als sich der Arbeiterkandidat bei der Radwahl in Chesterfield auch von der liberalen Wahlorganisation aufstellen ließ und darauf von der Arbeiterpartei desavouiert wurde. Beide Fälle werden reichlichen Stoff zur Debatte liefern.

Die Tagesordnung des Parteitags ist wie gewöhnlich überfüllt. Es sollen in drei Tagen nicht weniger als 50 Gegenstände zur Sprache kommen, was natürlich unmöglich ist. Die Gegenstände, denen voraussichtlich eine eingehendere Behandlung zuteil werden wird, sind Organisations- und Statutenfragen, Schaffung eines Parteiprogramms, parlamentarische Taktik im allgemeinen, die Landfrage und die Verhältniswahl. Die beiden letzten Punkte hat die liberale Parteipolitik in den Vordergrund geschoben. Es verlautet, daß dem Parteitag ein Landprogramm vorgelegt werden wird, das sich mit Reformen befaßt, die mit dem Ziele der Vergesellschaftung des Grund und Bodens vereinbar sind. Die Frage der Verhältniswahl ist dringend geworden, weil die Regierung eine neue Wahlrechtsvorlage einzubringen gedenkt. In der wahrscheinlich Mittel zur Befestigung des Hebes der dreifachen Wahlkampfe werden vorgeschlagen werden. Innerhalb der Arbeiterpartei ist man sich nicht darüber einig, ob man für die Verhältniswahl oder die Alternativwahl eintreten soll. Das letzte System ist ein Stichwahlsystem, bei dem der Wähler in der Hauptwahl schon den Kandidaten bezeichnet, für den er eintreten würde, wenn sein Partei-

freund nicht die absolute Stimmenmehrheit erhalten sollte. Die Verhältniswahl ist schon verschiedene Male auf den Parteitag der Arbeiterpartei besprochen worden. Vor zwei Jahren wurde sie mit großer Mehrheit abgelehnt; im vorigen Jahre wurde sie mit großer Mehrheit angenommen. Beide Male waren die Abstimmungen jedoch nur der Ausfluss der jeweiligen Stimmung; man hatte die Frage nicht gründlich studiert. Inzwischen ist aber eine Wandlung eingetreten und die Meinungen dürften auf dem bevorstehenden Parteitag hart aufeinanderprallen. Die zahlreichen Ausschreitungen der Polizei im vergangenen Jahre und die brutale Vergewaltigung der südafrikanischen Arbeiter mit Genehmigung des englischen Statthalters geben weiteren Stoff zu regen Debatten. — Wir werden über die Verhandlungen des kritischen Parteitags von Glasgow aus fortlaufend berichten.

#### Letztliste der Partei.

Der Gutmacher Karl Kämpfe ist in Bamberg nach längerem Krankenlager gestorben. Mit ihm geht wieder einer von den treuen Parteibekämpfern dahin, die unter dem Ausnahmegesetz im Feuer gestanden und die Fahne unter den ärgsten Bedrückungen aufrechterhalten haben. Als junger Gutmaderegelte war er in den 70er Jahren aus Norddeutschland nach Bamberg gekommen, wo er sich selbständig machte und die sozialistischen Ideen, die er an verschiedenen größeren Parteilorten in sich aufgenommen hatte, eifrig weiter zu verbreiten suchte. Unter dem Ausnahmegesetz war er für Bamberg der „rote Postmeister“, der es trefflich verstand, den verbotenem „Sozialdemokrat“ und andere staatsgefährliche Schriften unter die Leute zu bringen und der ihm fleißig nachspürenden Polizei eine Nase um die andere zu drehen. Sausuchungen und allerlei andere Schikanen konnten ihn weder würde machen noch ihm den Humor verderben. In den letzten Jahren zwang ihm sein Leiden eine von ihm am meisten bedauerte Passivität auf.

### Zur Kaufmannsgerichtswahl.

„Wo steht der Feind?“ lautet das Thema einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen einberufenen öffentlichen Versammlung. Es handelte sich um die bevorstehenden Wahlen zum Kaufmannsgericht, über welche Minister Reichstagsabgeordneter Bud-Dröden mit erschöpfender Sachkenntnis referierte. Ein dringlich wies Redner besonders darauf hin, daß die kurze Spanne Zeit, die noch zur Befestigung der Verhältnisse zum Kaufmannsgericht übrig ist, intensiv auszunutzen sei. Auf die Frage, wo der Feind stehe, zeigte Redner, daß er dort stehe, wo die Petition an den Reichstag um Befestigung bzw. Umänderung des § 18 (Gutachterfähigkeit) herkomme. Die Petition beruhe auf einer irrlumlichen Auffassung und die Angestellten könnten nicht genug auf der Hut sein, damit der Reichstag sich nicht von den Gründern der Vertreten, die er als Scheingründe bezeichne, beeinflussen lasse. Er, Redner, habe das feste Vertrauen, daß die Mitglieder des Zentralverbandes einem jeden Versuch, die Rechte des Kaufmannsgerichts einzugewinnen, den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen werden. Der Feind stehe aber auch bei den Indifferenten in den eigenen Reihen der Berufsgenossen, die noch mit ihrem Fühlen und Denken in der Vergangenheit wurzeln, und auch bei den Unternehmern, die die Rechte des Kaufmannsgerichts beschränken möchten. Kein Feind dieser Rechte dürfe jedoch bei den kommenden Kaufmannsgerichtswahlen eine Stimme erhalten.

Nach dem mit großem Beifall aufgenommenem Vortrag nahm der zweite Referent V. U. B. das Wort und gab eine Darstellung der sozialpolitischen Gesetzgebung seit 1907, sowie der Tätigkeit der bürgerlichen Parteien und der gegnerischen Berufsvereine auf diesem Gebiete. Redner kam zu dem Schlusse, daß die Gesetzgebung in der Sozialpolitik so ziemlich herabgi habe und einzig und allein die sozialdemokratische Partei, sowie der Zentralverband der Handlungsgehilfen die Interessen der Arbeitnehmer in rückwärtslosiger und energischer Weise vertreten hätten. Wären zum Beispiel bei der Angestelltenversicherung unsere Wünsche und Forderungen berücksichtigt worden, so würde dies heute den Bedürfnissen der Angestellten besser entsprechen, als es der Fall ist.

Das weitere ging Redner auf die Gesetzesvorlagen ein, die dem Reichstage vorliegen und die sich mit den Interessen der Angestellten beschäftigen. Er wies die völlige Ungültigkeit derselben nach. Insbesondere war es die Vorlage über die Sonn- und Feiertage, die dem Redner Gelegenheit bot, die schärfste Kritik anzusetzen, desgleichen die Frage der Konkurrenzklausele usw. Bei all dem konnte V. U. B. das verätherische und angestelltenfeindliche Verhalten der gegnerischen Verbände in das rechte Licht rücken. Andererseits war es ihm möglich, an Hand von Tatsachen die hohe und erfolgreiche Arbeit des Zentralverbandes im Interesse der Handlungsgehilfen herabzusetzen. Nur diese Organisation, die eine wirkliche Kampfsorganisation sei, verdiene das Vertrauen der Angestellten und darum dürfe bei den kommenden Wahlen zum Kaufmannsgericht nur die Liste 2 des Zentralverbandes in Betracht kommen, um so mehr, als die Verfechter desselben durchaus unabhängig sind und deshalb wirklicher die Interessen der Handlungsgehilfen vertreten können. (Großer Beifall.)

In der weiteren Diskussion sprach Ingenieur U. B. M. an, der die Ausführungen der beiden Redner ergänzte und unterstrich. Auch dieser Redner erhielt ungeteilten Beifall.

Nach einem eindringlichen Schlusswort des Vorsitzenden Kogon war die eindrucksvolle Kundgebung zu Ende.

### Letzte Nachrichten.

#### Ein englischer Protest gegen die Brutalitäten in Südafrika.

London, 23. Januar. (Privattelegramm des „Borwärts“.) Eine große Arbeiterversammlung in Memorial Hall, in der Brownlie, der Vorsitzende der Maschinenbauer, präsierte, nahm heute abend eine Resolution an, in der die Gewalttätigkeiten der südafrikanischen Regierung scharf verurteilt und die Freilassung der Gewerkschaftsführer und die Rückberufung Gladstones gefordert wurden.

#### Englischer Rekord im Schiffsbau.

London, 23. Januar. (B. L. S.) Lloyd's Schiffsbaustatistik für das Jahr 1913 zeigt neue Weltrekorde: für England beträgt die Ziffer 2 262 529 Tonnen gegen 1 930 251 im Vorjahr, für alle anderen Länder 1 505 232 Tonnen gegen 1 505 147 im Vorjahr.

#### Schweres Unglück auf einer Drahtseilbahn.

Paris, 23. Januar. Auf der Drahtseilbahn in Belleville bei Paris ereignete sich ein Unglück, bei dem neun Personen, darunter fünf schwer, verletzt wurden.

#### Das Land der geldwelken Hoffnungen.

New York, 23. Januar. (B. L. S.) Nach der sechsten ausgegebenen amtlichen Statistik der New-Yorker Einwanderungsbehörde sind im New-Yorker Hafen während des Jahres 1913 insgesamt rund 1 338 000 Personen gelandet worden, an deren Beförderung 26 Schiffahrtsgesellschaften beteiligt waren. Der Norddeutsche Lloyd steht ebenso wie in früheren Jahren mit den höchsten Beförderungsziffern in ähnlichen Klassen an der Spitze.



# 95. Woche

Es versäume Niemand von dieser äusserst günstigen Einkaufsgelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen! Beachten Sie unsere Schaufenster

# A. Jandorf & Co

Spittelmarkt Belle-Allianzstrasse Grosse Frankfurterstrasse Brunnenstrasse Kottbuser Damm

## Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat, Verkauf nicht an Wiederverkäufer. (Nicht am Spittelmarkt) Die mit \* bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen.

<b>Suppenhühner</b> Stück <b>1.75, 2.25</b>
<b>Brathühner</b> Stück <b>1.50, 2.25</b>
<b>Hirschblatt</b> Pfund <b>65</b> Pf.
<b>Hasen</b> gestroift Stück <b>3.75, 4.25</b>
<b>Kaninchen</b> gestroift Stück <b>90, 1.10</b>
<b>Apfelsinen</b> Dutzend <b>28, 38, 48</b> Pf.
<b>Mandarinen</b> Pfd. <b>20, 25</b> Pf.

### Kolonialwaren

Victoria-Erbsen ..... Pfund	<b>18</b> Pf.
Erbsen glasiert ..... Pfund	<b>24</b> Pf.
Bohnen ..... Pfund	<b>16, 23</b> Pf.
Linzen ..... Pfund	<b>16, 20, 23</b> Pf.
Reis ..... Pfund	<b>16, 20, 25</b> Pf.
Makaroni lose gefärbt ..... Pfund	<b>32</b> Pf.
Schnittbohnen getrocknet..... Pfund	<b>1.50</b>
Gemüse Julienne getrocknet, Pfund	<b>55</b> Pf.
Gemischte Marmelade .. Pfund	<b>25</b> Pf.
Pflaumenmus ..... Pfund	<b>25</b> Pf.
Kunsthonig ..... ca. 3-Pfund-Glas	<b>95</b> Pf.
Pflaumen getrocknet..... Pfund	<b>25, 30</b> Pf.
Birnen getrocknet..... Pfund	<b>32</b> Pf.
Pflirsche ..... Pfund	<b>48</b> Pf.
Haushalt-Schokolade ..... Pfund	<b>70</b> Pf.
Kakao ..... Pfund	<b>70, 95</b> Pf.
Kaffee frisch gebrannt 1/2-Pfund-Packt	<b>60, 65, 70</b> Pf.

### Käse

Schweizer Käse .... Pfund	<b>85, 95</b> Pf.
Tilsiter Käse ..... Pfund	<b>68</b> Pf.
Limburger Käse ..... Pfund	<b>38</b> Pf.
Land- od. Kuhkäse .... 2 Stück	<b>35</b> Pf.
Spitz- od. Fauskäse 3 Stück	<b>25</b> Pf.

### \*Frisches Fleisch

Schmorfleisch m. Knochen	95 Pf.
Rinderbrust oder -Kamm	85 Pf.
Schinken im Ganzen ...	80 Pf.
Schweineschulterblatt im Ganzen	75 Pf.
Schweinekoteletts ..... Pfund	<b>95</b> Pf.
Kalbsvorderfleisch ..... Pfund	<b>85</b> Pf.
Gulasch ..... Pfund	<b>70</b> Pf.
Rückenlett ..... Pfund	<b>55</b> Pf.
Lieser ..... Pfund	<b>65</b> Pf.

### Wurstwaren

Speck fett Pfund	<b>78</b> Pf.
magere Pfund	<b>90</b>
Schinkenspeck ..... Pfund	<b>1.10</b>
Nusschinken ..... Pfund	<b>1.35</b>
Rot- od. Zwiebelwurst . Pfund	<b>55</b> Pf.
Landleberwurst ..... Pfund	<b>95</b> Pf.
Mettwurst nach Braunsch. Art Pfund	<b>1.05</b>
Bauernbratwurst ..... Pfund	<b>1.25</b>
Teewurst ..... Pfund	<b>1.10</b>

### Konserven

	1/2 Dose	1 Dose
Brech- oder Schnittbohnen	—	<b>33</b> Pf.
Kohlrabi in Scheiben mit Grün.....	—	<b>30</b> Pf.
Spinat.....	<b>25</b>	<b>40</b> Pf.
Karotten in Streifen...	—	<b>28</b> Pf.
Suppenschoten ....	<b>24</b>	<b>38</b> Pf.
Junge Schoten ....	<b>28</b>	<b>45</b> Pf.
Gemüse-Melange	—	<b>43</b> Pf.
Leipziger A. Merlei	<b>29</b>	<b>48</b> Pf.
Gemüsespargel ....	—	<b>78</b> Pf.
Bruchspargel mit Kopf..	<b>55</b>	<b>1.00</b>
Stangenspargel	<b>60</b>	<b>1.10</b>
Stangenspargel III	<b>65</b>	<b>1.20</b>
Pflaumen 1/2 Frucht..	<b>28</b>	<b>45</b> Pf.
Kirschen mit Stein....	<b>40</b>	<b>70</b> Pf.
Stachelbeeren .....	<b>38</b>	<b>65</b> Pf.
Mirabellen .....	<b>44</b>	<b>78</b> Pf.

### Räucherwaren

Sprottbücklinge .....	Pfund	<b>35</b> Pf.
Makrelen-Bücklinge .... 2 Stück		<b>25</b> Pf.
Sprotten .....	Kiste	<b>39</b> Pf.
Lachsstör .....	Pfund	<b>68</b> Pf.

### Kaffee

frisch gebrannt  
Pfund **95** Pf.

### Zucker

fein gemahrt  
5 Pfund **95** Pf.

### Ital. Essäpfel

Pfund **18** Pf.

### Weisskohl

Pfund **4** Pf.

### \*Rot- oder Wirsingkohl

Pfund **6** Pf.

### Blumenkohl

Kopf  
**15, 20** Pf.

**Kassler** ..... Pfund **78, 88** Pf. **Gänse** gefroren, Pfund **58, 65** Pf.

# Alles überragend!

## Schleunigste Räumung der Inventur-Restbestände

### Nur noch kurze Zeit.



#### Herren-Kleidung

**Ausverkauf werden:**

Große Posten Winter-Ülster regul. Wert bis 18.- 27.- 31.- 36.- 45.-  
Jetzt **12.25 17.50 20.50 23.50 28.50**

Große Posten Winter-Paletots regul. Wert bis 31.- 36.- 40.- 45.-  
Jetzt **13.50 21.50 25.50 29.50**

Große Posten Jackett-Anzüge regul. Wert bis 33.- 36.- 40.- 45.-  
Jetzt **22.50 26.50 27.50 30.50**

Große Posten Hosen, moderne Stoffarten und Muster, darunter aus Reine gearbeitet regul. Wert bis 4 5/2 5.- 6.- 8.- 10.- 12.-  
Jetzt **2.95 3.40 4.95 6.95 7.50 9.10**

Phantasie-Westen 65 Pf. 1.65 3.15 4.05 5.40 6.30  
Sehrsch-Anzüge, Frack-Anzüge, Smoking-Anzüge, Cutaways u. Westen, Schlüsselfrühe u. Morg-Joppen usw.

#### Pelze und Pelz-Joppen

**Ausverkauf werden:**

Ein Posten Gehpelze verschiedene Fellarten regul. Wert bis 100.- 115.- 140.- 150.- 200.-  
Jetzt **75.- 98.- 106.- 112.- 197.-**

Ein Posten Pelz-Joppen kräftige Bezüge 21.- 25.50 30.95 34.- 38.25 42.50  
Wirtschaftspelze, Chauffeurpelze, Sportpelze.

#### Alpenrädchen

Joppen, Westen, Hosen Hüte, Stutzen, Gürtel  
Träger, Krawatten, Ringe, Hemden, Federn usw. ... **extra billig**

#### Loden-Kleidung

**Ausverkauf werden:**

Herren-Winterjopp, kräft. Lod., warm gef. 4.10 6.50 9.- 10.50 13.50 16.20  
Haus-Lodenjoppen für Herren 2.25 4.05 5.40 8.10 10.80  
Blaue Haus-Litewken für Herren 4.95 6.75 8.10 9.90 13.50  
Loden-Polierinen für Herren und Damen 6.40 10.80 12.15 13.50 14.85 16.20  
Loden-Polierinen für Knaben und Mädchen 4.05 4.50 4.95 5.40 5.85 6.30  
Bozener Mäntel für Herren und Damen 16.20 18.90 21.00 27.-  
Post- und Bahnbeamten-Litewken schwarz Körper mit Absätzen ... 4.30  
blau Luster ..... 8.10 10.20  
blau Cheviot ..... 7.35 11.15 13.50 16.20

#### Livreen u. Chauffeur-Kleidung

**Ausverkauf werden:**

Außerst günstige Gelegenheit zur Einkleidung der Diener, Hausdiener, Chauffeurs, Kutscher, Portiers, Grooms, Kassenbot usw.  
Blau-weiß gestr. Dienerkjackets 4.95  
Blau-weiß gestr. Dienerkjackets 3.90  
Buntgestreifte Dienerkjackets 4.05

#### Sport-Artikel

**Ausverkauf werden:**

Gamaschen, Rockjacke, Bergpöckel, Gürtel, Sweater, Radbekleidung, Turnerkleidung, Fußballhosen, Stutzen usw.

#### Herren-Sport-Kleidung

**Ausverkauf werden:**

Sport-Anzüge für Jagd, Touristik usw. 16.20 18.90 21.00 24.30 27.- 32.40 38.-  
Gummi-Mäntel ... 8.90 15.30 19.15 22.95  
Navelocks ..... 5.- 8.- 12.90  
Leder-Joppen, Leder-Hosen, Reithosen, Radfahrer-Hosen, Kletterer-Hosen, Ruderer-Hosen usw. usw.  
Wasch-Joppen für Herren 65 Pf. 1.50 2.15 3.40  
Lüster-Jackets für Herren 2.55 3.20 5.10 7.05 10.20

#### Jünglings-Kleidung

**Ausverkauf werden:**

Jackett-Anzüge, ein- und zweifach 10.20 12.90 15.30 18.- 21.50 25.20 28.90 32.40  
Einschnungs- und Prüfungs-Anzüge 9.45 10.90 13.50 16.20 17.10 21.00 24.90  
Ulster und Paletots für junge Herren 16.20 18.- 19.50 21.50 24.30 27.- 30.50

#### Knaben-Kleidung

**Ausverkauf werden:**

Stoff-Anzüge, schöne Fassons 2.50 2.95 4.05 5.35 6.75 9.- 11.70  
Pyjacks, warm gefüttert 3.10 3.10 4.15 5.40  
Ulster und Paletots 7.20 8.05 9.30 11.25 14.40  
Winter-Joppen, warm gefüttert 2.95 3.30 4.75 5.40 6.30 8.10 9.45 10.80  
Knaben-Hosen aus Resen für 2-6 Jahre 60 Pf., für 7-14 Jahre 1.85

#### Extra-Angebot u. ser. fein. Maß-Schneiderei

Jackett-Anzüge nach Maß, gemasterte oder einfarbige Stoffe **61 50**  
Ulster nach Maß, Flansch, in den neuesten Farben **58 50**  
Hosen nach Maß, modern gestreift, Kasimergarn **16.-**

#### Berufskleidung für alle Gewerke

**Ausverkauf werden:**

Engl. Leder-Hosen u. Joppen, Monteur-Kittel, Manchester-Hosen u. -Joppen, Kollner- und Konditor-Kleidung, Staubmäntel, Friseur-Jacken u. -Kittel usw. usw.  
Weiße Keilner-Jackets . 2.50 3.30

#### Herren-Artikel

**Ausverkauf werden:**

Oberhemden etwas gelitten ... 1.35  
Kragen ..... 1/2 Dutzend **40** Pf.  
Manschetten ..... Paar **25** Pf.  
Krawatten ..... **10** Pf.  
Selbstbinder gelitten ..... **25** Pf.  
Hüte darunter englische Hanrhüte 1.35  
Mützen ..... **20, 35, 60** Pf.  
Schirme, Knaben-Mützen, Strickwesten, Panama-Hüte, Hosen-Träger, Unterwäsche, Strümpfe, Oberhemden, Kragen, Handschuhe, Tag- und Nachthemden usw.

Während des Ausverkaufs werden Waren an Wiederverkäufer nicht abgegeben. Wegen des großen Andrangs werden die Vormittagsstunden zum Kauf empfohlen. Prompter Versand nach außerhalb. Von 25 M. an franko. Auswahlsendungen können während des Ausverkaufs nicht gemacht werden. Entsprechende Änderungen an gekauften Gegenständen kostenlos.

# BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 BERLIN 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Str. 20 Gegr. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Sonntag nur von 12-2 geöffnet! Sonntag nur von 12-2 geöffnet!



Gewerkschaftliches.

Die gelben Bäcker gegen den Ruhetag.

Zu den unzähligen Niederrückigkeiten, die sich die meist-treuen Bäckergehilfen bei Streiks und Lohnbewegungen leisteten, kommt ein neuer Verrat. An den Reichstag wurde eine Petition eingereicht, in der ersucht wird, der von der gewerkschaftlichen Organisation vor Jahresfrist eingereichte Petition auf Erlaß einer gesetzlichen Bestimmung zur Durchführung der sechstägigen Arbeitswoche in den Bäckereien und Konditoreien nicht stattzugeben.

Die Gelben wünschen nämlich ein zweiundzwanzigstündiges Verbot an den Sonntagen und begründen ihr Verlangen damit, daß für die Durchführung des Ruhetages nicht die notwendigen Arbeitskräfte (!) vorhanden seien. Im übrigen glauben die Gelben ihrer Eingabe dadurch ganz besonderen Nachdruck zu verleihen, indem sie in der hanebüchlichsten Weise über die Konsumvereine vom Leber ziehen.

Bei gesetzlicher Durchführung der gelben Forderung würden die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien nicht eine einzige Stunde an Arbeitszeitverkürzung in der Woche erreichen.

Der Arbeitsausfall durch eine solche verlängerte Sonntagsruhe müßte an den Montagen wieder nachgeholt werden bei einer 16- und noch mehrstündigen Arbeitszeit. Den Nutzen allein würden die Unternehmer tragen. Die Petition wird daher auch von den Unternehmern veranlaßt worden sein, denn für so dumm kann auch nicht der rückständigste Arbeiter gehalten werden, daß er den Gesetzgeber bittet, ihm seine Lebenshaltung zu verschlechtern.

Oder sind unter den gelben Bäckergehilfen solche komischen Käuze?

Berlin und Umgegend.

Aus dem Gasthausgewerbe. Die Sperre über das in den nächsten Tagen zu eröffnende „Konzert-Café Moritzplatz“, Inh. Korant u. Co. ist für die organisierten Café-Angestellten aufgehoben, da die Firma Tarif, Organisation und Arbeitsnachweis anerkannt hat.

Der Fleischermeister Otto Sperlich, Brunnenstr. 76 (Fleisch- und Wurstzentrale) weigert sich noch immer, den Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Fleischer abzuschließen. Es wird gefordert eine 12 stündige Arbeitszeit, Einhaltung der gesetzlichen Sonntagsruhe und Benutzung des kostenlosen Arbeitsnachweises.

Am auf friedlichem Wege eine Einigung zu erzielen, hat sich die Organisation nochmals schriftlich an Herrn Sperlich gewandt und um Verhandlungen nachgesucht. Jedoch vergebens. Herr Sperlich hat auf das Schreiben nicht geantwortet, er will also den Kampf. Die Firma glaubt mit der angebotenen Polizeihilfe den Kampf gegen die Organisation der Fleischergehilfen führen zu können.

Auch hofft sie, mit derselben Hilfe der organisierten Arbeiterschaft den Kampf anfangen zu können. Die Hauptabnehmer der Firma sind Gastwirte. Wir richten daher an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, die Gastwirte im Norden Berlins auf die Differenzen bei der Firma Sperlich aufmerksam zu machen.

Die Organisation hat über den Betrieb die Sperre verhängt und fordert alle Fleischergehilfen auf, solange daselbst Differenzen bestehen, keine Arbeit anzunehmen.

Zentralverband der Fleischer.

Deutsches Reich.

Eine Konferenz der Kamm- und Haarschmudarbeiter.

In der Kammfabrikation findet das Celluloid am meisten Verwendung. Für 12 Millionen Mark Celluloid werden pro Jahr nach

Deutschland eingeführt und für mehr als 24 Millionen Mark ausgeführt. Die Weltproduktion beträgt circa 100 Millionen Mark. Celluloid ist bekanntlich eine Mischung von Schießbaumwolle und Borax mit Kampfer, welche Stoffe durch ein eigentümliches Verfahren innig gemischt und dann in gelinder Wärme verarbeitet werden. Der größte Nachteil des Celluloids ist seine leichte Entzündbarkeit, die bekanntlich eine außerordentlich hohe Zahl von Brandunglücksfällen herbeigeführt hat.

Der Deutsche Holzarbeiterverband, als Vertretung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kamm- und Haarschmudindustrie, hat bereits im Jahre 1911 eine Petition an den Reichstag und Bundesrat zum besseren Schutze für Leben und Gesundheit der Celluloidarbeiter eingereicht. Gefordert wurde eine Bundesratsverordnung, die Bestimmungen über die Lage der Betriebe, Räume, bessere Lüftungsanlagen, die Schulung der Arbeiter usw. vorsieht.

Bei der Gründung des Holzarbeiterverbandes betrug die Zahl der Organisierten erst 51; 10 Jahre später waren bereits 455 Arbeiter und 51 Arbeiterinnen organisiert. Zurzeit hat die Organisation Verbindung mit 23 Orten, in denen in 100 Betrieben 2412 Personen (1764 männliche, 1020 weibliche, 426 jugendliche und 202 Heimarbeiter) beschäftigt werden. 1136 sind organisiert, davon 279 in anderen Verbänden.

Die preussische Betriebsstatistik von 1896 ergab das Vorhandensein von 754 Hauptbetrieben mit 2206 Beschäftigten, im Jahre 1907 waren es nur noch 369 Betriebe, dagegen aber 3324 Beschäftigte. Während dieser 12 Jahre ist die Zahl der Betriebe um die Hälfte zurückgegangen, die Zahl der Beschäftigten um die Hälfte emporgeschwollen. Die ungelehrten Arbeiter betragen 1896 erst 28 Proz., 1907 dagegen 51 Proz. der Gesamtzahl.

Zur Behebung der Agitation unter den Kammadern und zur Beratung von Fragen, die die Berufsangehörigen speziell interessieren, hat der Vorstand des Holzarbeiterverbandes eine Reichskonferenz der Kamm- und Haarschmudarbeiter und Arbeiterinnen einberufen, die am 1. und 2. Februar d. J. im Berliner Gewerkschaftshaus abgehalten werden soll. Verbunden damit ist eine kleine Ausstellung von Tarifen, Kammern und Haarschmud mit Angabe von Preisen, sowie eine Anzahl Statistiken und Tabellen über die Celluloidbrandgefahr. Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen neben den Berichten der Zentralkommission und denen der einzelnen Orte die Regelung der Arbeitsvermittlung und die Celluloidbrandgefahr. Von dieser Tagung soll zugleich die Anregung ausgehen, die Agitation für den Verband intensiver im ganzen Reich zu betreiben, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und besseren Arbeiterschutz in allen Betrieben zu sorgen.

Ausland.

Ein Streik in der Petersburger Automobilindustrie.

Vom Sekretariat der Internationalen Union der Holzarbeiter wird uns mitgeteilt, daß sich die Arbeiter zweier Automobilfabriken in Petersburg, nämlich der Firma R. Kimmel und der Russisch-Baltischen Fabrik seit 2 1/2 Monaten im Streik befinden, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Der Fabrikant Kimmel hat schon wiederholt versucht, Streikbrecher aus Koblau heranzuziehen. Es gelang ihm auch, vier Raler zur Reise nach Petersburg zu verleiten, die jedoch die Aufnahme der Arbeit verweigerten, als sie erfuhr, welche Rolle ihnen zugemutet wird. Da es ihm unmöglich ist, in Rußland Streikbrecher zu finden, hat der Unternehmer jetzt seinen Blick nach Deutschland gewandt, und er rühmt sich, hier so viel Arbeiter finden zu können, als er bedarf.

Um das Koalitionsrecht.

Protektionsversammlungen.

Gegen die beabsichtigte Verschlechterung des Koalitionsrechts und für eine Ausdehnung und Sicherung des Koalitionsrechts fanden in den letzten Tagen an vielen Orten Deutschlands stark besuchte Versammlungen statt.

So wird uns aus dem Herzogtum Koburg berichtet: Die Protektionsversammlungen in Koburg, Reusfeld, Rodach hatten überall einen erfreulich starken Besuch durch die Arbeiterschaft zu verzeichnen. Oft unterbrochen durch Zustimmungsbegleitungen, behandelte der Reichstagskandidat des deutschen Koalitionsrechts, dabei die hinterlistige Art der beabsichtigten Entrechtung mitsamt der Koalitionsrechte. Einmütig wurde in allen Orten eine entsprechende Resolution, die dem Reichstag zugeht, angenommen.

In Schwerin a. Warthe fand eine öffentliche Volksversammlung statt, die sich mit dem bestehenden Koalitionsrecht beschäftigte. Nach einem Referat des Genossen W. Schulz-Bromberg, in welchem dieser vor allem die Erweiterung der Rechte der Koalition betonte und mit den verdeckten Koalitionsentrechtungen scharf ins Gericht ging, nahm die Versammlung eine in diesem Sinne gefasste Resolution einstimmig an.

In Obersiebenbrunn tagte am Sonntag, den 18. Januar, eine allgemeine Gewerkschaftsversammlung, die gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechts protestierte und die jetzigen bestehenden Rechte als nicht ausreichend bezeichnete.

In Bielefeld fand am Freitagabend eine imposante Demonstration für das Koalitionsrecht statt. 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen zogen nach Schluß der Fabriken durch mehrere Straßen der Stadt. In dem Umzuge wurden Schilder getragen mit der Aufschrift: „Hoch das Koalitionsrecht!“ Den Schluß der Demonstration bildeten zwei riesige Versammlungen im Garten und Saal des Zentralgartens, in denen eine Resolution unter Hochrufen auf das Koalitionsrecht einstimmig angenommen wurde.

Die Erfurter Arbeiterschaft protestierte in einer sehr gut besuchten öffentlichen Volksversammlung am

Kleines Feuilleton.

Hoffmanns Opernhaus.

Die lange und wenig unterhaltliche Komödie des Opernhausbaues geht zu Ende. Man erinnere sich: Nachdem die Baubehörde die hartnäckigsten Verluste gemacht hatte, das Opernhaus für einen Beamten zu reiten, war auf das Drängen der öffentlichen Kritik hin der allgemeine Wettbewerb gekommen. Er brachte kein günstiges Ergebnis. Wohl mangelte es nicht an geistreichen Einfällen, auch fehlten nicht die bekannten Theaterprojekte mit ihren ausgewählten, den Ansprüchen der Bühnentechnik und der Feuerpolizei gehorchenden Vorschlägen; aber es war (den Entwürfen des inzwischen verstorbenen Otto March vielleicht ausgenommen) kein brauchbares Projekt bei der allgemeinen Konkurrenz herausgekommen.

Das konnte nicht weiter verwundern; denn die gestellte Aufgabe war so belastet mit Nebenforderungen, daß auch die Persönlichkeiten unter den Architekten unsicher werden mußten, wenn sie es nicht vorzogen, überhaupt fern zu bleiben. Die Aufgabe an sich war bereits ein Kompromiß; so konnte auch ihre Lösung nicht anders als effektiv sein. Man wünschte ein Theater für 2500 Personen, das zugleich die Intimitäten und Repräsentationen eines reinen Hoftheaters aufweisen sollte; man wünschte einen Bau, ausgestattet mit allen Errungenschaften des Technischen, der zugleich den rückwärts gerichteten Kunsttrieben des Kaisers genügen mußte. Der Bau müßte, was die Motive angeht, dem Vorwurf zugehören, und er sollte zugleich einen Körper von ungewöhnlichen Abmessungen, einen Rauminhalt, wie er nur für die Gegenwart zweckmäßig sein kann, bewältigen. Die peinlichste dieser vielfältigen Forderungen war die Ueberwindung der höfischen Ansprüche; galt es doch, ein ganzes kleines Schloss, Empfangssäle, Teezimmer, Speisesäle, Vorkäle, und was dergleichen Troß mehr ist, in den Baukörper des Theaters hineinzupressen.

So war es also von vornherein selbstverständlich, daß dieses Opernhaus nur eine Halbheit werden konnte, ein Zwitwergding, der verwirren Kultur unserer Tage actverwandelt. Der Architekt, dem es schließlich zugewiesen wurde, war nicht zu beneiden; er mußte von vornherein auf den Ehrgeiz, etwas Eigenes zu schaffen, verzichten und mußte mehr ein Diplomat als ein Bauherr sein.

Im ärgsten Stadium der verfahrenen Angelegenheit wählte der Minister (unter Zustimmung des Kaisers) den Stadthauptmann Hoffmann zum Architekten für die Ausgestaltung der amtlich festgelegten Programmfrage. Hoffmann folgte zögernd der fragwürdigen Einladung. Wenn die knifflige Aufgabe aus seinem ganzen Wesen nicht fern lag, so hatten doch die vielen mißlungenen Versuche selbst diesem erfahrenen Praktiker manchen Ausweg verächtlich. Hoffmann kam nicht völlig unfrei an das Problem des Opernhausbaues. Um so beachtenswerter ist das Ergebnis seiner Bemühungen, das er jetzt (nachdem es dem Kaiser gefiel) den Abgeordneten unterbreitet.

Ohne Zweifel: Was Hoffmann vorschlägt, ist kein moderner Bau, ist nicht Geist von unserem Geist; aber es ist das Beste, was bisher aus der höchst unerquicklichen Aufgabe gewonnen wurde. Hoffmanns Opernhaus ist genau das, was die Stunde verlangt: ein Kompromiß, ein Diplomatentstück, eine effektvolle Erledigung. Aber: Hoffmanns Opernhaus ist alles auf eine höchst kultivierte, sehr gebildete und ungemein geschmackvolle Art. Nicht wird unter den nun einmal gegebenen Umständen nicht zu erreichen ein. Ein Ergebnis, das uns vielleicht elegisch stimmen kann, das aber immerhin annehmbar ist. Man sollte jetzt so schnell wie möglich

mit den Versuchen aufhören und sollte endlich die Baugrube für das Königstheater, das mit dem Gelde des Volkes gebaut wird, ausheben.

Die Vorschläge des Hoffmannschen Entwurfes sind deutlich: Er hat dem Baukörper eine möglichst große Ruhe gegeben, er sagte ihn bodenständig zusammen und half ihm so zu einer Wirkung, die gegen das Reichstagsgebäude aufzukommen vermag. Durch ein schlichtes System von Pfeilern und Säulen, die den Bau fest und doch locker umspannen, sorgte Hoffmann dann für ein leidliches Quantum von Festlichkeit, das durch einen gewählten Reichtum an plastischem Schmuck, besonders durch ein ganzes Gewimmel von Figuren noch gesteigert wird. Dadurch, daß der Aufbau des Bühnenhauses ganz nach vorn gezogen wurde, bekam das Gebäude mehr Körper und zugleich eine neue, reizvolle Gliederung. Im Innern mühte sich Hoffmann, die ungeheuren Abmessungen der Treppenhäuser und Vordräume möglichst zu beschränken, um so dem Zuschauerraum eine stärkere Wirkung zu sichern.

Jedenfalls neue Lösung für die Unterbringung großer Massen, für die Sozialisierung des Theaters also, hat Hoffmann nicht gesucht. Er gab dem Hofe, was dieser verlangte, und bemühte sich im übrigen, im ganzen wie im einzelnen, so anständig wie möglich zu sein.

Humor und Satire.

Die neue Preußenhymne.

Ich bin ein Preuße! Kennt Ihr meine Töne, So stark und fest und knotig, groß und dreist? Die Väter kämpften — ich kämpfe tun die Söhne. Wer Preuße ist, der weiß, was kämpfen heißt! Um alles unzutreppehn, Genüß's, nur Drab zu trempeln.

Zum Motto wählt der „Preußenbund“ allein: Ich bin ein Knote, will ein Knote sein! Auch hörte man aus längst vergang'nen Zeiten Als Preußenlosung: „Mezeit voran!“ Da hat's ich mir vor Lachen beide Seiten! Kein! „Knot'wärts!“ ruft heut jeder Preußenmann. So hebt denn an zu brüllen Und kippt den Dred mit Mäßen

Auf Reichstag, Volk und jegliches Gebein — Ich bin ein Pr—reuße! will ein Pr—reuße sein! Ich liebe stramm an allen Traditionen. Doch eine streich ich glatt und radikal: Daß sich die dreihundzwanzig „Nationen“ Zu einer einten im Berliner Saal. Auf „Deutsche“, die nicht Preußen, Vermag ich nur zu — niesen. Ihr schlappen Kerls vom Rodar, Raab und Rain — Ich pfeif' auf's Reich und will ein Pr—reuße sein!

Doch da wir selbstverständlich stramm monarchisch, So schreit Hurra! daß es der König hört! Wir werden immer dann nur sehr anarchisch, Wenn „Jochimle“ sich gegen uns empört. Des „freien Mannes Liebe“?? Bei uns gibt's einfach Diebe! Wenn sich wer muckt, so faußt der Säbel drein — Ich bin ein Pr—reuße, will ein Pr—reuße sein!

So donnern wir von Elbitz bis nach Rochem Dies neue Lied der Elb- und Weichselwacht. Das Banner trägt der edle Herr von Brochem, Und die Kanonen läßt der Herr von Kracht. Das Maul weit aufzureißen, Das macht den echten Preußen, Denn wir Zweihundert woll'n für tausend schreien: Ich bin ein Pr—reuße, will ein Pr—reuße sein!

Snax.

Notizen.

— Zum Gedächtnis Nächstes hat der Verlag der Buchhandlung Vorwärts im Auftrag des Bezirksbildungsausschusses Groß-Berlin eine kurzgefasste Broschüre erscheinen lassen, die von Kurt Eisner verfaßt ist.

— Der Zusammenbruch der Direktion Lang ist eine Szene aus der gegenwärtigen Theatermühsal im allgemeinen und der Berliner im besonderen. Er bedeutet noch nicht das Ende des Deutschen Schauspielhauses, war aber von Anbeginn der Direktion Lang vorauszu sehen, und der nun schnell gefundene Ersatz muß sich prophezen lassen, daß die Krise sich eines Tages schlimmer wiederholen wird. Lang begann mit ausgemacht schlechten Finanzverhältnissen, über die ihn kein Unternehmen, weder Literatur noch Schmarren, hinwegbringen konnte, und er ging, weil er ein weiteres Anknüpfen für aussichtslos hielt.

Wie die Dinge liegen, wird das Theater nur deshalb weitergeführt, weil die Leute, die ihr Geld in die Sache stecken, sich nicht kurzerhand entschließen können, alles preiszugeben. Die Berufung des Herrn Siegfried Kunstmann hängt vielleicht zusammen mit einem Anknüpfen an die Hoffnung, durch die Ketterin Operette in eine jährliche Spielplan gebracht zu werden. Einweilen aber wird der bisherige Spielplan beibehalten. Die Engagementsverträge, die Lang abschloß, sollen bis Ende Juni weitergelten.

— Theaterchronik. In den Kammerspielen des Deutschen Theaters geht als nächste Premiere die Komödie „Der Enob“ von Karl Sternheim in Szene. — Das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater wurde von Oskar Wagner, dem Tenor und Regisseur, der bisher den Dresdener Operettenbühnen angehörte, gepachtet.

— Musikchronik. Der Berliner Tonkünstlerverein veranstaltet am Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Saale der Singakademie sein viertes Volkssammerkonzert. Zur Aufführung gelangen: Trio H-dur op. 8 von Joh. Brahms und Trio D-moll op. 49 von Mendelssohn sowie 4 Sologane von Karl Loewe. Am 31. Januar veranstaltet der Verein einen Vortragsabend mit Werken von ausschließlich spanischen Komponisten, die von spanischen Künstlern zu Gehör gebracht werden.

— Der Umbau der Rationalgalerie soll, wie es heißt, im März beendet sein.

— Ein Institut für Arbeitsphysiologie und Arbeitshygiene wird in Berlin geplant. Die Mittel sollen von der Kaiser-Wilhelms-Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Die Leitung wird Medizinprof. Dr. Kubner, der Direktor des physiologischen Instituts, übernehmen, der die Aufgaben und Ziele der neuen wichtigen Anstalt demnächst in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ darlegen wird.



Donnerstag gegen den geplanten Koalitionsrechtsauf. Das Referat hielt Reichstagsabgeordneter Genosse Alfred Henke-Bremen. Gerade in Erfurt hat ja auch die Arbeiterklasse allen Anlaß, sich kräftig gegen eine Ausdehnung des Arbeitswilligenschutzes zu wehren, denn die Erfurter Streikjustiz ist ja schon bereits zu einer gewissen Verhärtung gelangt. In Erfurt war es ja, wo vor einigen Jahren der Redakteur des Parteiblattes wegen des in der Presse gebrachten Ausdrucks „Kausreißer“ zu vier Wochen Gefängnis verurteilt wurde, obwohl sich der damit belegte Arbeitswille nicht einmal durch das Wort beleidigt fühlte.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, die gegen die geplanten Verschlechterungen des Koalitionsrechtes scharf protestiert und vielmehr dessen Ausbau als eine dringende Notwendigkeit für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse fordert.

### Der Schatzmachereifer fordert seine Opfer.

Die Halle'sche Strafkammer wirkte wieder einmal als Verurteilungsinstanz in Arbeitswilligenschutz. Der bisher unbeholtene Maurer Petersen sollte eines Tages im August v. J. als Streikender dem bei den Kanalarbeiten als Streikbrecher wirkenden Arbeiter Lang Worte wie: „Komm Dich in Acht, Streikbrecher, Dein Kopf geht in Stücke!“ zugerufen haben. Das Schöffengericht war zur Freisprechung gekommen, da es annahm, der Arbeitswille könne sich verhalten haben und daß der Sachverhalt nicht genügend aufgeklärt sei. Der Staatsanwalt hatte aber gegen dieses Urteil Berufung eingelegt und verlangte, daß Petersen mit 75 Mark bestraft werde, da der Arbeitswille glaubwürdig erscheine. Das Gericht erachtete aber eine Geldstrafe nicht für ausreichend und erkannte auf eine Woche Gefängnis. In der Begründung des Urteils hieß es, die Worte müßten als Beleidigung und versuchte Nötigung aufgefaßt werden, und der Angeklagte habe, wenn er damals auch nicht Streikposten stand, so gehandelt, um den Streik zu unterstützen. Arbeitswille dürften nicht von der Arbeit zurückgehalten werden, sondern verdienten energischen Schutz.

Dann wurde verhandelt gegen den jugendlichen, ebenfalls unbekanntesten Maurer Walter Thomas aus Hettstedt, der gelegentlich des Streiks am Rathausbau in Hettstedt dem Arbeitswilligen Speling das Wort „Kump“ zugerufen haben sollte. Das Hettstedter Schöffengericht hatte für dieses eine Wort, das sonst mit Geldstrafen von 3 bis 5 M. geahndet wird, nicht weniger als einen Monat Gefängnis ausgeworfen. Dieses Urteil erschien denn doch der sicher nicht milden Strafkammer zu hoch und sie setzte diese Strafe auf eine Woche herab.

### Terrorismusmaterial.

Der Konsumverein „Vorwärts“ in Luderwalle zählt zu seinen Mitgliedern mehrere niedere Eisenbahnangestellte und Eisenbahnarbeiter. Der Lohn dieser Beamten und Arbeiter ist bekanntlich trotz der Millionenüberschüsse, die der preussische Eisenbahnbau erzielt, so gering, daß sie alle Ursache haben, darauf zu sehen, wie sie am besten mit dem Gelde wirtschaften können und sie haben erkannt, daß die Beteiligung an der Konsumgenossenschaft ihnen wirtschaftliche Vorteile bietet. Das aber paßt den Eisenbahngewaltigen nicht. Dieser Tage wurden sämtliche Arbeiter befragt, ob sie Mitglied des Konsumvereins seien und ihnen gesagt, daß sie, wenn sie es seien, beim nächsten zulässigen Kündigungstermin ihre Mitgliedschaft zu kündigen hätten. Wenn sie es nicht täten, würde es für sie die schwersten Folgen haben. Auch ihre Frauen müßten die Mitgliedschaft im Konsumverein aufgeben, sofern diese Mitglieder sind. Man droht hier also kümmerlich bezahlten, abhängigen, stets um ihre wirtschaftliche Existenz zitternden Arbeitern und Angestellten mit Protzlosmachung, wenn sie nicht der Genossenschaft den Rücken kehren. Es wurde weiter gesagt, daß die Verheimlichung der Mitgliedschaft nichts nützen würde, die Eisenbahnverwaltung werde sich vom Amtsgericht die Mitgliederliste des Konsumvereins geben lassen und sie daraufhin prüfen, wer von den Eisenbahnarbeitern Mitglied sei. Das zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit, von welcher Seite terrorisiert wird.

### Streikbrecher eine Nötigung!

Eine ganz neue Auslegung über den Begriff „Nötigung“ hat jetzt das Breslauer Oberlandesgericht gefunden. Bei einem Streit in der Schlesischen Schiffswerft in Hofel bei Breslau traf der Dreher Fischer den Arbeitswilligen Wähler und suchte ihm mit folgenden Worten sein arbeiterfeindliches Verhalten klarzumachen: „Du brauchst doch nicht den Streikbrecher zu machen. Ich würde Dich sonst aus der Arbeit und aus Bilsnik (einem Nachbarort) herausdrängen.“ Wähler stellte Antrag, mit dem Erfolg, daß dieser vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe wegen Beleidigung verurteilt wurde. Nach Ansicht des Staatsanwalts hätte Fischer aber nicht wegen Beleidigung, sondern aus § 153 der Gewerbeordnung verurteilt werden müssen, der Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten zuläßt. Er legte Berufung vor der Strafkammer ein und erreichte auch, daß Fischer zu zwei Monaten Gefängnis wegen Nötigung verurteilt wurde. Hiergegen legte der Verurteilte Revision beim Oberlandesgericht ein mit der Begründung, daß bisher alle Gerichte in ständiger Rechtsprechung aller deutschen Bezirke und des Reichsgerichts in dem Worte Streikbrecher nur eine Beleidigung, nicht aber eine Bedrohung oder gar eine Nötigung erblickt hätten. Die Revision wurde verworfen und dies wie folgt begründet: Im allgemeinen könne wohl in der Bezeichnung „Streikbrecher“ eine Beleidigung gefunden werden. Es handele sich hier aber um eine Drohung im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung. Es genüge auch vollständig, wenn die Drohung überhaupt gefallen sei und wenn der Bedrohte sich nur bedroht gefühlt haben könne. Selbst die rechtsliberale „Breslauer Zeitung“ schreibt zu diesem Urteil:

„Also zwei Monate Gefängnis wegen solcher Lappalie! Wohin werden wir allmählich noch mit unserer Rechtsprechung kommen? Zwei Monate Gefängnis bekam in der Zeit, als wir noch normale Maßstäbe hatten, ein Arbeiter, der die ehrwürdige Majestät des armen Kaisers Wilhelm I. grob beleidigt hatte. Heute wird jeder Arbeitswille ebenso hoch, wo nicht höher bewertet, nur weil er seinen Kameraden im Kampfe um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Rücken gefallen ist, und den man hierfür mit der landläufigen, durchaus zureichenden Bezeichnung anprahlt, die der deutsche Sprachgebrauch nun einmal geprägt hat.“

## Parlamentarisches.

### Die Budgetkommission des Reichstags

schlechte am Freitag die Beratung des Postetats fort. Die mit 1.900.000 M. wiederum in den Etat eingesehene Ostmarkenzulage, für die sich Staatssekretär Straacke, Dr. Daxel (kons.) und Schiffer (natl.) ins Zeug legten, wurde gegen 10 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag, den aus dem Telegraphenarbeiter- und Bandwerkerstreik hervorgehenden Post- und Telegraphenbeamten Ausgleichszulagen zum Gehalt zu gewähren, fand Annahme. Eine vom Genossen Sudekum vorgelegene Klage über den generellen Ausschluss holländischer Firmen bei Lieferungen für die Postverwaltung ließ die Regierung unbeantwortet. Aus den von der Regierung über den Umfang des internationalen Postverkehrs gemachten Mitteilungen ist bemerkenswert, daß sich der Auslandspostverkehr und besonders der Depeschverkehr nach dem fernen Osten, letzterer infolge der Gebührenermäßigung, lebhaft gehoben haben. Mit dem im nächsten Jahre zu erwartenden Beitritt Chinas zum Weltpostverein ist eine weitere Steigerung, besonders des Brief- und Drucksachenverkehrs unter Benutzung der sibirischen Bahn zu erwarten. — Beim Hiesigen Fernsprech- und Telegraphenanlagen brachte Genosse

Koske die umfangreichen und mühsigen Störungen im Dresdener Fernsprechbetriebe während des Umbaus der Anlagen zur Sprache. — Staatssekretär Straacke tat die Beschwerden mit ein paar Worten ab, indem er die Störungen auf den vorgenommenen Wechsel des Fernsprechsystems zurückführte. Auch die in Gölitz beobachteten Störungen, über die Genosse Laubadel nähere Aufschlüsse wünschte, sollen nicht in einem Verkauf von Postbedeckung zu suchen sein. Eine große Anzahl Kauf- und Bauarten für Post- und Neubauten wurden bewilligt. — Nächste Sitzung Donnerstag nächster Woche.

### Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses

beriet den Etat der Forstverwaltung. In einer Erörterung über die Verkäufe staatlicher Wälder an den Zweckverband Groß-Berlin stellte der Minister in Aussicht, daß es zu einer Einigung kommen würde. Ein konservativer Abgeordneter warnte vor einem zu großen Entgegenkommen gegen den Zweckverband, weil sonst Provinzialstädte auch kommen würden und zum Teil schon kämen, auch da, wo gar keine staatlichen Wälder vorhanden wären; sie verlangten aber staatliche Beihilfen zum Ankauf von Privatforsten. Man müsse da beizeiten Grenzen ziehen.

## Jugendbewegung.

### Eine öde Schimpferei.

Den Tiefstand der katholischen Jugendpflege kann man nicht leicht überschätzen. Schon in den Druckschriften, die für die Schulentlassenen bestimmt sind, findet man die unbedingte und unwahrscheinliche Kampfesweise, die in der Zentrumspresse gang und gäbe ist. Die katholische Jugendzeitschrift „Wacht“ beschäftigt sich in ihrer Nr. 20 mit der Sozialdemokratie. Von sachlicher Auffklärung über unsere Ziele keine Spur. Dafür aber eine schier unfahrbare rohe Schimpferei. Da wird den jungen Leuten von einem roten Parteihauptling „Vebel“ gesprochen. Selbstverständlich sind wir „verlogen“ und zum Beweise seiner eigenen Wahrheitsliebe gibt der fromme Jugendzieher diese Sätze von sich:

„Nach einem zweiten wichtigen Grund habe ich, weshalb ich mit der Unionspartei nichts zu tun haben will: Sie kann und will unsern arbeitenden Volke gar nicht helfen. Wollte sie das, so hätte sie mitunter müssen an unserer sozialen Geseßgebung. Das hat sie nicht getan. Sie hat immer solche Forderungen gestellt, von denen sie genau wußte, daß sie unter den bestehenden Umständen nicht erfüllt werden konnten. Und dann hat sie sich dem arbeitenden Volke als einzige Volkspartei hingestellt, von der man aber nichts wissen wollte. ... Warum hat nun die Sozialdemokratie so völkisch und arbeiterfeindlich gehandelt? Die Antwort ist leicht. Das Ziel der Sozialdemokratie ist die Revolution. Mit zufriedenen Arbeitern aber kann man keine Revolution machen. Darum muß die Sozialdemokratie alles verhindern, was unsere Arbeiterchaft zufrieden machen könnte. Alle im Interesse des Arbeiterstandes eingebrachten Anträge und Vorschläge überweist sie mit der per seften Miene des Neugierigen, als ob sie sich in Gültigkeit und Liebe für die arme, bedrückte Arbeiterklasse nicht genug tun könnte, in Wirklichkeit aber mit dem hohausigen Willen, das Gesetz zu Fall zu bringen oder wenigstens sich selbst hinzustellen als diejenigen, die einzig und allein was „Anständiges“ für den Arbeiter herausgeschlagen hätte, wenn die andern nur nicht zu knauserig gewesen wären. In seiner Wut verfährt sich der Herr sogar zu den Kofeavorien „elende Lumperei“, um dann seinen jungen Lesern zu versprechen:

„Später will ich den lieben „Wacht“-Lesern einmal erzählen, wie die roten Brüder in Frankreich ihre Ziele zu erreichen suchten in der grausigen Revolution und wie sie das arme Land ins größte Unglück stürzten. Das sind ja nette Aussichten. Warten wir ab, welche Nachrichten den im Geiste armen katholischen Jünglingen von ihrem famosen Erzähler noch aufgebunden werden.“

## Soziales.

### Kaufmannsgerichtswahlen.

Bei den am Mittwoch stattgefundenen Kaufmannsgerichtswahlen in Mannheim hat der freigewerkschaftliche Zentralverband seine Stimmengahl gegenüber der letzten Wahl verdoppelt. Er erhöhte die Zahl seiner Sitze von 2 auf 4, die den verbündeten Kaufmännischen Vereinen abgenommen wurden. Die Deutschnationalen gingen 1911 von 12 auf 10 Mandate zurück, die sie an die verbündeten Vereine verloren haben und die sie jetzt unbedingt zurückgewinnen wollten. Aber es ist anders gekommen. Die Verbündeten haben die den Deutschnationalen damals abgenommenen 2 Sitze jetzt an den Zentralverband abgeben müssen. Es geht vorwärts auch bei den Handelsangestellten.

## Aus Industrie und Handel.

### Der Aufschwung der Automobilindustrie.

Die Produktionsstatistik liegt im Deutschen Reich noch sehr im Argen; sie erstreckt sich nur auf wenige Industriezweige, zu welchen aber seit dem Jahre 1901 auch die Kraftfahrzeugindustrie gehört. Ueber diese Industrie bringen die vom Statistischen Amt herausgegebenen „Ergebnisse der deutschen Produktionsüberhebungen“, die kürzlich als Ergänzungsbelt der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches erschienen sind, einige interessante Daten. In der eigentlichen Automobilindustrie, also ausschließlich der Betriebe zur Herstellung von Motorbooten, Luftschiffen und Flugmaschinen, sowie auch der Betriebe, in welchen lediglich Motore für Kraftwagen hergestellt werden, wurden im Jahre 1901 erst 12 Fabriken gezählt, die insgesamt 1773 Arbeiter und Angestellte beschäftigten. Im Jahre 1911, dem letzten, auf welches sich die vorliegende Statistik bezieht, war die Zahl der Betriebe auf 58, die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten auf 28.572 angewachsen.

Zeit stärker noch als das beschäftigte Personal ist die Produktion gestiegen. Im Jahre 1901 wurden 41 Kraftzweiräder und 884 Kraftwagen und Untergerichte im Gesamtwert von 5,7 Millionen Mark erzeugt. Im Jahre 1911 betrug die Erzeugung 8001 Kraftzweiräder, 1079 Kraftfahrzeuge und 16.939 Kraftwagen und Untergerichte im Gesamtwert von 153,1 Millionen Mark.

Die Statistik erstreckt sich auch auf die gezahlten Löhne, doch ist keine Scheidung zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Angestellten vorgenommen. An Löhnen und Gehältern wurden im Jahre 1901 2,2 Millionen, im Jahre 1911 42,0 Millionen Mark gezahlt. Nachher man diese Lohnsumme auf den Kopf des Beschäftigten um, dann ergibt sich im Jahre 1901 ein durchschnittlicher Jahreslohn von 1240 M., im Jahre 1911 ein solcher von 1580 M. Wenn man in Betracht zieht, daß in diesem Durchschnittsbetrag auch die Gehälter der Beamten mit einbezogen sind, dann kann die Lohnsumme nicht gerade als hoch bezeichnet werden, wenn sie auch seit 1901 um 27,4 Proz. gestiegen ist.

Die Rentabilität der Kraftfahrzeugfabriken läßt sich aus der vorliegenden Produktionsstatistik nur in beschränktem Maße erkennen. Einen Anhalt dafür gewinnt man durch einen Vergleich der nachfolgenden Ziffern: Im Jahre 1901 betrug der Wert der bearbeiteten Rohstoffe, Holz- und Gussfabrikate 2,6 Millionen Mark, der Wert der gefertigten erzeugten Waren einschließlich der Ersatz- und Reserveeile sowie der Reparaturarbeiten 5,7 Millionen. In den Automobilfabriken wurden somit neue Werte in Höhe von 3,1 Millionen Mark erzeugt, zu deren Hervorbringung an Gehältern und Löhnen 2,2 Millionen Mark ausgegeben wurden.

Im Jahre 1911 betrug der Wert der erzeugten Waren 153,1 Millionen Mark, der Wert der zu ihrer Herstellung erforderlichen Rohstoffe, Holz- und Gussfabrikate 74,7 Millionen Mark; die durch die Verarbeitung in den Automobilfabriken erzielte Wertsteigerung betrug somit 78,4 Millionen Mark. Vergleicht man die Ergebnisse der beiden Jahre, dann findet man, daß zur Schaffung von je einer Million neuer Werte an Gehältern und Arbeitslöhnen aufgewendet werden mußten im Jahre 1901 0,709 Millionen Mark, im Jahre 1911 aber nur 0,584 Millionen Mark. Die Produktionskosten sind demnach ganz bedeutend herabgemindert worden. Die Automobilindustrie wirkt also, was übrigens auch anderweitig bestätigt wird, den Aktionären eine ganz hübsche Dividende ab und sie könnte eine Steigerung der, wie wir oben gesehen haben, recht bescheidenen Arbeiterlöhne sehr wohl vertragen.

**Rückgang der Kohlen- und Eisenproduktion.** Der Dezemberausweis des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels zeigt, daß die Konjunktur in der Kohlenproduktion weiter nachläßt. Der rechnermäßige Kohlenabfuhr betrug im Dezember 1913 nur 256.300 Tonnen gegen 261.040 Tonnen im November 1913 und 277.420 Tonnen im Dezember 1912. Am größten ist der Rückgang bei Stahls (gegen Dezember 1912 von 61.300 auf 52.200 Tonnen).

Der Roheisenverband berichtet, daß sein Dezemberverband gegen den Vormonat um 4 Proz. zurückgeblieben ist.

**Zum Schiffsahrtstreit.** Die Rotflieger der nordatlantischen Katenkonferenz, die am Willmoth resultatlos auseinander gegangen waren, trafen sich am Donnerstag nochmals und haben den nordatlantischen Schiffsahrtspool mit Ausschluß der Hamburg-Amerika-Linie erneuert. Eventuell sollen gegen die Dapog Kampfraten zur Anwendung gelangen.

## Gerichtszeitung.

### Die Löhne der Forstarbeiter des Grafen v. Finkenstein.

Vor dem Landgericht in Guben wurde am Donnerstag die Beleidigungsklage des Grafen Fink v. Finkenstein zu Ziebingen gegen den Maurer Valentin aus Ziebingen in der Berufungsinstanz verhandelt. Valentin war in erster Instanz vom Schöffengericht Fürstenberg wegen öffentlicher Beleidigung des Grafen zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Anlässlich der Reichstagswahl im Westfälischen Kreise fand am 23. April 1913 im Herzogshofen Lokal zu Ziebingen eine konservative Wählerversammlung statt, in welcher der konservative Kandidat, Rittergutsbesitzer Holz, sprach. Versammlungsleiter war Graf Fink v. Finkenstein. Der konservative Kandidat schilderte die Lage der Arbeiter im Kreise im rosigsten Lichte. Die konservativen Großgrundbesitzer des Kreises sorgten durch anständige Entlohnung ihrer Arbeiter dafür, daß diese mit ihrer Lage sehr zufrieden sein müßten. Ein täglicher Verdienst von 3 M., die Möglichkeit für jeden Arbeiter, sich im Jahre ein Schwein schlachten zu können, was nicht einmal jeder große Besitzer könne, sei wesentlich der Förderung der Arbeiterinteressen durch die konservative Partei zu danken.

Imtrat der jetzt angeklagte Maurer Valentin entgegen, legte die Höhe der tatsächlichen Löhne dar und erwähnte, daß es im Wahlkreise Westfälischer Großgrundbesitzer gebe, die ihren Arbeitern den Lohn vorenthalten oder die wenigen verdienten Mark fast gänzlich kürzen.

Vom Vorstandstisch aus wurde Valentin dann aufgefordert, Namen zu nennen, wenn seine Behauptungen nicht als Lügen zurückgewiesen werden sollten.

Dies tat der Angeklagte. Er bezeugte dem Grafen Fink v. Finkenstein-Ziebingen als einen Großgrundbesitzer, in dessen Forsten es vorgekommen sei, daß Waldarbeitern als Verdienst einer ganzen Woche 45 Pf. ausgezahlt wurden. Auf Aufforderung des Grafen meldeten sich auch sofort in der Versammlung zwei Arbeiter, denen dieser horrenden Lohn gezahlt worden ist. Darauf klagte der Graf wegen vermeintlicher verleumderischer Beleidigung.

Das Angeklagte erklärte auch vor Gericht, daß Waldarbeitern der gräflichen Forsten für eine Arbeitszeit von 8 bis 4 Uhr, mit einständiger Pause, ein Wochenlohn von 6 M. gezahlt werde, wovon noch 10 Pf. für Versicherungsbeiträge gefürzt werden. Es sei auch vorgekommen, daß nach etwa fünfwöchiger Durchforstungsarbeit den Arbeitern für die letzte Arbeitswoche nur 45 Pf. ausbezahlt wurden, da nach Meinung der gräflichen Forstverwaltung diese Arbeit in Afford gearbeitet worden sei. Durch Zahlung der wöchentlichen Abschlagslohnsumme von 5,00 M. seien dann für den Rest der Arbeit in der letzten Woche nur noch 45 Pf. als Lohn übriggeblieben.

Diese Behauptung des Angeklagten wurde in der Verhandlung von mehreren Arbeitern bestätigt. Verwalter und Förster der gräflichen Forsten meinten allerdings in Gegensatz zur Auffassung der Arbeiter, es habe sich um Affordarbeit gehandelt, der geringe Lohn erkläre sich aus — einem Mangel an Reich der Arbeiter.

Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten. Dem Angeklagten stehe der Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zur Seite, zumal er die zur Anklage stehende Aneuerung erst auf Ersuchen aus der Versammlung getan habe. Er habe in Wahrheit berechtigter Interessen gehandelt.

### Vom polnischen Kriegsschauplatz.

Die Polizeiverwaltung zu Königsberg hatte dem Arbeitsekreter Przhobla, als Vorsteher der Abteilung für Hüttenarbeiter, die die polnische Berufsvereinigung Deutschlands in Königsberg hat, durch Verfügung ausgegeben, die Zahlung der als selbständigen Zweigverein anzusehenden Abteilung für Hüttenarbeiter und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder einzureichen. Die Behörde ging davon aus, daß es sich um einen politischen Verein im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes handele.

Pr. klagte und bestritt, daß es ein politischer Verein sei. Es handele sich vielmehr nur um eine Berufsorganisation.

Der Bezirksauskunft wies die Klage ab, indem er sich auf die Akten in mehreren Strafverfahren bezog, die in verschiedenen Bezirken Deutschlands, zum Beispiel im Bezirk Bochum und im Bezirk Breslau, gegen Organe der polnischen Berufsvereinigung wegen Nichtanzeige von Sitzungen und Vorstandsvorgängen gemacht haben. In diesen Prozessen sei der politische Charakter der polnischen Berufsvereinigung wiederholt festgestellt worden. — Das Oberverwaltungsgericht als Berufungsinstanz bestätigte das Urteil. Es führte aus: Es habe die Strafakten geprüft und sich dann ein selbständiges Urteil gebildet. Dem Kläger sei mitgeteilt worden, daß die Akten vorliegen würden. Er hätte somit Gelegenheit gehabt, den in den Strafakten festgestellten Tatsachen näherzutreten und sie zu bestritten. Das sei nicht geschehen. Der Senat nehme nunmehr diese Tatsachen auch seinerseits als festgestellt an. Danach müsse aber die polnische Berufsvereinigung Deutschlands als politischer Verein angesehen werden, dann sei aber auch die hier in Frage kommende Vereinsabteilung, die einen selbständigen Verein bilde, als zur polnischen Berufsvereinigung gehöriger Zweigverein ein politischer Verein.

Das Vereinsgesetz wird immer mehr zu einem Drangsalgesetz gegen Berufsvereinigungen der Arbeiter.



# Verfassungen.

Die **Gärtler und Kronenschlosser** nahmen in einer am Montag abgehaltenen Branchenversammlung den Jahresbericht der Branchenkommission entgegen, den Rehnz erstattete. Er sagte unter anderem: Die Befürchtungen, welche am Anfang des Jahres gehegt wurden, haben sich bestätigt, es ist eine sehr schlechte Konjunktur eingetreten. Die Krise hat einen Anfang angenommen, der alle Erwartungen und Befürchtungen übertreift. Deshalb ist denn auch von einer Kündigung der bestehenden Tarife abgesehen worden. Aber die Kollegen haben im allgemeinen streng darauf gehalten, daß die Tarifbestimmungen innegehalten werden. Besonders wurde auf Grund des Tarifs eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt, um Entlassungen vorzubeugen. Dadurch ist erreicht worden, daß ein großer Teil der Kollegen vor gänzlicher Arbeitslosigkeit bewahrt und die Folgen der Krise mildert gleichmäßig verteilt wurden. Andererseits glaubten die Unternehmer, die Krise zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse benutzen zu können, doch gelang es der Aufmerksamkeit der Kollegen und der Tätigkeit der Kommission, solche Absichten der Unternehmer zu verhindern und die Löhne auf der Höhe zu erhalten, auf die sie in den Jahren des guten Geschäftsganges gebracht worden sind. Die Branchenkommission wurde durch diese Tätigkeit sehr stark in Anspruch genommen und ist durch die Kollegen in dankenswerter Weise dabei unterstützt worden. 625 Werkstattversammlungen machten sich nötig, außerdem fanden 11 Branchenversammlungen und 31 Kommissionssitzungen statt.

Die Versammlung nahm den Bericht ohne Debatte entgegen. Dann erfolgte die Neuwahl der Kommission. Als Branchenleiter wurde Rehnz einstimmig wiedergewählt.

Die **Rüstungsmacher** nahmen in ihrer Branchenversammlung den Jahresbericht entgegen. Es war im vergangenen Jahr eine Steigerung von 135 Mitgliedern zu verzeichnen, was bei 634 Mitgliedern einen schönen Prozentfuß bedeutet. Dennoch ist das Verhältnis der Zahl der Organisierten zu der der Unorganisierten ungünstiger geworden, weil infolge der wirtschaftlichen Krise der Zustrom aus verwandten Berufen ein besonders großer war. Die Branchenkommission hat alles versucht, die Arbeits- und Verhältnisseverbesserung, trotz der misslichen Lage zu bessern. Die Erfolge konnten freilich nicht allzu beträchtlich sein. Die seit Jahren angeregte Schaffung einer Zentralkommission für das Reich ist jetzt soweit gediehen, daß sie im laufenden Jahre perfekt werden dürfte. Aussicht eines Vergnügens, dessen Ueberblick den ausgebeuteten Arbeitslosen zugute kommen sollte, werden Sammelreisen ausgedacht. Nach erfolgter Delegiertenwahl und der Wahl der Branchenkommission, sowie nach Erledigung einiger Branchenangelegenheiten, fand die Versammlung ihr Ende.

Der **Rüstungsverband**. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin erstattete der Vorsitzende Fritz den Jahresbericht. Von den Ereignissen des Jahres 1913 waren die bedeutendsten der Abschluß eines Tarifs mit den Selbständigen der Rüstungsbranche, der am 1. April in Kraft trat und der im September erfüllte Streik der Pelzbranche. In der Rüstungsbranche herrschte während des ganzen Jahres ein so schlechter Geschäftsgang, daß die einseitigen Löhne und die Arbeitszeit, welche der Tarif vorschreibt, nicht überall durchgeführt werden konnten. Die Arbeitgeber hielten sich nicht immer an ihre Verpflichtungen und die Kollegen waren nicht entschlossen genug, um auf die Kraft der Organisation gesetzt. Die Durchführung des Tarifs zu verlangen. Der Streik der Pelzbranche brachte nicht den gewünschten Erfolg. Die Vorschläge des Einigungsamts boten den Arbeitern so wenig, daß sie abgelehnt wurden. Aber mit der Organisation der Selbständigen wurde der 8½stündige Arbeitstag vereinbart, und es sind wenig Klagen laut geworden, daß er nicht innegehalten wird. Auch in der Pelzbranche herrschte schlechte Konjunktur. Erst jetzt, während der Kälteperiode, ist die Arbeitsgelegenheit besser geworden.

Die Jahresabrechnung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 51.717,48 M. Der Kasseneingang beläuft sich auf 1677,91 M. Der Streik erforderte an Unterstützung 26.661,50 M. Weiter wurden für Unterstützungszwecke ausgegeben an Arbeitslose 1790 M., an Kranke 1853 M., an Wöchnerinnen 104 M., in Sterbefällen 150 M. Der Mitgliederbestand, der sich am 1. Januar 1913 auf 407 männliche und 585 weibliche belief, stieg bis 1. Januar 1914 auf 446 männliche und 761 weibliche.

An der Geschäftsführung des Vorstandes hatte die Versammlung nichts auszusagen. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Fritz, 2. Vorsitzender Riesz, erster Kassierer Dittmann, 2. Kassierer Steinbach, Schriftführer Gildbrand, Beisitzer Rina, Frau Jablow, Stolzenberg, Sad, Mertins, Dähms, Unterbusch, Revisoren Bitter, Lorenz, Straube.

## Aus aller Welt.

### Ein Elendsbild.

Der Abg. Schmidt sprach auch von dem Wohnungselend der Gauerländer. Wer das tut, kennt die Verhältnisse nicht; denn im allgemeinen wohnt der Landarbeiter besser, wie der industrielle Arbeiter in den Großstädten.

Abg. v. Graefe (L) im Reichstage am 19./1. 1914.

Nur eine Illustration zu diesen „schlundigen“ Ausführungen. In Gaueritz, einem Dorfe und Rittergute bei Reichenhau

Bei 15 Grad Kälte eine Frau mit ihren sechs Kindern im Alter von 11 Monaten bis 13 Jahren in einem Kirchenhäuschen, das ihr die Gemeinde im Juni vorigen Jahres als Wohnung zur Verfügung gestellt hatte. Der Vater der Kinder ist seit längerer Zeit wegen eines schweren epileptischen Leidens in einer Landesanstalt. Die arme Frau mußte trotz ihrer sechs Kinder, von denen vier noch nicht zur Schule gehen, auf Arbeit gehen, weil sie mit 4 M. Unterfügung und der Invalidenrente nicht auskommen konnte. Nun kam die strenge Kälte und machte den dünnen Ziegelbau zur Eishöhle. Die Wände sind mit Raufrost bedeckt. Als in der vorigen Woche die Frau am Freitag nach Hause kam, lagen ihre Kinder krank daneben. Der eiserne Ofen hatte geraucht und die Kinder hatten giftige Kohlenoxide eingeatmet. Der Gemeindevorstand hat nun der Frau eine Bescheinigung ausgestellt, nach der die Gemeinde den Mietzins garantiert. Damit ging die Frau auf die Wohnungssuche. Sie findet aber bei der herrschenden Wohnungsnot keinen Hausbesitzer, der sie aufnimmt. So muß sie mit ihren kranken Kindern immer noch in der elenden, spärlich belüfteten, von Rauch und Kälte erfüllten Stätte kampieren.

Und da spricht die reaktionäre Gesellschaft immer noch von der Begehrlichkeit der Arbeiter, die jetzt mit ihren vergiftenden Hysterien das gute Einvernehmen der Landarbeiter mit ihren Herren stören wollen.

### Ermordung einer Deutschen in Shanghai.

Ein in Shanghai an einer Deutschen verübter Raubmord ist am Freitagmorgen entdeckt worden. In ihrer Wohnung wurde die Frau des deutschen Schlächtermeisters Neumann ermordet und beraubt aufgefunden. Der Körper der Ermordeten war furchtbar verstümmelt; der Kopf war beinahe vom Kumpf abgetrennt, ein Arm nahezu abgehakt. Der Mörder hatte mehrere Finger abgeschnitten, offenbar um sich in den Besitz der Ringe zu setzen. Der Wert der gestohlenen Juwelen und des entwendeten Geldes wird auf annähernd 4000 Pfund geschätzt. Die Brutalität, mit der das Verbrechen ausgeführt wurde, läßt darauf schließen, daß noch andere Beweggründe als ein bloßer Raubmord vorliegen. Der Gatte der Getöteten, der ein ausgedehntes Geschäft in Shanghai besitzt, befand sich zurzeit im Hospital, so daß seine Frau mit einem chinesischen Diener allein zu Hause war. Der Diener erscheint jedoch der furchtbaren Tat nicht verdächtig.

### Ludwig Rehgäuser gestorben.

Am Donnerstag ist im Krankenhaus zu Pfaffen in Oberbayern Ludwig Rehgäuser, der frühere Redakteur des Verbandsorgans der Buchdrucker, gestorben. Er hat in der deutschen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle gespielt. Nach den Tarifstreiks im Jahre 1896 kam er, der Bayer, nach Leipzig, übernahm die Redaktion des „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker“, des Verbandsorgans, das von ihm nicht nur in durchaus tariftreuem, sondern auch im Sinne strenger Neutralität der Gewerkschaften redigiert wurde. Die temperamentvolle und scharfe Betonung der Neutralität der Gewerkschaften, die Rehgäuser dazu führte, die Gründung einer eigenen Arbeiterpartei außerhalb der Sozialdemokratie zu empfehlen, die im Sinne der gewerkschaftlichen Ziele und Forderungen rein sozialpolitische Reformpolitik betreiben und von allen weiteren Zielen Abstand nehmen sollte, schuf Rehgäuser manchen Gegner. Und das nicht nur im politischen Lager der Arbeiterbewegung, sondern auch in den Reihen der Gewerkschaften trat man dieser extremen Gegnerschaft gegen die politische Arbeiterbewegung scharf genug entgegen. Rehgäuser, der früher der Sozialdemokratie angehört hatte, war schon längst aus ihren Reihen geschieden. 1910 legte er auch die Redaktion am Gewerkschaftsblatt seiner Organisation nieder; vermuthlich waren aus seiner besonderen Haltung auch Differenzen innerhalb der Organisation entstanden, die ihn, den reizbaren und empfindlichen Charakter, vorziehen ließen, davon zu gehen. Er erklärte, er habe bereits eine andere Stellung und werde sich unter keinen Umständen halten lassen. In der Tat hatte er die Redakteurstelle an einem demokratischen Blatt in St. Gallen angenommen, blieb dort aber nicht lange, ging dann als demokratischer Redakteur nach Konstanz und später, als Redakteur eines Brauereifachblattes nach Breslau. Im Oktober 1912 gründete er unter dem Titel „Sozialistisches Wochenblatt“, eine kleine Zeitung, die speziell Rehgäuserischen Sozialismus“ vertrat. Das Blatt konnte nicht bestehen und Rehgäuser bewahrte sich im Herbst vorigen Jahres um die Bezirksleiterstelle Frankfurt a. M. des Buchdruckerverbandes. Er erhielt die Stelle, legte sie aber am Tage seines Antritts schon wieder nieder, ohne irgendwelche durchschlagenden Gründe dafür zu haben. Von hier wandte er sich nach Radolfzell und dort kam es schließlich zu der Episode, die nun zu seinem Tode geführt hat. Mit der Frau eines Freundes beschloß er, sich das Leben zu nehmen, machte in der bitteren Kälte der Weihnachtsstunde im Walde bei Pfaffen einen

Vergiftungsversuch und wurde schließlich samt der Frau halb erfroren aufgefunden. Jetzt ist er dem Leiden erlegen.

### Kleine Notizen.

Ein wahnsinniger Bauer als Menschenfresser. Ein ganz ungewöhnlicher Fall von Geisteskrankheit wird aus dem russischen Dorfe Delinkowo gemeldet. Ein Bauer, der von einem tollen Hunde gebissen worden war, wurde plötzlich wahnsinnig und tötete seine Frau. Darauf zerstückelte er den Körper und hatte, obwohl er sich dabei selbst tödlich verletzte, noch die Kraft, Teile des Leichnams zu brauen und zu verschlucken.

Wegen Mordverdachts verhaftet. Wie aus Cambrai (Frankreich) gemeldet wird, wurde in Clary die Bäuerin Octave Lecompte verhaftet unter der Beschuldigung, ihren Vater und Bruder mit Arsenik geistert zu haben, um die einzige Erbin eines reichen Onkels zu werden. Die Frau bekennt ihre Unschuld, doch lauten die schwersten Verdachtsmomente auf ihr.

Eisenbahnunglück in Frankreich. Freitag früh stieß auf der Bahnlinie Beauvais—Sisors bei der Station Rainvillers ein Personenzug mit einem Kohlenzug zusammen. Ein Schaffner und ein Reisender wurden getötet, drei andere Personen schwer verletzt. — Ein anderes Eisenbahnunglück ereignete sich am Freitag mittag auf der belgischen Station Schärbed. Dort stieß der Viozelzug Brüssel—Antwerpen auf zwei Güterzügen. Zwei Personen wurden verletzt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumlichkeiten des Redaktionsbüros, wochentags von 4½ bis 7½ Uhr abends, Sonnabends, von 4½ bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Besonderebeachtung beigemessen wird, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

N. 8. 99. 1. Ja. 2. und 3. Nein. 4. Ja, wenn nicht wichtige Gründe vorliegen. — W. 8. 100. Vorkaufstrasse, und P. 6. 1. Beide Arbeitsgeber sind zur Annahme verpflichtet. Ueber die gütliche Einigung zu erlangen, so entscheidet auf Antrag das Verjährungsamt. Für den Invalidenversicherungsbeitrag haften beide Arbeitsgeber als Gesamtschuldner. —

W. 8. 73. 1. Hat sich der Ehemann seit mindestens einem Jahr gegen den Willen der Ehefrau von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und liegen die Voraussetzungen der Heiligkeit der Ehe seit Jahresfrist vor, so kann Scheidungserlass erlassen werden. Ist dies nicht der Fall, so ist nur Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft möglich. 2. Ja. —

W. 8. 57. Ja, soweit der Lohn 28,85 M. pro Woche übersteigt. — G. 8. 21. In den Räumlichkeiten der Charlottenburg. — Craniensberg 8. M. Die Entschädigung wird nur gezahlt, sofern Ihre beiden ersten Söhne insgesamt 6 Jahre gedient haben. Ist diese Dienstzeit nicht erreicht, so fällt die Entschädigung fort. — Hermann 23. 51. 1. und 2. Ja. 3. Nein. —

W. 8. 100. Nein. Der Vater kann die Löhne ablehnen. — G. 8. 86. Die Entschädigung wird für jeden weiteren Sohn gezahlt, sofern bereits vorher Söhne, die ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügt haben, zusammen 6 Jahre gedient haben. — Alter Refer. 1. Werden Sie sich um einen Arzt. 2. Einen derartigen Jugendbund gibt es nicht. 3. und 4. Nein. —

W. 8. 100. Ja. — G. 8. 200. Fragen Sie bei der Anwaltskanzlei an dem Vatani an. — Wichmann, Reine. Ihr Sohn kann jedoch später noch eingezogen werden. — R. 8. 77. Ja. — A. 8. 1. Sie können den Wert verlangen. — G. 8. 100. Nein. Haben Sie eine Veranlassung erhalten, so reklamieren Sie. — C. 8. 27. Ohne Einwilligung des Vorstandes nicht zu erlangen. —

H. 8. 25. 1. Da müssen Sie sich schon direkt an die Caritas um Auskunft wenden. 2. Das Gehalt ist an das Bezirkskommando zu richten. — R. 8. 701. Dazu ist der Wert verpflichtet. — G. 8. 100. Von November ab. — W. 8. 1. Werden Sie sich um einen Notar. 2. und 3. Die Höhe der Kosten richtet sich nach dem Objekt. — G. 8. 30. Ja. —

W. 8. 1. und 2. Wochentags von 10—6 Uhr, sofern im Wiederholungsfall nicht anders bestimmt ist. 3. Sie bleiben kirchlich verpflichtet bis einschließlich Dezember 1914. Sind Sie auch für das erste Quartal 1915 verantwortlich, so reklamieren Sie. — W. 8. 765. 1. und 2. Nein. —

W. 8. 1. Das steht im Belieben der Berufsgenossenschaft. — W. 8. 18. Ihre Frau hat noch Ansprüche an den Nachlass Ihrer Schwiegermutter. — G. 77. Ihre Mutter soll sich mit einer schriftlichen Behauptung an die Armenverwaltung wenden. — C. 8. 84. Fordern Sie den Eigentümer der Sachen unter Bezug einer Frist zur Begleichung der Rechte auf und drohen ihm an, daß Sie nach Ablauf der Frist die Sachen verkaufen würden. Nach Verlauf von vier Wochen können Sie alsdann einen Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragen. —

Steglich 1857. Zur Begleichung des Restbetrages sind Sie verpflichtet. Im Nichtzahlungsfalle können Sie verklagt werden. Eine strafbare Handlung liegt nicht vor. — Hermann Lewin, Windstraße. Beantworten Sie bei dem Prozeßgericht die Festlegung der von Ihnen bezahlten Kosten. Auf Grund des ergebenden Kostenfestsetzungsbeschlusses können Sie alsdann durch einen Gerichtsvollzieher bei dem Schuldner die Zwangsvollstreckung vornehmen lassen. —

R. 96. Der Vertrag kann privatchriftlich oder auch beim Anwalt oder Notar geschlossen werden. — C. 8. 100. 1. und 2. Ja. 3. Ja, sofern Sie unter Berücksichtigung Ihres eigenen und Ihrer Familie standesgemäßen Unterhalt dazu instande sind. — R. 8. 6. Ihre Angaben reichen zur Beantwortung der Frage nicht aus. Fragen Sie eventuell beim Einwohnermeldeamt nach. —

J. 8. 14. 1. bis 4. Unseres Erachtens bedürfen Sie keiner Legitimationskarte. Warten Sie die Entscheidung der Vollziehbehörde ab. —

Fris Jtas. 1. Jedenfalls zum Teil. 2. Ja. — 1914. 1. In Ihren Personalakten wird die Strafe nicht gelöscht. 2. Dazu ist die Polizei nicht beauftragt. 3. Wenn die Straftat hier in Berlin begangen ist, ja. —

W. 8. 100. Sie sind versicherungspflichtig. — Stammtisch 7. 1. bis 3. Wegen des Nachrückens ist Bestrafung ausgeschlossen. — W. 8. 100. Kländung ist möglich. Ihre Frau muß alsdann intervenieren. — P. 6. Greifenagener Str. Reine. — R. 10 b. Beantworten Sie sich direkt bei der Steuerdeputation des Magistrats. — R. 8. R. 1. Auf legalem Wege nicht. — R. 40. Ihre Frage ist im Briefkasten des Vormärts vom 20. d. Mts. unter Nr. 240 bereits beantwortet. — W. 8. 43. 1. Das Gehalt muß bis zur Dauer von 6 Wochen fortgezahlt werden. Der Arbeitgeber kann jedoch das erhaltene Krankengeld fürgen. 2. 6 Wochen zum Quartal.



Gegr.  
1867

Zentrale: C., Jerusalemer Str. 32-35

Potsdamer Straße Nr. 2  
Tauenzien-Straße 19a  
Tauenzien-Straße 7b  
Friedrich-Straße Nr. 75  
König-Straße Nr. 25-26  
Rosenhaler Straße Nr. 5

Oranien-Straße Nr. 161  
Gr. Frankfurter Str. 123  
Chaussee-Straße 114-115  
Schöneberg, Haupt-Str. 146  
Neukölln, Berg-Str. 25  
Charl., Wilmersdorfer Str. 45

Zentrale Berlin • Zweigniederlassungen: Magdeburg • Halle • Cassel • Rosdack • Danzig • Königsberg • Posen • Bromberg • Götting

# Inventur-Verkauf

der alten Stiller-Firma

Der kolossale Erfolg unseres Inventur-Verkaufs erbringt den Beweis unserer unübertrefflichen Leistungsfähigkeit.

Unsere zahlreichen Angebote sind von

unvergleichlicher Billigkeit

sodas sich für jedermann eine überaus günstige Gelegenheit zum Einkauf von Schuhwaren jeder Art für

Damen, Herren und Kinder bietet.

Beachten Sie die Auslagen in unseren Fenstern!



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Liniestr. 83-85.  
Telephon: Amt Norden 1987, 1239, 9714, 185.

Montag, den 26. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr:

## Branchen-Versammlung der Elektromonteuere und Helfer Groß-Berlins

in den Musiker-Festfälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (gr. Saal).

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Paul Bergmann. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Montag, den 26. Januar 1914, abends 8 Uhr:

## Versammlung aller in Schraubenbetrieben beschäftigten Automateneinrichter und Einrichter an Einzelbänken

im Luisenstadt-Kasino, Oranienstr. 180.

Tagesordnung:

1. Wie sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserer Branche während der gegenwärtigen Krise? 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vertreters zur Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Montag, den 26. Januar 1914, abends 6 Uhr:

## Bezirks-Versammlung des 20. Bezirks in Frankes Festfälen, Badstr. 19.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahl der gesamten Bezirksleitung. 3. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreichen Besuch obiger Versammlungen erwartet

Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Hierdurch ersuchen wir alle Mitglieder, die vom 1. Dezember bis jetzt ununterbrochen arbeitslos waren und verheiratet sind, sich bis Montag, den 26. Januar, mittags, im Verbandsbureau, Engelauer 15, Zimmer 53, zu melden. Die Kollegen aller Vororte können sich auch am Sonntag, den 25. Januar d. J., von vormittags 10 Uhr an in den betreffenden Verkehrslokalen melden.  
Der Zweigvereinsvorstand.

## Sektion der Putzer.

Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

## Sektions-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.  
Um pünktliches Erscheinen aller Mitglieder wird ersucht.

## Sektion der Stukkateure.

Montag, den 26. Januar, abends 8 Uhr, bei Wille, Sebastianstr. 39:

## Versammlung

Tagesordnung:

1. Vortrag. 2. Neuwahl der Sektionsleitung. 3. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.  
Die Sektionsleitung.

## Hausarztverein Süden.

Sonntag, den 25. Januar, nachmittags 5 Uhr  
Quartalsversammlung.

in Robes Festfälen (unterer Saal), Nächststraße 29.  
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Grunach über „Körperpflege“. 2. Vereinsangelegenheiten.  
Nach der Versammlung:

Gemütliches Beisammensein.

Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand  
M. Thurm, Nächststraße 37.

# Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter

Geschäftsstelle: C. 54, Verwaltungsstelle Berlin, Fernspr.: Amt Norden 4318.  
Mühlackstr. 10.

Sonntag, den 25. Januar 1914, nachmittags 2 Uhr:

## General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15 (großer Saal).

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom IV. Quartal 1913. 2. Bericht vom Jahre 1913. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert zum Eintritt!  
Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Eintritt!

Kollegen! Es ist Euch dringende Pflicht, Mann für Mann in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Maler Achtung!

Montag, den 26. Januar 1914, abends 8 Uhr:

## Öffentliche Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3.

Tagesordnung:

Neuwahl für die ausstehenden Mitglieder des Geschäftsausschusses gemäß § 41 des Innungsstatuts.

Wahlberechtigt sind die bei Innungsmittgliedern beschäftigten volljährigen Gehilfen, welche sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Wählbar ist jeder Gehilfe, welcher 1. volljährig ist und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, 2. zum Amte eines Schöffen fähig ist (§§ 31 und 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes), 3. im Uebrigen den Anforderungen des § 129 der Gewerbeordnung entspricht.

F. Rettig, Obermeister, Auguststr. 83 I. A. Rostin, Beigez. Berlin, Berliner Allee 251.

## Möbel-Angebot.

Solide Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Anfragen: Postkarte 806. Poliamt 27. 6506\*  
Keine Kassierer. Größte Kulanz.

# Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 24. Januar.

Anfang 3 Uhr.

Schiller-Charlottenburg. Götze von Berlichingen.

Anfang 3 1/2 Uhr.

Festung. Der Erbforster. Deutsches Künstler-Theater. Peterchens Mondfahrt.

Anfang 4 Uhr.

Orania. Mit dem „Imperator“ nach New York. Theater des Westens. Das tapfere Schindlerlein. Theater am Rollendorfsplatz. Die Schiffbrüchigen. Saiten. Prinz Hedemund. Rose. Robinson Crusoe.

Anfang 4 1/2 Uhr.

Kleines. Kammermusikspiele.

Anfang 6 Uhr.

Eines Palast am Zoo. Varietés. Lichtspiele.

Anfang 6 1/2 Uhr.

Eines Rollendorfs-Theater. Varietés. Lichtspiele.

Anfang 7 Uhr.

Opernhaus. Parfüf. Deutsches Opernhaus. Parfüf.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Egl. Schauspielhaus. Die Klüber. Deutsches. König Lear. Festung. Simon. Komödienhaus. Kammermusik. Zirkus Busch. Galabartellung. Zirkus Schumann. Galabartellung.

Anfang 8 Uhr.

Orania. Mit Ballon und Flugzeug über Berg und Tal. Kammermusik. Bettelknecht. Deutsches Künstler-Theater. Der Bogen des Odysseus. Deutsches Schauspielhaus. Der gute lach. Theater am Rollendorfsplatz. Peinlich Grot. Lustspielhaus. Die spanische Fillege. Montis Operetten. Die verbotene Stadt. Schiller O. „Weh' dem, der lügt!“ Schiller Charlottenburg. Venus.

Theater des Westens. Polenblut.

Deutsches Opernhaus. Parfüf.

Kleines. Jettchen Geberl.

Orania. Anstoles Jagdzeit.

Deutsches Schauspielhaus. Die spanische Fillege.

Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Präulchen Trallala.

Rose. Berlin, wie es weint und lacht. Käthe. Die alte Heberin. Sie zu Herrnsfeld. Was sagen Sie zu Leihhühn?

Reichshallen. Steffiner Sänger. Wintergarten. Spezialitäten.

Apollo. Der Stolz der 3. Kompagnie.

Neues Volkstheater. Michael Kraner.

Anfang 9 Uhr.

Berliner Gipsballe. Gipsball. Eines Rollendorfs-Theater. Varietés. Lichtspiele.

Sternwarte. Invalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O. Rollendorfs-Theater.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Weh' dem, der lügt.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Geschäft ist Geschäft.

Sonntag, abends 8 Uhr: Weh' dem, der lügt.

Montag, abends 8 Uhr: Meyers.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Sonnabend, nachmittags 3 1/2 Uhr: Götze von Berlichingen.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Meyers.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Andreas Hofer.

Sonntag, abends 8 Uhr: Meyers.

Montag, abends 8 Uhr: Weh' dem, der lügt.

Theater in der Königsplatz-Strasse

Abends 8 Uhr: Die Kronbraut.

Komödienhaus.

7 1/2 Uhr: Kammermusik.

Berliner Theater.

Abends 8 Uhr: Wie einst im Mai.

Residenz-Theater

8 Uhr: Hoheit — der Franz!

Auffällige Gröteske in 3 Akten von Arthur Landberger und Billi Hoff. Musik von Robert Winterberg.

Morgen u. f. Tage: Hoheit — der Franz! Sonntagnachm.: Schlafwagenkontrol.

Theater am Rollendorfsplatz 5.

Abendtäglich 8 Uhr: Prinzess Grell.

Heute 4 Uhr: Die Schiffbrüchigen.

ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.

Anfang 8 Uhr: Berlin wie es weint u. lacht

Heute nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe.

Sonntag, 3 Uhr: Der Schürzenjäger.

8 Uhr: Berlin wie es weint u. lacht.

Passage-Panoptikum.

Der unersättliche

Froschschlucken.

Halbstündlich eine Mahlzeit lebender Fische und Frösche.

Colts Experimente:

Aus dem Jenseits

Lebend!

Ohne Extra-Entree.

## URANIA

Taubenstraße 48/49.

4 Uhr:

Mit d. „Imperator“ nach New York.

(Kleine Preise.)

8 Uhr:

Mit Ballon und Flugzeug über Berg und Tal.

ODEON

Vergnügungs-Palast

der 10 000

Potsdamer Str. 72 Hochbahn

Bühnenstr.

Heute Sonnabend:

Im Hafen v. New York.

Große künstl. Neuausstattung

des Riesensaalraumes.

Das Leben und Treiben

in Amerika.

5 Kapellen.

Das Ammendorf

Negerknipen

Auf Cany Island.

Entree 30 Pf. Anf. 7 1/2 Uhr.

Sonntags Anfang 5 Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater.

Nachm. 4 Uhr: Prinz Hedemund.

Täglich 8 1/2 Uhr:

Deines Bruders Weib.

Walhalla-Theater.

Täglich 8 1/2 Uhr: Tangosieder.

Or. Grotte im Gel. u. Tanz in 3 Akten.

Sonntag, 3 Uhr: Wilhelm Tell.

Brauerei Friedrichshain

Täglich außer Sonnabends:

Das stimmungsvollste

Bayr. Bockbier-Fest.

Mittwochs u. Donnerstags:

Elite-Tag.

„Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus

Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!

Musik des 4. Gard-Regiments z. F. Dirigent: Oberm. Schrader

und Tegernseer und Zillertaler Musikanten,

Dirig. Hans Starp.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.

Morgen: Großes Triple-Konzert!

Anfang 7 1/2 Uhr.

Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.

Täglich:

Bockbierfest

in den bayerischen Alpen.

Anfang Sonntags 4 Uhr. Entree Sonntags 50 Pf.,

wochentags 7 Uhr. wochentags 30 Pf.

30 bayr. Madl. Tanzrad.

Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag

und Sonntag im Neuen Saal:

Großer BALL.

## Deutsches Künstlertheater

Sozialität.

Nürnbergstr. 70/71, am Zoo.

Kasse: Nollendorf 1383.

Sonnabend, 8 Uhr:

Der Bogen des Odysseus.

Sonntag, 3 Uhr: Die Affäre.

Abds. 8 Uhr: Der Bogen des Odysseus.

Friedr.-Wilhelmstädt. Theater.

Heute zum 1. Male:

Fräulein Trallala.

Rolle mit Gelang in 3 Akten von

Hofmannsthal, Musik von F. Gilbert.

Sonnabend, 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Sonntag, 3 Uhr: Einmal Nachm.

Vorstellung: Die Kino-Königin.

Voigt-Theater

Sadstr. 38.

Morgen Sonntag, den 25. Januar:

Nachmittags 3 Uhr:

Der Friedensrichter v. Hühnenburg.

Abends 7 Uhr:

Der Bajazzo und seine Familie.

Schulhausplatz in 5 Akten.

Kasseneröffnung 10 Uhr.

## Theater des Westens.

8 Uhr: Polenblut.

Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Der liebe Augustin

Zirkus Alb. Schumann.

Heute Sonnabend, den 24. Januar,

abends 7 1/2 Uhr:

High-Life-Evening.

U. a.: Therese Rens

dress. Elefanten u. Ponys.

Crescendo und Forrest

Musikal. Akt.

Original Little Freds

kunststreichende Hunde.

4 facher Jockey-Akt

Lamkin-Reinisch-Truppe

Seven-Truppe

akrobat. Tanz-Drahtseil-Akt

Um 9 1/2 Uhr:

„Tipp“

der Derby-Favorit 1914.

Sonntag 2 Vorst. Nachm. hat

jeder Erwachsene 1 Kind frei.

WINTERGARTEN

YVETTE

Robert Steidl

Willy Pantzer Co.

Persien

Ballettdivertiss.

Kostüme: Paul Poiret, Paris

u. eine Kette hervorr. Kunstkräfte

Morgen:

Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!

Kleine Preise!

Rauchen gestattet!

APOLLO

THEATER

8 Uhr. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr.

Riesen-Lachstürme!

Hartstein

in

Der Stolz d. 3. Kompagnie.

Kommen! Sehen! Aabel!

und das gr. Januar-Programm

u. a. Bernhard Körbits

Sonntag 3 1/2 Uhr:

Vollständ. Abend-Programm

Kleine Preise!

Rauchen gestattet.

Casino-Theater

Lothringstr. 57. Täglich 8 Uhr.

Ein neues Berliner Volksstück:

Die alle Webern.

Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor!



# Die Zabern-Interpellationen vor dem Reichstage.

197. Sitzung. Freitag, den 23. Januar 1914.  
nachmittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann Hollweg, Dr. Delbrück, Kühn, Lisso, v. Jagow, v. Falkenhahn.

## Kurze Anfrage.

Abg. Dr. Cuadras-Frankfurt a. M. (Soz.)

fragt an: Will der Reichskanzler die nötigen Schritte tun, um angedeutete Bestellungen in Frankfurter Wismutprozess Kopf eine Ergänzung der deutschen Besetze und Verordnungen über den Handel mit Giften durch Einbeziehung feuchter Mikroorganismen in das amtliche Verzeichnis der Gifte sowie eine internationale Regelung des Handels mit Gift und solchen Mikroorganismen in die Wege zu leiten.

Ministerialdirektor Jonquière:

Die Abgabe von Cholera- und anderen Bazillen darf nur an empfangsberechtigten Personen erfolgen. Die Vorschriften haben bisher genügt. Das scheint auch Kopf von dem Versuch abgehalten zu haben, sich die Bazillen in Deutschland zu verschaffen. Unabhängig von dem Prozess ist bereits vor einiger Zeit vom Kaiserlichen Gesundheitsamt eine neue Prüfung der Vorschriften veranlaßt worden. Die Erfahrungen des Prozesses werden Berücksichtigung finden, um im Wege internationaler Vereinbarungen eine internationale Regelung des Handels mit Gift und feuchter Mikroorganismen getroffen werden könne.

## Die Interpellation über Zabern.

Die sozialdemokratische Interpellation lautet:

Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um Verfassung und Recht zu schützen gegen die gesetzwidrigen Uebergriffe der Militärgewalt, wie sie durch die kriegsgerichtlichen Verhandlungen über die Vorgänge in Zabern offenbar geworden sind, und die in beiden Häusern des Preussischen Landtags Unterstützung gefunden haben.

Die Interpellation der Volkspartei fragt an, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um den dringenden und ständigen Gefahren zu begegnen, die sich aus den Dienstvorschriften für das preussische Kontingent der deutschen Armee, für die persönliche Sicherheit der Bevölkerung, das Ansehen der Zivilbehörden, aber auch der Armee und für die verfassungsgerechten und gesetzlichen Grundlagen der persönlichen Freiheit ergeben und die in Folge Vorbringen eingetretene lebhafteste Verurteilung der Bevölkerung zu befehlen.

Die sozialdemokratische Interpellation begründet

Abg. Dr. Fraul-Mannheim (Soz.):

Der Reichskanzler ist eine beschwundene Natur, aber die letzten Wochen waren geeignet gewesen, sein Selbstgefühl zu steigern, denn er wurde von den verschiedensten Seiten angegriffen, und dieses Schicksal widerfährt sonst nur bedeutenden Staatsmännern. Der Reichstag hat vor einiger Zeit das bekannte Mißtrauensvotum angenommen, weil der Reichskanzler in einer großen Frage zu weit rechts steht, das Herrenhaus hat ein weit kürzeres Mißtrauensvotum beschlossen, weil der Reichskanzler zu weit links steht. Ebenso ist der Reichskanzler im Abgeordnetenhaus angegriffen worden. Die Lösung dieser Widersprüche hat uns der Abg. Wassermann in seiner Stuttgarter Rede gegeben, wo er feststellt, daß der Reichskanzler im großen und ganzen nationalliberal ist. (Große Heiterkeit.) Ich weiß freilich nicht, nach welchem Schema diese nationalliberale Politik betrieben wird, etwa so, daß ein Schritt rechts-links, ein Schritt vorwärts-links und dann ein Schritt oder vielmehr zwei Schritte rückwärts links gemacht werden. (Heiterkeit.) Dabei ist auch die Frage offen gelassen, ob die Politik altnationalliberal oder richtig nationalliberal ist. Die Herren Mülling und Schiffer kämpfen ja noch um die Seele des Reichskanzlers. Diese nationalliberale Politik hat die Eigenschaft, daß immer etwas in Bewegung ist, aber es kommt nichts vom Fleck. (Heiterkeit.) Auf die Dauer ist das jedoch ermüdend, das Volk möchte wissen,

ob es vorwärts oder rückwärts gehen soll.

Das ist auch der Grund, warum wir und jetzt schon zum zweiten Male mit den Vorgängen im Elsaß beschäftigt müssen. Es handelt sich nicht etwa um die Verhaftungen in Zabern. Ob die Herren dort eingesperrt werden oder Orden bekommen, ist uns gleichgültig, es handelt sich nicht um eine juristische Frage, sondern um eine Episode in dem geschichtlichen Prozeß, in welchem die Frage ist, ob es vorwärts oder rückwärts gehen soll. Der Reichskanzler weiß auch ganz genau, um was es sich handelt. Er hat am 3. Dezember im ersten Schred über die Vorgänge in Zabern einen Schritt vorwärts machen wollen, und er hat hier erklärt, daß der Oberst v. Reuter eine gesetzliche Befugnis zum Säubern des Schloßplatzes in Zabern nicht hatte, ebenso wenig ein Recht zu den Verhaftungen, außer im Falle eines sofortigen Ereignisses auf feindlicher Tat, in welchem Falle aber die Verhafteten sofort an die Polizeibehörden hätten abgegeben werden müssen. Das hat der Reichskanzler erklärt, nicht etwa, weil der eine oder andere Redner ihm die Disposition gestört hätte, sondern es war wohl überlegt, und er hat am folgenden Tage ausdrücklich wiederholt: „Von der Räumung des Schloßplatzes und den Verhaftungen habe ich ausdrücklich gesagt, daß sie im Gesetz keine Grundlage finden.“ (Lebhaftes Hört! hört!) Nun kam die

Fahrt nach Donaueschingen

und dann die Verurteilung Fortners. Der Reichskanzler erwiderte auf einen Angriff des Abg. Erzberger:

„Ich habe den Grundsat, daß Recht und Gesetz gemahrt werden müsse, scharf und nachdrücklich ausgesprochen. Ein Kanzler, der diesen Satz ableugnete, müßte sofort seinen Platz verlassen. Ich habe ausdrücklich gesagt, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab die militärischen Maßnahmen die gesetzlichen Schranken verlassen.“

(Lebhaftes Hört! hört!) Dann kam die Hege der Konservativen gegen die Verurteilung Fortners. Da wurde der Reichskanzler in seiner Ueberzeugung wankend. Dann kam der Angriff im Herrenhaus und nun wurde der Reichskanzler vorlichtiger und sagte etwas zweideutig: „Recht muß Recht bleiben!“ Dann wurde er deutlicher und sagte hinzu: „Die Armee ist die stärkste Stütze von Ordnung und Recht.“ Das sagte derselbe Reichskanzler, der wenige Tage zuvor gesagt hatte, die Armee hat die gesetzlichen Schranken verlassen. (Lebhaftes Hört! hört!) Dann kamen die Freisprechungen der Offiziere. Diese Urteile waren für den Reichskanzler nicht Obtrügen, sondern sie waren geradezu Kolbenstöße gegen ihn. (Lebhaftes Sehr richtig!) Was tut nun der Reichskanzler, um sein Ansehen zu wahren? Er hat wiederholt erklärt, es seien Ungeheuerlichkeiten vorgekommen und es müsse Sühne dafür erfolgen. Was tut er nun? Er geht hin und läßt den Gerichtsherrn auf die Rechtsmittel der Verurteilung und der Revision verzichten. (Lebhaftes Hört! hört!) Und zwar mit ganz vager Begründung. Er kann sich nicht darauf berufen, daß durch die Verhandlungen vor dem Kriegsgericht seine Ueberzeugung geändert worden sei. Denn er hat am 3. und 4. De-

zember wiederholt erklärt, er setze sich in seiner Darstellung auf die Berichte der militärischen Stellen. (Lebhaftes Hört! hört!) Man kann doch nicht annehmen, daß die Berichte der militärischen Behörden an den Reichskanzler ungünstiger gelautet haben für die Offiziere als die Auslagen der Militärpersonen vor Gericht.

Der Reichskanzler hat sein Versprechen, daß Recht Recht bleiben soll, daß Sühne gegeben werden soll, nicht gehalten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht war das Verhalten des Reichskanzlers die erste praktische Probe auf die feudale Herrenmoral, deren Anwendung ihm vor kurzem der Abg. Mülling empfohlen hat, als er ihm mahnend zurief, er dürfe nicht lediglich handeln nach dem Standpunkt der Gerechtigkeit, sondern nach dem, was politisch notwendig ist. Ganz ähnlich dem Sinne nach hat Geheimrat Witting gemacht, man hätte den Krupp-Prozess unterdrücken müssen, die Staatsraison sei entscheidend, nicht die Gerechtigkeit. Das ist immer derselbe Faden, der gesponnen wird:

Offiziere und große Militärlieferanten, das ist der Staat,

die stehen jenseits von gut und böse, jenseits vom Gesetz. So scheint auch der Reichskanzler hier einmal gehandelt zu haben, nicht nach dem Standpunkt der Gerechtigkeit, sondern nach dem, was er für politisch notwendig gehalten hat. Wir aber, und ich glaube mit uns viele Millionen im Volke, sind der altmodischen Meinung, daß nichts auf der Welt politisch so notwendig ist, als die Gerechtigkeit. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichskanzler diesen Grundsat preisgibt, so wird er sehr böse Früchte ernten: Willkür und Auflösung der Staatsgewalt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun weiß der Reichskanzler, daß wir mit dem Verzicht auf die Rechtsmittel und damit auf die Bestrafung der Offiziere nicht einverstanden sind, sondern mehrere Schritte nach rechts hinüber gemacht haben, und deshalb läßt er sich verstimmt, einen kleinen unveränderlichen Knig zu machen nach der Mitte hin, wo die schwankenden Gestalten sind. (Heiterkeit.) Deshalb teilt er in der Nordd. Allgem. Zeitung mit, der Kaiser werde die bestrittenen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs nachprüfen lassen. Auch gegen diese unschuldige und nichts sagende Ankündigung haben nun die konservativen Herren in der Kreuz-Zeitung und der „Deutschen Tageszeitung“ einen Weidenlärm erhoben. Sie haben sich so gestellt, als wenn sie erschrocken wären über diese Ankündigung, sie haben getobt, das sei das Ende von Preußen. Die revolutionäre diese Ankündigung ist und wie sie gemeint ist, werden Sie sofort beurteilen können, wenn ich Ihnen ins Gedächtnis zurückrufe, wer der Vater dieser Nachprüfungs-Idee ist, kein anderer als der bekannte Jakobiner, der Abgeordnete Freiherr v. Zedlig. (Heiterkeit.) Ist es gewesen, der drüben im Abgeordnetenhaus erklärt hat, die Kabinettsorder von 1820 muß auf ihre Gültigkeit nachgeprüft und untersucht werden. Man will offenbar nur Zeit gewinnen,

man will einschläfern,

man will nichts tun. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie wissen ja, was bei der Nachprüfung der preussischen Wahlrechtsfrage herausgekommen ist. Feierlich war in der Kronrede versprochen, daß die Reform des preussischen Wahlrechts, eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, gelöst werden solle, und heute nach fünf Jahren Nachprüfung unterhalten sich die Herren von der Regierung und vom preussischen Abgeordnetenhaus lächelnd darüber, daß die Geschichte keine Eile habe. Und noch ein anderes Beispiel: Als der Reichstag im letzten Sommer die größte Militärvorlage seit der Reichsgründung bewilligt hat, hat er auch einige beschwundene Nachprüfungen gewünscht. Die Antwort auf unsere Wünsche kam vor kurzem in einem biden Heft. Ich will nur zwei Zeilen herausheben. Seit Jahrzehnten jammern die bürgerlichen Parteien darüber, daß in verschiedenen Regimentern der Adel bevorzugt werde, daß es Regimenter gäbe, wo fast nur adelige Offiziere wären. Auf die Resolution des Reichstags antwortet die Regierung: „Eine Entwidlung in der Armee, die im wachsenden Maße zu Regimentern mit ausschließlich oder überwiegend adeligen Offizierskorps führt, ist nicht wahrzunehmen.“ (Lebhaftes Hört! hört!) Und Heiterkeit links.) Und auf die Resolution des Reichstags gegen die Bevorzugung der Gardebataillon antwortet die Regierung: „Eine Privilegierung einzelner bestimmter Truppenkörper besteht nicht.“ (Erneute Heiterkeit.) Die Gardebataillone kommen demnach also wohl nach Diedenhofen. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Wenn der Reichskanzler den Verzicht auf die Rechtsmittel in den Prozessen verantworten und deden wollte, dann hätte er nur eine einzige zureichende Begründung gehabt, und die hätte lauten müssen: Meine Herren! Ich bin in schloßlosen Räumen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Kriegsgerichte, namentlich in solchen Konstellationen ihre Aufgabe nicht erfüllen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hier urteilen nicht Richter über Rechts- und Tatsachen, sondern Kameraden über Kameraden in eigener Sache. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie können ihre Aufgabe nicht lösen. Aber es ist unwahrscheinlich, daß der Reichskanzler diese Erklärung abgeben wird. Wir aber erklären — und das ist die Auffassung des weitaus größten Teiles des deutschen Volkes: Die Urteile der Strafkammer beweisen gar nichts über die Schuld oder Nichtschuld der Offiziere, über Schuld oder Nichtschuld der Zivilverwaltung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie beweisen einzig und allein die Unhaltbarkeit der Militärgerichte. (Lebhaftes Zustimmung links.) Wir verlangen deshalb die

## Ab Abschaffung der Militärgerichte.

Der Spruch des Oberst v. Reuter: Da hört alle Jurisprudenz auf, könnte als Vortitel für ein Buch über den Sittenfall der Militärgerichte stehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nach dem, was die letzten Wochen gebracht haben, brauche ich kaum mehr einen Beweis für meine Behauptungen zu erbringen. Nur ganz wenig will ich aus dem Verlauf des Prozesses herausgreifen. Raum ein juristischer Begriff ist klarer als der der Rotweh. In Rotweh ist, wer einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abwehrt. Was macht aber das Militärgericht im Prozeß Fortner aus diesem klaren Begriff? Da ist ein Offizier mit 12 Mann, alle bewaffnet bis an die Zähne und vor ihnen ein laotner, vollständig unbewaffneter Schuhmacher, der am Arme festgehalten wird. Nun zieht der Offizier seinen Säbel, haut den am Arm gehaltenen Mann über den Schädel, bringt ihm eine blutige Wunde bei und das Ganze nennt man Rotweh. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) (Stral. Raempf: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen. Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Nun könnte man sagen, bei den Militärgerichten liegt es am Mangel an juristischer Bildung. Aber bei dem oben genannten Anlagerevertreter, der die Verteidigungsbrede gehalten hat (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), trifft das doch nicht zu. Der hat doch juristische Uebungen machen müssen. Und was sagt dieser Herr Kriegsgerichtsrat? Jesus ist sein Name. (Heiterkeit.) Er gibt selbst zu, daß ein Soldat dem Offizier zur Verfügung stand, aber, sagt er: „Der Kaiser ist ein straf-tiger Mann, während sämtliche Anstetiere, die dabei waren,

das Gewehr in der Hand hatten und daher nicht in der Lage waren, so kräftig zuzufassen, wie es unter normalen Umständen möglich war. (Große Heiterkeit.) Also, weil die elf Soldaten mit dem Gewehr bewaffnet waren, waren sie im Nachteil gegen den unbewaffneter Schuhmacher (Heiterkeit) und der Leutnant, der fähig und die elf Mann waren in Gefahr, von diesem einzelnen hinfenden Schuhmacher umzingelt zu werden. (Heiterkeit.) Dann das Kriegsgericht gegen Reuter. Da muß ich schon sagen, in manchen Augenblicken dieses Verfahrens müßte jeder objektiv Urteilende den Eindruck gewinnen, als wenn die Herren

absichtlich den Schein der Objektivität nicht aufkommen lassen

wollten, denn wo hat man schon einmal gehört, daß ein Richter den freigesprochenen Angeklagten zu dem eigenen freisprechenden Urteil gratuliert, oder daß der Präsident des Gerichts, ein General, dann an konservative Parteimänner, wie Jagow und Oldenburg telegraphiert, ja man muß schon sagen: Reibung erstatet von dem vollzogenen Urteil. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Nach der Verhandlungsführung hat sich ja kein Mensch über den Ausgang gewundert, zumal nachdem kurz vorher der Oberkriegsgerichtsrat Dr. Medius erklärt hatte, am Donnerstag wird Reuter freigesprochen und am Sonnabend spreche ich Fortner frei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kam, daß die Zivilzeugen sich erst zum Verfahren drängen mußten, wie der Unterstaatssekretär Beitz in der künftigen Kammer mitgeteilt hat. (Hört! hört! links.) In der Verhandlung waren die Auslagen der Zivilzeugen von vornherein wertlos. Sehr wahr! links.) Die

Beweismittel der blauen Knöpfe

kamen allein in Betracht. Wenn man hochhaft wäre, könnte man sagen, es gibt eine Gerechtigkeit. Wie mancher Richter und Staatsanwalt hat schon, wenn er die Wahl hatte zwischen den Auslagen eines Mannes in Uniform und von 20 Zivilzeugen erklärt: Der Schuhmann kann sich nicht irren. Hier konnten nun einmal die Staatsanwälte und Schlichter lernen, wie es dem Bürger tut, wenn er vor ihnen steht und die Zeugen eingeteilt werden in zwei Klassen, solche in Uniform und Glaubwürdigkeit und solche ohne Uniform und ohne Glaubwürdigkeit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

An diesen Zuständen wird, so lange die Militärgerichtsbarkeit besteht, keine Gesetzes- und Verfassungsänderung dauernd etwas ändern. Trotzdem sind wir natürlich bereit, eine klare Rechtslage herbeizuführen, aber wir geben uns keinen Illusionen darüber hin, daß eine Militärgerichtsbarkeit, bei der die Jurisprudenz aufhört, ein Urding ist. Nur mit dieser Einschränkung will ich mich kurz mit der Frage der Gültigkeit der Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820 befassen, auf die sich Oberst v. Reuter auf Befehl nachträglich berufen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben im letzten Jahre überaus unter dem Zeichen der Jahrhundertfeier gestanden. Wir Sozialdemokraten wurden angegriffen und verhöhnt, weil wir zwar das Andenken der Kämpfer von 1818 in Ehren hielten, weil auch die Sozialdemokratie ihre Fahne senkt vor den schlesischen Weibern, den märkischen Bauern und preussischen Landwehrlenten, die 1813 gekochten haben, weil wir aber gleichzeitig uns erlaubten, das Volk auch daran zu erinnern, wie jenen Helden von 1813 gebaukt worden ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Was dann folgte, die Heilige Allianz, die Verchwörung der Fürsten gegen das Volk, wie die Erwartung, daß das Volk, das seine Heimat verteidigt hatte, damit auch politisch mündig werde, enttäuscht worden ist. Wir erinnern auch heute wieder daran, daß 1818 Professor Krndt, der das Lied gedichtet hatte vom Gott, der Eisen wachsen ließ und der Turnvater Jahr gemahrt-regelt wurden und daß 1820 eine Kabinettsorder erlassen gegen die Freiheit der Universitäten und der Studenten, wonach die Rechtsgarantien für die Studenten aufgehoben sollten und nicht bloß alle Sündigen, sondern schon alle Verdächtigen durch einen königlichen Kommissar von den Universitäten zu verweisen wären. Als

eine Zwillingssorder

zu dieser Anedelung der Studenten kam dann die Order vom 17. Oktober 1820, die dem Militär das Recht gab, auch ohne Verlangen der Zivilverwaltung einzuschreiten, wenn der Gouverneur es für nötig hielt. Man hat damals sich geschämt, die Order zu veröffentlichen. Es kam dann nach 1848 die Verfassung vom 31. Januar 1850, die im Artikel 98 bestimmt, daß die bewaffnete Macht zur Unterdrückung innerer Unruhen nur in den vom Gesetz bestimmten Fällen und auf Requisition der Zivilbehörden verwendet werden dürfe. Ausnahmen würden durch Gesetz bestimmt werden. Das geschah dann am 4. Juli 1851 durch das Gesetz über den Belagerungszustand. Danach kann, wenn Gefahr im Verzuge ist, wohl der Belagerungszustand verhängt werden ohne mitwirkende Zivilbehörden, es muß aber dann unverzüglich nachträglich die Genehmigung der Staatsverwaltung oder jetzt des Reichskanzlers eingeholt werden. Während der Beratung von Artikel 98 der Verfassung und des Gesetzes über den Belagerungszustand hat niemand, weder von der Regierung noch aus der Mitte des Abgeordnetenhauses, mit einem Wort behauptet, daß daneben noch eine Order aus dem Jahre 1820 Gesetzeskraft haben solle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es wäre eine wahre Komödie gewesen, wenn die Herren Bestimmungen ausgelassen hätten über das Verhalten des Militärs bei Aufruhr mit dem Hintergedanken, all das spielt ja keine Rolle, wir haben ja noch die Kabinettsorder vom Jahre 1820, wonach wir schon, wenn auch nur jemand pfeift oder lacht, machen können, was wir wollen. Es hieße das Abgeordnetenhaus und die Regierung von damals beleidigen, wenn man annehmen wollte, sie hätten diese Gesetze beraten und dabei gewußt: Wir haben ja noch eine geheime Order, die all das über den Haufen wirft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Träte das zu, so könnte ja eine

reine Geheimkreuz des Absolutismus

bestehen, und die Frage wäre berechtigt: Gibt es noch mehr solche geheime Orders, die an Stelle der Verfassung gesetzt werden können? Und wir haben jetzt im Anschluß an die Jahrhundertfeier das nicht ehrenvolle Schauspiel, daß der Deutsche Reichstag sich darüber unterhalten muß, ob eine Order aus der Zeit der tiefsten Erniedrigung des deutschen Volkes noch zu Recht besteht. Das ist das Geschenk der Regierung, das sie denen, die die große Militärvorlage bewilligt haben, zur Jahrhundertfeier macht (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) und ich muß sagen, kein unbedientes Geschenk. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun sagt man, der Kriegsminister habe 1898 Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs zur Unterdrückung innerer Unruhen erlassen. Nun wir sind der Meinung, kein Kriegsminister und kein Kriegsherr können Vorschriften der Verfassung außer Kraft setzen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was man nun darüber verschiedener Meinung sein, ob die Kabinettsorder von 1820 in Preußen gilt oder nicht, in Elsaß-Lothringen gilt sie sicher nicht. (Sehr richtig! links.) Die Elsaß-lothringische Regierung hat im Landtag feierlich erklärt, daß nach ihrer Meinung die Order für Elsaß-Lothringen keine Gültigkeit hat, und eine ähnliche Erklärung hat die in Artile-



Bergische Regierung abgegeben. Bayern und Baden sind von vornherein ausgenommen. So sehen wir, daß sich hier wieder einmal eine preussische Eigenart auszubilden scheint, auf die das preussische Volk wirklich nicht stolz zu sein braucht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich hat das Straßburger Gericht gesagt, der Soldat nehme seine Bestimmungen gewissermaßen im Lichte mit nach Elßah-Lothringen. Wenn das richtig sein soll, dann würde in Elßah-Lothringen preussisches, bayerisches, badisches und württembergisches Recht gelten, und das wäre dann für dieses Land ein Rückfall in die schlimmsten Zeiten der Kleinstaaterei und des deutschen Absolutismus. (Sehr richtig! links.) Selbst nach der Order von 1820 hätte eine Bestrafung der Offiziere erfolgen müssen, denn auch nach dieser Order darf nur eingeschritten werden bei inneren Unruhen. Daß innere Unruhen aber nicht vorhanden sind, wenn ein paar Leute zusammenstehen, und selbst wenn sie pfeifen und schimpfen, darüber besteht kein Zweifel. Nach den eigenen Angaben des Oberst v. Reuter war es am 28. November auf den Straßen von Zabern ruhig. Trotzdem hat er

### Scharfe Patronen austreten und die Maschinengewehre auffahren lassen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten, Kurze.) Der Oberst sagt, die Zivilverwaltung hätte gegögert. Die elßah-lothringische Regierung und sämtliche Zivilorgane haben ausnahmslos erklärt, daß das nicht richtig ist. Aber selbst wenn Oberst v. Reuter der Meinung war, daß die Zivilverwaltung ihre Pflicht nicht tat, ein einziges Telephongespräch nach Straßburg hätte Hilfe gebracht. (Sehr richtig! links.) Oberst v. Reuter wollte sich aber nicht bequemen, weil er es zum Skandal treiben wollte. (Sehr richtig! links.)

Der Gericht hat er stolz erklärt, er nähme alles auf sich. Warum hat das Gericht ihn nicht gefragt, wer ihm den Befehl zu seinem Verhalten gegeben hat. (Sehr gut! links.) Das Gericht hat angenommen, daß er in jedem Fall an sein Recht geglaubt hat. Dem ist entgegenzuhalten, daß er durch den Kreisamtmann ausdrücklich belehrt wurde, daß er die Rechtsbelehrung aber zurückgewiesen hat. (Hört! hört! links.) Sonst sind die Gerichte nicht so zimperlich. In dem Verfahren gegen die Abgeordneten seiner und Borchardt hat das Gericht gesagt: „Auch wenn sie nur im Zweifel gewesen wären über ihre Befugnisse, hätten sie die Möglichkeit einer Rechtsverletzung annehmen müssen, und darin bestünde ihre Schuld.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber Oberst v. Reuter hat im guten Glauben gehandelt! In sich sind uns die Persönlichkeiten ziemlich gleichgültig. Nur angesichts des förmlichen Kultus, der mit Reuter und Forstner getrieben wird, muß hier festgestellt werden, daß zu einer solchen Verherrlichung kein Grund vorliegt. Der Oberst hat zu einem Unschuldigen, der bei ihm kein Recht haben sollte, aber die Mühe nicht abnahm, gesagt: „Du Lump, weißt Du nicht, wie Du Dich vor einem preussischen Oberst zu benehmen hast!“ (Lebhaftes Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Das hat derselbe Mann gesagt, der der Meinung ist, es müsse Blut fließen, wenn einem 19-jährigen Leutnanten ein Wort nachgerufen wird, und der die Ehre der Offiziere so hoch einschätzt, daß er eine ganze Stadt unter ein Schandenschild setzt. Ein solcher Mann hält sich für berechtigt, einen Bürger zu beleidigen und anzubrüllen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Großes Wohl!) Einen Einjährigen, der das Verbrechen begangen hatte, mehr zu subornieren als der Herr Oberst (Heiterkeit), nannte er „Franzosenlosp“, nur weil er einige Semester in Paris studiert hatte. Eine sehr taktvolle Bemerkung eines Oberst im Elßah! (Sehr richtig! links.) Und wie hat sich Oberst v. Jagow über die Stützen von Kron und Altar, über die Behörden, die Richter und die Staatsanwälte ausgesprochen? Er hat ihnen

### direkt Meineid vorgeworfen

oder doch Verleumdung zum Meineid. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Oberst v. Reuter!) Es liegt so sehr nahe, daß man die beiden Herren miteinander verwechselt. (Heiterkeit links.)

Den Postbeamten hat der Oberst nachgesagt, sie hätten Briefe unterschlagen, während festgestellt ist, daß daran nichts ist, daß dies eine Verleumdung ist. Ferner hat er behauptet, die vom Militär angezeigten Leute würden von der Staatsanwaltschaft doch nicht verfolgt. Die elßah-lothringische Regierung hat festgestellt, daß diese Behauptung unwahr ist, daß keine einzige Anzeige vom Regiment eingelaufen ist. (Hört! hört! links.) Der Mann, der so mit der Wahrheit umspringt, der wehrlose Gefangene derart behandelt, der die Ehre des Bürgers nicht achtet, das ist Ihr (nach rechts) Held! Ich gönne Ihnen den Mann! (Sehr gut! links.)

Die Freisprechungen sind erzielt worden durch eine planmäßige Hege gegen Gesetz und Recht, die von den Konservativen und der Militärkamarilla ausging. An die Spitze des Feldzuges stellte sich Herr

### Dr. jur. v. Jagow.

(Lachen links.) Er erklärte jede Bewegung eines Leutnants für einen Akt der Staatshoheit. Der alte Satz, daß der König nicht Unrecht tun kann, wird von ihm erweitert zu dem Satz: Der Leutnant kann nicht Unrecht tun. (Heiterkeit links.) Dieser Dr. jur. beruft sich auf Gesetze, die gar nicht existieren. (Heiterkeit links.) Er sagt, wenn diese Gesetze nicht existieren, müssen sie inkriminiert eingeführt werden. Herr v. Jagow hat mit seiner Erklärung gegen das erste Urteil über den Leutnant Forstner allerdings in ein schwaches Verfahren eingegriffen und die „Norddeutsche“ hat dann ein ganz schändliches Notizchen gebracht, daß über die Sache im Staatsministerium geredet werden müsse. Das war aber auch alles, was geschah. Daß Herr v. Hedebrand im Abgeordnetenhaus erklärt, mit diesem schändlichen Mann habe man noch großes vor. (Hört! hört! links.) Zweifelloß ist Herr v. Jagow ein Mann von besonderen Fähigkeiten. Er ist ein Jurist, wie er alle hundert Jahre nur einmal vorkommt (Stürmische Heiterkeit) und ein Feldherr, der noch nie geschlagen wurde und nie geschlagen werden konnte. Denn, wenn der Feind im Tiergarten bei den Demonstrationen war, dann suchte er ihn draußen in Trepzow. (Erneute Heiterkeit.) Herr v. Jagow ist ein so großer Stratege, daß er kommandierender General in Elßah-Lothringen werden könnte, und seine juristischen und Verwaltungsfähigkeiten prädestinieren ihn zum Statthalter. Dann könnten diese Kommandanten miteinander verbunden werden, und Herr v. Jagow ist der geeignete Direktor für Elßah-Lothringen und darüber hinaus für das Deutsche Reich. (Stürmische Heiterkeit links.) Auf Herrn v. Jagow trifft das Wort eines berühmten österreichischen Juristen zu: Er ist zu nichts und zu allem fähig! (Stürmische minutenlange Heiterkeit.) Zudem stellte er sich unter

### das Protektorat Sr. Kaiserl. Hoheit des Kronprinzen.

Der hat ja an den Mann, der die ganze Aktion dirigiert hat, an den General v. Deimling und den Oberst Reuter, telegraphiert. Ich weiß nicht, wie der Text der Depesche war, ob er wirklich gelautet hat: „Nimmer feste drauf und Bravo!“ Ich weiß auch nicht, ob der Kronprinz die Depeschen selbst verfaßt hat. Der Stil ist derart, daß sie würdig wären, von Herrn v. Didenburg-Januschau verfaßt zu sein. (Große Heiterkeit.) Von diesen Depeschen gilt, was der Reichskanzler mit Unrecht von Beschlüssen des Reichstags gesagt hat, daß sie staatsrechtlich ohne jede Bedeutung sind. Aber politisch sind sie unheimlich und geradezu unerträglich. (Lebhaftes Zustimmung links.) Unheilvoll und unerträglich, nicht für die innere Politik. Da sind wir vielmehr dem Kronprinzen dank schuldig, dem Hunderttausende werden durch diese Kundgebungen aufgerüttelt aus ihrer Gleichgültigkeit. Hunderttausende sagen sich, wenn der zukünftige deutsche Kaiser so intim steht mit den Verächtern der Verfassung und den Staatsverräthern, dann ist es notwendig, daß das deutsche Volk seine Geschichte selbst in die Hand nimmt. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten, außerordentlich erregte Zurufe rechts.) Präsident Kaempf bittet den Redner, sich zu mähdigen, sonst müsse er ihn eventuell zur Ordnung

rufen. Es ist ja noch nicht lange her, daß wir den temperamentvollen Ausbruch des Kronprinzen erlebten; während der Rede des Herrn v. Hedebrand hier im Hause erscholl gerade an den Stellen, die gegen England gerichtet waren, aus der Prinzipalloge demonstrativer Beifall. Nicht so in der Deffentlichkeit bemerkt, aber nicht weniger unheilvoll waren die abenteuerlichen Pläne des Kronprinzen während des türkisch-italienischen Krieges. Endlich der Regimentsbefehl, wo die

### Geschichte mit dem gebrochenen Herzen

vorkommt; wo es heißt, es wäre sein höchstes Soldatenglied, an der Spitze seiner Husaren gegen den Feind zu reiten. (Große Erregung und Lärm rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ruhe, Spiritus-Zentrale.)

Präsident Kaempf: Sie dürfen keine Beleidigungen gegen den Kronprinzen aussprechen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Er zitiert ja lediglich.)

### Abg. Dr. Frank (fortfahrend):

Ich kann mir nicht denken, daß eine Beleidigung darin liegt, wenn ich den Kronprinzen zitiere. Ich will nur feststellen, daß das höchste Soldatenglied, an der Spitze eines Regiments in die Schlacht zu reiten, für den größten Teil des deutschen Volkes das größte Unglück ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Thronrede hat mit Genugthuung festgestellt, daß der Weltfriede gefährdet ist und zur gleichen Zeit schwärmt der künftige Kaiser von dem höchsten Soldatenglied. Der Reichskanzler muß das Verantwortlichkeitsgefühl der in Betracht kommenden Stellen schärfen, wenn solche Dinge sich ereignen.

Gleichzeitig mit den Vorkäufen des Herrn v. Jagow und des Kronprinzen wurde im Herrenhaus und im Abgeordnetenhaus vom Leber gezogen. Dort wurde getobt und geschimpft gegen die elßahische Verfassung, gegen die Besitzsteuer im Reich, gegen die Reform des preussischen Wahlrechts, mit einem Wort, es wurde demonstriert für die Aufrechterhaltung der konservativen Klassenherrschaft. Aber um das auszubüßen, hat man eine ganz bestimmte historisch geprägte Form: Man sagt nicht etwa: Auf in den Kampf für die konservative Herrschaft und die Privilegien des Grundbesitzes, man sagt vielmehr: Auf in den Kampf um Schutz der Kommandogewalt des Königs! In Donaueschingen war angeordnet worden, ein richtiges Gerichtsverfahren solle stattfinden. Dann kam das Urteil gegen Forstner, und nun setzte die militärische Kamarilla ein, und nachdem sie ihren Willen an die Stelle der Kommandogewalt gesetzt hatte, rief sie: wir kämpfen für die Kommandogewalt! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) War etwa die Proklamation des Herrn v. Hedebrand gegen den Kaiser im November 1908 auch ein Kampf für die Kommandogewalt? Als in jener Zeit eine ganz unerhörliche Notiz in der „Kölnischen Zeitung“ erschien, wurde damit gedroht, daß der Geist der Unruhdienerei auch in das Offizierkorps gedrungen sei. Was sollte denn damit gesagt sein? Vielleicht ist der höchsten Stelle in Wahrheit gedient, wenn gerade das Offizierkorps daran gewöhnt wird, die gelegentlichen Innezuhalten. (Lebhaftes Zustimmung links.) Was die Herren im Herren- und Abgeordnetenhaus nicht sagen wollten, weil sie doch eine gewisse Rücksicht üben mußten, wurde gesagt bei den

### Verhandlungen des wundervollen Preussentages.

Er hat natürlich auch im Abgeordnetenhaus getagt, nicht etwa im Reichstag. Ueber den Reichstag wird vielleicht nächstens das Militärverbot verhängt werden, weil hier Gefahr für die Disziplin besteht. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob die Herren bei ihrer nächsten Tagung auch wieder im Abgeordnetenhaus sein werden, denn sie bekommen schon Angst vor den Geistern, die sie riesen. Ihre Zahl wird immer kleiner, so daß sie das nächste Mal wahrscheinlich in einem Kommissionszimmer des Reichstages Platz haben werden. Ich würde empfehlen, ihnen das Zimmer zur Verfügung zu stellen, in dem die elßahische Verfassung gemacht worden ist. Dort hängt ein Bild des Freiherren v. Stein mit der Aufschrift: „Ich habe nur ein Vaterland, das ist Deutschland; ich bin nur ihm und nicht einem Teil davon von ganzem Herzen ergeben.“ (Lebhaftes Bravo!) Die Herren wollen für Sitte und Ordnung kämpfen und als Erzieher des deutschen Volkes wirken. Ihre Arme war nicht gerade imponierend, sie war zusammengesetzt aus Generalen und Feldwebeln, während die Soldaten fehlten. Für Justiz und Sitte wollen sie kämpfen und ihre Reden verraten eine so ungezügelter Robheit, daß sie als Erzieher nicht auftreten dürfen. Es ist

### eine Ehre für den Reichstag,

daß der giftigste Haß und Angriff gegen und gerichtet war. (Lebhaftes sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es hat einen gewissen historischen Reiz, daß fast dieselben Angriffe mit genau denselben Worten in den 50er Jahren gegen das preussische Abgeordnetenhaus gerichtet wurden. Damals wurde erklärt: das Unglück, die unitarische Gefahr, ruht im Abgeordnetenhaus, das alte Preußen steht in den ständischen Provinzen. Heute meinen die Herren von der Kamarilla, daß dieses Abgeordnetenhaus die Grundlage des alten Preußen sei. Die Herren haben sich auch herausgenommen, sehr unvorsichtig, auf Einzelheiten einzugehen, und gesagt, die Anträge Urberger, Scheidemann und Genossen bei der Vorlage gegenüber der Kommandogewalt seien Unverschämlichkeiten, wie man sie größer nicht denken könne. Die anwesenden Herren von der konservativen Fraktion hätten die Preußenhändler doch belehren müssen, daß für einen nicht kleinen Teil dieser anmaßenden Resolutionen auch die konservativen Protektoren des Preußenbundes gestimmt haben. Ich bedaure, daß Mitglieder dieses Hauses, wenn auch von der rechten Seite, dabei geblieben sind, als der Deutsche Reichstag in dieser beschimpft wurde. (Lebhaftes Zustimmung.)

Auf die Einzelheiten, die dort gesagt wurden, will ich nicht eingehen, nicht auf die Angriffe gegen die Süddeutschen, wobei Herr v. Bayer bei der Redendart mit dem Weingeist gemeint war. In der Beziehung haben wir Deutsche uns alle nichts vorzusetzen, der Süden liebt den Wein und das Bier, der Norden den Schnaps. (Große Heiterkeit.) Und wenn ein Nationalgetränk gewählt werden soll, so wird der größte Teil doch wohl den Süddeutschen Wein vorgezogen. (Heiterkeit.) Erster ist, daß ein Oberlehrer — Krause geheißen — (Heiterkeit) sich als Wortführer des Herrn v. Jagow gegen die Beamten gebärden konnte, die sich organisieren wollen, die gewerkschaftliche Reaktionen haben. Den Gipfel erreichte der General, der über die Leistungen der Bayern bei Orleans sprach. Ich will über den Herrn kein Wort verlieren, da ich annehme, daß von berufener Seite hier, wo wirklich einmal die Ehre der Arme verlegt wird, ein Wort gesagt werden wird (Lebhaftes sehr richtig!), wenn ich auch nicht verlange, daß Maschinengewehre gegen den Preußenbund aufgeföhren werden. Nur eine Bemerkung will ich machen; der General v. Kracht schloß mit den Worten: „Wenn die Preußen kommen, kriegen alle Courage.“ Der weitere Verlauf hat gezeigt, daß man auch umgekehrt sagen kann: „Wenn die Bayern kommen, verlieren manche Preußen die Courage.“ (Große Heiterkeit und sehr gut!) Wenn Sie nach Reichsfeinden suchen wollen, finden Sie sie im Preußenbund. Ein Superintendent sprach seine Freude darüber aus, daß der 18. Januar 1871 im Kalender der „Kreuz-Zig“ gestrichen sei. Es muß der nationalliberalen Partei doch etwas unangenehm sein, wenn sie sieht, daß Anhänger von ihr Arm in Arm mit dem Preußenbund gegen den 18. Januar 1871 marschieren. Schließlich sprach Köstke seine Freude aus über das Zustandekommen des Bundes. Er sagte aber auch, vor allem sei gegen die Nacht des Goldes zu kämpfen. Von dieser Nacht ist auch der Preußenbund nicht ganz frei. Der Vorsitzende der Versammlung des Preußenbundes hat einmal in einer Versammlung von Industriellen erklärt: Die Nationalliberalen haben wir am Jügel, und nun wir geben ihnen das Geld. (Lebhaftes Hört! hört!) Die Versammlung, die gegen die Nacht des Goldes kämpfen will, hat also zum Vorsitzenden einen Mann, der verflucht: Wer das Geld hat, hat die Lieberzeugung. Unter diesen Umständen muß ich den Reichs-

kanzler dazu beglückwünschen, daß es abgelehnt worden ist, an ihn ein Telegramm zu senden. Allerdings wurde hinzugefügt, man wolle damit kein Mißtrauen gegen den Reichskanzler aussprechen (Große Heiterkeit) und das macht diese Unterlassung wieder wertlos.

### Was wird nun der Reichskanzler tun,

um die persönliche Freiheit der Staatsbürger zu schützen? Die Vorgänge von Zabern können sich jederzeit in jedem Teile Deutschlands wiederholen. Süddeutsche Regierungen haben zwar erklärt, daß nach den dortigen Bestimmungen so etwas nicht möglich sei. In Preußen aber besteht die Gefahr, daß an jedem Tage sich ähnliches wiederholt. Bis jetzt wollen wir nicht, was der Reichskanzler tun will. Die Ordensverleihung an den Oberst v. Reuter hat nicht gerade beruhigend gewirkt. Gerade in diesem Augenblick der außerordentlichen Erregung hätte der Reichskanzler, wenn sein Einfluß soweit reicht, diese Ordensverleihung verhindern müssen. (Lebhaftes sehr richtig!) Vielleicht sieht er aber gar nicht, was im Volke vorgeht. Er hat im preussischen Abgeordnetenhaus von seinen schlaflosen Nächten gesprochen. Wir bedauern diese Unruhe bei Nacht, aber wir fürchten, daß er das, was er nachts verläumt, am Tage nachholt. (Schallende Heiterkeit.) Er hat im Herrenhaus über die Instruktion der Stimmen der elßahischen Vertreter im Bundesrat Erklärungen abgegeben, die nicht stimmen, und er hat im preussischen Abgeordnetenhaus versichert, daß er im Reich im Geiste des Preukentums regieren wolle. Mit diesem Versprechen, mit dieser Wille ein gutes Wetter wird er aber den Herren nicht genügen, die wollen mehr, die wollen,

### daß er den Reichstag zum Teufel jagt.

Herr v. Hedebrand hat uns in einem unvorsichtigen Augenblick zugerufen: Machen Sie doch endlich Revolution! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand eine Revolution machen will, dann wird er sich den Zeitpunkt nicht von Herrn v. Hedebrand diktieren lassen. (Sehr gut!) Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Alles, was von den Herren auf der Rechten gesprochen wurde von den schlappen Beamten, war nicht nur für die Reichsländer gemüht, sondern gilt auch für Sie, Herr Reichskanzler. Ich bin der Meinung, daß in kurzer Zeit keine Partei mehr Vertrauen zu dem Herrn Reichskanzler haben dürfte, und er wird dastehen, verlassen wie ein König Lear, und auch die Cordelia Wasserfmann wird ihn verlassen. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.)

Wir sind mitten im Konflikt drin, und die Frage ist nur, wie sich das Bürgertum in diesem Konflikt verhalten wird. Es ist härter, als es selbst weiß, und es überschätzt die Bedeutung der Konservativen. Die Konservativen hätten längst nicht mehr wirtschaftlich und politisch die Bedeutung, wenn das Bürgertum sie nicht stützen würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Bürgertum glaubt immer noch, das Häuflein da draußen wäre noch die alte konservative Partei mit ihrem höheren Marktinstinkt und eisernen Willen. Die Herrschaften da draußen sind nervös geworden. (Widerpruch rechts. Zuruf: I wo!) Wie können Sie das leugnen, wo Sie Ihre Respektität doch schon dadurch beweisen, daß Sie mich nicht einmal ruhig anhören können! (Lachen rechts.)

### Präsident Dr. Kaempf:

Ich muß bitten, zur Sache zu sprechen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Dr. Frank (fortfahrend):

Ich spreche darüber, wie die Parteien des Hauses sich zum Gegenstand der Interpellation stellen. Das muß der Präsident überhört haben.

### Präsident Dr. Kaempf:

Sie überschreiten die Grenzen aber wesentlich. (Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Dr. Frank:

Die Konservativen sind unsicher geworden. Sie sind auch längst nicht mehr einig. Herr v. Didenburg-Januschau, dieser vielgenannte Staatsmann (Heiterkeit), ist unzufrieden mit den konservativen Vertretern hier im Hause. Sie sind ihm nicht genug rücksichtslos. (Heiterkeit links.) Wenn die Herren unter sich nicht einmal einig sind, so sollte das für das Bürgertum ein Fingerzeig sein. Es schreut heute vor ersten Kämpfen zurück, weil es die Niederlage noch nicht vergessen hat, die es vor 50 Jahren in der Konfliktzeit erlitten hat. Aber geschichtliche Situationen wiederholen sich nie ganz. Auch wenn jetzt ein Bismarck da wäre, könnte er die Entwicklung nicht mehr nach rückwärts drehen.

### Präsident Dr. Kaempf:

Die Konfliktzeit gehört nicht zum Gegenstand der Interpellation. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Dr. Frank:

Bei unserer und der fortschrittlichen Interpellation handelt es sich darum, Verfassungsrechte zu schützen und bei der Konfliktzeit darum, daß das Bürgertum versucht hat, diesen Kampf — leider vergeblich — siegreich durchzuführen. Das will ich mit wenigen Strichen hervorheben, um das Gedächtnis des Bürgertums aufzufrischen. (Sehr gut! links.)

Die Lehren, die wir aus jener Zeit ziehen müssen, sind die, daß der parlamentarische Kampf allein nicht genügt.

### Er muß getragen sein von dem Willen einer großen Volksmehrheit draußen.

Das aber ist noch unserer Ueberzeugung heute der Fall. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Meinung, daß viele Millionen es heute mit uns als eine brennende Schmach empfinden, daß sie industriell und kaufmännisch zwar Bemühen leisteten, dabei aber politisch entmündigt sein sollen. (Sehr richtig! links.) Wir erwarten von Ihnen keine revolutionären Taten, wir hoffen nur von Ihnen, daß Sie den Mut haben, die Rechte, die Sie besitzen, anzuwenden, daß Sie den Mut zum Siege haben. Die Herren, da draußen, holen ihre Mittel aus dem Schutt der Vergangenheit. Wir holen unser Recht und unsere Kraft aus dem Boden der Gegenwart. Wir, die gemischte Gesellschaft, die sich Reichstag nennt, die Rotte, hinter der Millionen und Abermillionen stehen, wir sind die wahren und wirklichen Schmiebe der deutschen Zukunft. (Lebhaftes, wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

### Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg (sehr erregt):

Ich muß sofort Verwahrung einlegen gegen die Worte, die der Redner mit Bezug auf den deutschen Kronprinzen gebraucht hat. (Lautes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Diese Worte atmen den ganzen Haß der Sozialdemokratie gegen jeden soldatischen Geist. (Erneutes Lachen bei den Sozialdemokraten; Bravo! rechts.) Der Redner hat behauptet, daß der deutsche Kronprinz in intimer Freundschaft mit Verächtern der Verfassung und mit Staatsverräthern steht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein unerhörter Vorwurf, den ich mit aller Entschiedenheit hiermit zurückweise. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen; Lachen bei den Sozialdemokraten.)

### Abg. Dr. v. Lütz (W.):

Begründet die fortschrittliche Interpellation. Zurückweisen müssen wir die Ausführungen des Abg. Frank, und sei jetzt nach der Bewältigung der großen Heeresvorlage mit dieser Entwicklung der Dinge ganz recht gesehen. Wir haben die Heeresvorlage bewilligt, weil sie notwendig war, nicht um Dank zu ernen. Unser Standpunkt hat sich durch die Straßburger Freisprüche in keiner Weise geändert. Wenn wir nach dem reinen Parteistandpunkt handeln würden, würden wir uns über die Verhandlungen des Preußenbundes freuen. Aber wir empfinden

### stiefsten Schmerz

über diese Wiedererrichtung einer neuen Mainlinie und über die Schwere



**Beleidigungen des deutschen Söldens.** Diese Haltung bereitet nur dem Ausland Vergnügen. Die Verhandlungen in Straßburg haben dem Gegner jeder Militärgerichtsbarkeit neue Waffen geliefert. In der Haberner Affäre sind sicher die Fehler gemacht worden, der größte Fehler aber war der Verzicht des Reichs- herrn auf jedes weitere Rechtsmittel. So klar lagen die Ereignisse doch nicht, daß ein solcher Verzicht gerechtfertigt wäre. Im Falle des Leutnants v. Forstner hätte das Reichsmilitär- gericht nach ständiger Rechtsprechung sicher wegen fahrlässiger Körperverletzung verurteilt. (Hört! hört! links.) Deshalb hätte man im Fall Forstner an das Reichsmilitärgericht gehen müssen. Und im Fall Reuter hat das Kriegsgericht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit verneint, obgleich er vorher auf die Rechtswidrigkeit aufmerksam gemacht worden war. Einen Redakteur hätte man sicher aus dem dolus eventualis verurteilt. (Sehr richtig! links.) Der Verzicht auf jede weiteren Rechtsmittel scheint auch für den Reichskanzler mit einer überhöfenden Pflöckigkeit gekommen zu sein und wir haben den Eindruck, daß die Militärbehörden

Anfang hatten, die Entscheidung höherer Gerichte zu scheuen. (Sehr richtig! links.) Hervorragende Kommentatoren des Militär- strafgesetzbuchs haben eingehend dargelegt, daß es für den Offizier keinen anderen Rechtsstand gibt als für jeden Zivilisten. Deshalb kann es eine Art von Notstand, wie sie das Straßburger Kriegsgericht in der Verhandlung gegen den Oberst v. Reuter feststellt hat, nicht geben. Entweder gibt es einen Notstand oder es gibt keinen Notstand. Die Grundlage des Eingreifens des Militärs bildet die Ver- fassung, und diese bestimmt in Artikel 36, daß abgesehen von gesetzlich bestimmten Ausnahmefällen das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörde eingreifen darf. Etwas, was in Preußen nicht zu Recht besteht, besteht natürlich auch nicht in Elsaß-Lothringen für das preussische Militär zu Recht. Die Kabinettsorder von 1820 gibt dem militärischen Befehlshaber das Recht zum selbständigen Ein- greifen, wenn die Zivilbehörde mit der Requisition um mili- tärischen Beistand zu lange zögert, indem ihre Kräfte bereits nicht mehr ausreichen, die Ruhe herzustellen. Es wird also voraus- gesetzt, daß die Zivilbehörde einschreiten will, aber daß ihre Kräfte dazu nicht ausreichen; in Zabern aber lag der Fall so, daß die Zivilbehörde keinen Mangel an Kräften hatte, sondern daß sie zögerte einzuschreiten, weil nach ihrer Auffassung „kein Anlaß dazu vorlag“. (Sehr richtig! links.) Also auch im Falle der Rechtswidrigkeit der Kabinettsorder von 1820 hat der Oberst v. Reuter einen

#### schweren Verstoß

dagegen beantragen. Aber es kann gar keine Rede davon sein, daß diese Kabinettsorder noch Geltung hat; sie besteht gar nicht mehr seit dem Bestehen der preussischen Verfassung, in deren Artikel 100 alle den Grundrügen der Verfassung widersprechenden Bestimmungen aufgehoben worden sind. Die Dienstvorschrift von 1809 hat den entscheidenden Satz aus der Kabinettsorder über- nommen; also auch nach ihr wäre selbständiges Eingreifen von Militär nur statthaft, wenn die Kräfte der Zivilbehörde bereits nicht mehr ausreichen. Also auch hiernach war das Vor- gehen des Oberst v. Reuter ungesetzlich. Und von seiner Seite anzugehen ist die Unmöglichkeit des Festhaltens der Verhältnisse, denn ganz unzweifelhaft ist die Bestimmung, daß die Polizei so- fort zu benachrichtigen ist und die Festgenommenen abzuholen hat. Kronzeuge dafür ist der Reichskanzler, der wiederholt erklärt hat, die Maßnahmen des Militärs fanden im Gesetz keine Grundlage. Es handelt sich um eine

#### Kette von Gesehwidrigkeiten,

um sorgfältige, gewaltsam durchgeführte Gesehwidrigkeiten. Das ist ein unerträglich Zustand (Lebhafte Zustimmung), unerträglich für die Zivilbevölkerung, deren Angehörige vom Militär verletz werden, ihre Säbne finden zu können, unerträglich auch für die Offiziere, denn der in Dettweiler angegriffene Schulter be- fand sich in berechtigter Notwehr, und kein Richter könnte ihn verurteilen. Und ist es ein erfreulicher Zustand für das Militär, wenn die Annahme der Notwehr und mangelndes Rechtsbewußtsein herangezogen werden, um einen Preispruch zu begründen. Das An- sehen der Zivilbehörden hat im Elsaß erheblich gelitten, aber das Ansehen der Militärbehörden hat nicht ge- wonnen. (Lebhafte Zustimmung) Diese Zustände können nicht auf die Dauer bestehen bleiben, es muß Klarheit geschaffen werden. Durch Abänderung der Dienstvorschriften könnte ja ein modus vivendi geschaffen werden; die können aber wieder geändert werden, und deshalb haben wir einen Gesehwidrigkeits-Vertrag über den Waffengebrauch des Militärs beantragt. Wir sind stolz auf unser Volkstheater; aber an unserer Pflicht, Kritik zu üben, werden wir uns nicht irremachen lassen durch die Schmähartikel und Schmähreden, ob sie von einem General oder Professor ausgehen. Wir wollen ein starkes und seiner Kraft bewußtes Preußen. Der wahre Preußengeist zeigte sich in dem Wort Friedrich Wilhelms IV.: Preußen muß in Deutschland aufgehen (Lebhafte Zustimmung) Bei der Volkspartei, nicht aber in den Reden des milos- gloriosus (ruhmrediger Soldat), der sich darüber lustig machte. Das

#### fabelhafte Maulheldentum

ist nicht der Preußengeist von 1813. (Lebhafte Zustimmung links, Zuruf: Aber der von 1806.) Alle Teile des Reiches, alle Städte und Schichten des Volkes müssen sich als zusammengelagert fühlen. Dazu beitragen, zu einem dauernden Frieden zwischen Zivil und Militär, zwischen Nord und Süd, zwischen allen Schichten der Be- völkerung, das war der Zweck unserer Anfrage und unseres Antrages. (Lebhafte Zustimmung bei der Volkspartei.)

#### Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Fürchten Sie nicht, daß ich dem Vortredner in seinen juristi- schen Ausführungen folgen werde. Daß Klarheit darüber be- stehen muß, in welchen Fällen das Militär bei Unruhen einzu- greifen hat, ist selbstverständlich. Das Militär selbst hat daran ein erhebliches und dringendes Interesse. Der Grund, daß das Militär regelmäßig erst auf Ersuchen der Zivilbehörden ein- greifen darf, ist verfassungsmäßiges Recht, soviel ich sehe, in allen Bundesstaaten, jedenfalls in Preußen. Daß in Aus- nahmefällen es einer Requisition nicht bedarf, ist von der preussischen Verfassung ausdrücklich und prinzipiell an- erkannt worden, sonst wäre es nicht einem besonderen Gesetz vorbehalten worden. Dieses Gesetz ist tatsächlich nicht erlassen. Es entsteht nun die Frage, ob aus dem Fehlen dieses Gesetzes geschlossen werden muß, daß das Militär niemals und unter keinen Umständen einschreiten darf, wenn es an einer Requisition der Zivilbehörden fehlt. Von den verfassungsmäßigen Fällen der Selbst- hilfe und der Selbstverteidigung brauche ich nicht zu sprechen. Überall, wo die Voraussetzungen der Notwehr und des Notstandes im Sinne des Strafgesetzbuchs und des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegen, da ist unbedritten das Militär ebenso wie jeder andere berechtigt, alle zur Abwehr eines Angriffs und der Gefahr eines Angriffs erforderlichen Handlungen innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Grenzen vorzunehmen. Ebenso anzuschreiben haben die gesetzlich geregelten Fälle des Kriegs- und Belagerungszustandes. Weiterhin muß dem Militär auch ohne be- sondere gesetzliche Ermächtigung das Recht zugestanden werden, selbständig einzugreifen, wenn es sich um die Beseitigung von Hindernissen handelt, die sich ihm bei der Ausübung staatsbehör- derlicher Funktionen, bei militärischen Übungen, auf Wachen und Posten usw. entgegenstellen.

Die Berechtigung dazu folgt aus allgemeinen Rechtsgrund- sätzen. Und endlich wird dem Militär das Recht zugestanden werden müssen, auch ohne Requisition der Zivil- behörden selbständig einzugreifen, wenn die Zivilbehörden über- wältigt oder aus anderen Gründen außerhande gesetzt sind, die Requisition zu erlassen. Dieses Recht, das auch bei dem Staats- rechtslehrern ausdrücklich anerkannt wird, beruht auf dem Gedanken, daß der Staat keine Existenz selbst in Frage stellen würde, wenn er auf das Recht verzichten wollte, zur Überwindung einer der Grundlagen des Staates bedrohenden, auf andere Weise nicht abwendbaren Gefahr ihn mit allen Mitteln entgegenzutreten und

zu seinem Schutz die ihm zur Verfügung stehende bewaffnete Macht zu verwenden. Ich glaube, daß ich bereits ganz allgemein die Lage umschrieben habe, wie sie sich aus der Verfassung, den Gesetzen und den allgemeinen Rechtsgrundsätzen ergibt. Die Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs und keine Abmilderung bei der Unterdrückung innerer Unruhen vom 23. März 1809, die jetzt durch die Haberner Vorgänge in den Vordergrund gerückt worden sind, sind eine für den Dienstgebrauch des preussischen Militärs und der angeschlossenen Kontingente bestimmte Zusammenfassung der Fälle, in welchen das Militär beauftragt sein soll, einzugreifen. Das Oberst v. Reuter diese Instruktion auf ihre Rechtswidrigkeit nicht nachzuprüfen, sondern zu befolgen hatte, darüber besteht wohl kein ernsthafter Streit. Die Angriffe richten sich nur dagegen, daß die Instruktion von 1809 in einzelnen ihrer Bestimmungen der notwendigen gesetzlichen Grund- lage entbehrt, und zwar dort, wo sie die Kabinettsorder von 1820 angeht. Man streitet über die Befehlsgewalt dieser Kabinettsorder. Nach meinem Dafürhalten geht dieser Streit an dem Kern der Sache doch einigermassen vorbei. Die Kabinettsorder von 1820, soweit sie in der Instruktion von 1809 aufgenommen ist, regelt zunächst das Verhalten des Militärs für den Fall, daß es von der Zivilbehörde requiriert worden ist, also für den später von der Verfassung aufgestellten gesetzlichen Normalfall. Weiterhin bestimmt die Kabinettsorder, wie sich das Militär verhalten soll, wenn die Zivilbehörde nicht requirieren konnte, weil sie überwältigt war oder aus anderen Gründen außerhande gesetzt wurde, die Requisition zu erlassen. Inwieweit kann die Rechtswidrigkeit der Instruktion von 1809 in keiner Weise rechtlich bezweifelt werden, und auch die Herren, die die Interpellation Bauer unterschrieben haben, haben, wie ich aus dem Wortlaut schließen möchte, dem nicht widersprochen. Die Kabinettsorder bestimmt dann weiter, daß das Militär auch ohne Requisition der Zivilbehörden ein- greifen dürfe, wenn die Zivilbehörden mit der Requisition zu lange zögern in Fällen, in denen ihre Kräfte nicht mehr ausreichen. Darüber, ob diese Vorschrift in Verfassung und Gesetz die notwendige Grundlage findet, ist jetzt Streit entstanden. Seit 1820 ist dies noch nie der Fall gewesen, und vor allem: diese Vor- schrift ist in der ganzen Zeit bis auf den einen Fall in Zabern niemals praktisch angewendet

worden. (Hört! hört! und Heiterkeit links.) Diese Vorschrift der Kabinettsorder von 1820 ist gleich ihren übrigen Vorschriften in die Dienstamweisung von 1809 aufgenommen worden, und diese Dienstamweisung ist niemals der Öffentlichkeit vorenthalten worden. Von der Heiligkeit, von der der Abg. Franz ge- sprochen hat, ist also absolut keine Rede.

Run hat das Kriegsgericht in Straßburg es als unabweislich hingestellt, daß die Dienstamweisung von 1809 für das Militär un- bedingt rechtsverbindlich ist. Zu einer Prüfung der Frage, ob die Kabinettsorder von 1820 Befehlsgewalt hätte, ist das Kriegsgericht überhaupt nicht gekommen, denn die Frage, ob der Oberst von Reuter strafbar oder straflos ist, hing rechtlich lediglich von der Frage ab, ob sein Vorgehen durch die Dienstamweisung von 1809 gedeckt wurde. Aus demselben Grunde würde auch ein Verurteilungs- oder Revisionsgericht sich niemals mit der Frage der Rechtswidrigkeit der Kabinettsorder von 1820 zu befassen gehabt haben. Nachdem nunmehr infolge der Haberner Vorgänge und der Erörterungen, die sich daran geknüpft haben, Zweifel laut geworden sind, ob diese Bestimmung der Kabinettsorder von 1820 in Verfassung, Gesetz und allgemeinen Rechtsgrundsätzen die nötigen Unterlagen findet, hat, wie dem Reichstag bereits bekannt ist, Seine Majestät der Kaiser nach Abschluß des Gerichtsverfahrens sofort befohlen, zu prüfen, ob die Bestimmungen der Dienstamweisung, welche sich auf das hier besprochene requiritionslose Einschreiten des Militärs beziehen, klar und zweifelstfrei den allgemeinen Rechtszustand wiedergeben. Diese Prüfung ist im Gange, sie wird mit möglicher Beschleunigung durchgeführt werden und mit ihrem Ergebnis wird die Dienstamweisung in Einklang gebracht werden.

#### Damit ist alles geschehen, was nur geschehen kann.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, es wird bei dieser Gelegenheit möglich sein, unter den Dienstamweisungen für die verschiedenen Kontingente angehörenden Truppenteile in den Reichslanden eine Übereinstimmung in allen Punkten herbeizuführen, was ich für außerordentlich wünschenswert halte.

Auf einen geschichtlichen Vorgang möchte ich bei dieser Gelegenheit noch hinweisen. In den Jahren 1850/51 hat das preussische Staatsministerium über den Erlaß des Gesetzes ver- handelt, das die Fälle regelt, wo das Militär ausnahmsweise ohne Requisition der Zivilbehörden einschreiten sollte. Das preussische Staatsministerium ist damals in sehr eingehenden Verhand- lungen zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein solches Gesetz, wie es der Verfassung vorschwebte, so war damals der Ausdruck, nicht zu machen sei, und es hat infolgedessen von dem Erlaß eines solchen Gesetzes Abstand genommen. Dabei ist offen bar die Er- wägung maßgebend gewesen, daß die Fälle des staatlichen Not- standes, die hier in Frage stehen, sich einer erschöpfenden und für alle Fälle zureichenden Feststellung in einem Gesetze entziehen. Die Voraussetzungen, unter denen die Zivilbehörden außerhande gesetzt sind, die Requisition zu erlassen, die Feststellung dieser Fälle läßt sich nur unter Berücksichtigung der einzelnen Umstände ermögli- chen. Und von diesem Grundsatze aus, daß ein Gesetz nur allgemeine Grundzüge feststellen können, und daß die Ausführung der Instruktion würde überlassen werden müssen, hat das preussische Staatsministerium dann Abstand genommen, ein Gesetz zu er- lassen. In Übereinstimmung damit sind die Dienstvorschriften von 1809 und schließlich von 1809 erlassen worden. Aber einerlei, ob Gesetz oder Instruktion, wo Zweifel bestehen, muß und wird, das wiederholt ich, unter allen Umständen Klarheit geschaffen werden. Run ist draußen im Lande versucht worden, die Bestimmun- gen dieser Instruktion als ungeheuerlich, als eine Heraus- forderung der Zivilbevölkerung hinzustellen. Ein Beweis dafür, ebenso dafür, daß bei uns ein Säbelregiment herr- scht, ist nicht erbracht worden. Ein solches Säbelregiment be- steht eben nicht, denn der Haberner Fall ist doch der einzige Fall, bei dem diese Bestimmungen einmal zur Anwendung gekommen sind. Ich glaube, das Volk wird auf diese

#### einseitigen Uebertreibungen und Verzerrungen

keinen Wert legen. Der Fall Zabern hat so trübe Kluten auf- gewühlt, daß man eine ganze Nation darin ertränken könnte. (Sehr richtig! links. — Zuruf: Preußenbund!) Von den Verhält- nissen im Reichsland im einzelnen will ich nicht sprechen. Daß dort viel geschehen muß, um zu normalen Zuständen für das Land und für das Reich zu kommen, das ist unstrittig. Und es wird ge- schehen. Aber der Auffassung muß ich entgegenstellen, daß der Haberner Fall typisch sei für die Verhältnisse im Reichsland. Es handelt sich vielmehr um ein örtliches Vorkommnis und den ersten Anstoß haben persönliche Unstimmigkeiten gegeben, eine Tatsache, die jetzt durch das Kriegsgericht leider zu sehr bewahrheitet worden ist. Ich glaube, man erweist weder dem Reichsland noch dem Reiche einen Dienst, wenn man aus den Haberner Vorgängen einen an- deren als den allgemeinen Schluß zieht, daß das Reichsland nur unter einer ruhigen und einheitslichen, einer gerechten, aber festen Politik gedeihen kann. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und bei den Fortschrittlichen.) Die nervöse Stimmung über das Reichs- land hinaus, die durch einen Teil der Nation in den letzten Wochen gegangen ist, ist in dem Versuch zum Ausdruck gekommen, einen partikularen Gegensatz zwischen Nord und Süd zu schaffen. Dieser Versuch muß in keine erstirbt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen und in der Mitte.) Der Bayer, der Schwabe, der Wadener sieht mit anderen Augen Dinge und Menschen wie der Preuze und der Norddeutsche und jeder Stamm ist eifersüchtig darauf bedacht, seine Stammeigenart mit allen ihren Vorzügen, aber auch mit allen ihren Schwächen zu ver- teidigen, die Süddeutschen wie die Norddeutschen. Wohin soll es führen, wenn man sich immer wieder gegenseitig diese Vorzüge und diese Schwächen vorzählt? (Sehr richtig!) Daraus können nur

mißliebige Bestimmungen herbeigeholen. Sie haben es ja in den letzten Tagen erlebt, wie über Nacht ein schmerzliches Vergerniß her- vorgezerrt worden ist, wider den Willen der Beteiligten auf Grund von

#### mißverständlichen und mißverstandenen Äußerungen.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Keiner unserer Bundesstaaten könnte bestehen, wenn wir nicht das einzige Deutsche Reich hätten. (Beifall.) Das beste, was ein jeder Einzelstaat an staatlichem Verantwortungsbewußtsein und an Pflicht- bewußtsein hat, ist gerade gut genug für das Reich, für das unsere Väter in treuer Waffentamerschaft mit ihrem Blute gekämpft haben (Beifall), und zwar alle mit der gleichen Begeiste- rung, mit der gleichen Hingabe und mit der gleichen Tapferkeit. (Erneuter Beifall.) Die bayerische Armee, von der jetzt die Rede gewesen ist... die Schlachtfelder von Würth, Weichenburg, Vazelles und das blutige Ringen um Orleans verkünden genug, was die bayerischen Soldaten 1870 geleistet haben: Ein glänzendes Zeugnis für die gleiche Tapferkeit aller deutschen Stämme. (Lebhafte Zustimmung.) Das bayerische Volk wetteifert zusammen mit seinem Könige in der Treue und Liebe zum Reich mit allen anderen deutschen Volks- stämmen seit der Zeit, wo König Ludwig als erster dem preußi- schen König die Kaiserkrone anbot. Der nationale Reichs- gedanke ist in den bayerischen Bergen ebenso gut aufgehoben wie am Redar, am Rhein und an der Remel, und dieser Reichsgedanke allein ist es, den wir über alle parteipolitischen Gegensätze hinweg hochhalten und fördern wollen. So entschieden, wie vor einigen Monaten unsere Meinungsverschiedenheiten zutage traten, so ent- schieden rechne ich darauf, daß Sie mir zustimmen, wenn ich sage, daß es nicht mehr gilt, in der Wunde herum zu wühlen, sondern daß es nur gilt, diese Wunde zu heilen. (Beifall.) Eine Partei, eine einzige Partei wird darin nicht zustimmen. Sie wünscht die Haberner Vorfälle weiter auszunutzen für ihre weitergehenden Zwecke. Das haben die Ausführungen des Abge- ordneten Dr. Franz heute gezeigt und das geht noch deutlicher aus der sozialdemokratischen Presse hervor. Ein halbes Jahr, nach- dem das Volk die größte Heeresvermehrung seit 1870 als notwendig anerkannt und bewilligt, auf sich genommen hat, verlangen die Herren von der äußersten Linken nichts geringeres als die Abschaffung der Militärgerichte, Demokrati- sierung der Armee (Unruhe links), Beseitigung der kaiserlichen Kommandogewalt, Einrichtung eines demokratischen Milizheeres. Das ist ihr Programm, das vor kurzem erst der „Vorwärts“ ausdrücklich als das so- zialdemokratische Programm dargelegt hat. (Zustimmung.) Zum Teil mit sehr derben Liebenswürdigkeiten gegen die bürgerlichen Parteien. Der „Vorwärts“ hat gemeint, es gehöre eine große Kühnheit dazu, dieses Programm anzunehmen, und diese Kühnheit traute er den bürgerlichen Parteien nicht zu. (Un- ruhe links.) Die bürgerlichen Parteien sind insgesamt — ich will den Ausdruck nicht gebrauchen, den ich im „Vorwärts“ gelesen habe — aber er wird bei diesem modernen Dogma — auch diese Bezeichnung stammt aus dem „Vorwärts“ — auf Ihre Zustimmung nicht rechnen können. Als ich vor einigen Monaten sagte, das Be- streben der Sozialdemokraten gehe dahin, die

#### kaiserliche Gewalt unter sozialdemokratischen Zwang

zu heugen, hat man das vielfach als billiges Schlagwort abgetan. Run, wo geht denn das vom „Vorwärts“ seinen Lesern auf- getragene Programm anders hinaus? (Sehr wahr!) Es ist sehr gut, daß Sie mit Ihren Plänen für die Zukunft so offen heraustrüden. (Heiterkeit und Zurufe bei den Sozialdemokraten, Zu- stimmung rechts.) Dem Lande werden die Augen darüber geöffnet werden, wo die Reise hingehen soll unter Ihrer Führung. Fahren Sie so fort! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozial- demokraten.) In der Destruktion unseres Volkstheaters! Darin versteht der Deutsche keinen Spaß! (Sehr richtig! rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Wir sind auch Deutsche!) Man hat gesagt, daß die Vorgänge in Zabern ein Paradigma sein sollten für Zusammenstöße zwischen Militär und der Arbeiterklasse, eine Vorübung, der Versuch zu einer Vorübung, um die soziale Frage als militärische Frage auf der Straße zu lösen. Auch diese An- reizung der Arbeiterklasse hat im „Vorwärts“ gestanden. Ich frage, was haben die Haberner Vorgänge mit der Arbeiterschaft zu tun? (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Soll eine Beleidigung des Stammesbewußtseins der Elsaß-Lothringer eine Beschönigung für die Beleidigung des Heeres abgeben! Da sucht man unseren Arbeitern zu suggerieren, daß ihnen von dem Militär Herausforderungen drohen, daß ein blutiger Konflikt zwischen Arbeitern und Militär heraufbeschworen werden soll. Meine Herren, unser Heer ist kein Instrument für Parteikämpfe, es ist viel zu schade dazu. (Sehr wahr!) Uns allen von der Regierung und in erster Linie meinem ver- ehrten Mitarbeiter, dem Kriegsminister widerstrebt es über alles, das Militär zu einem Polizeibüffel zu machen. Man sagt, der Krieg sei die ultima ratio, wenn es noch einen Superlativ gäbe, so würde ich ihn anwenden für die Verwendung des Militärs zur Unterdrückung innerer Unruhen. Das Militär hat anderes zu tun. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wünschen nicht, die Regierung und auch die bürgerlichen Parteien nicht, daß dies anders werde, etwa dadurch, daß aufgeregte Menschenmassen auf die Straße geschickt werden und die Herbeiholung militärischer Hilfe notwendig machen.

Wer, wie das in der sozialdemokratischen Presse tagtäglich ge- schieht, die Arbeiter zu aufreizt, um das in der Volkseele fest fundamentierte Gefühl der

#### Zusammenschüßigkeit von Volk und Heer

zu sprengen, der mißbraucht den Glauben der Nation an Recht und Gesetz. (Beifall rechts.) Und zu weissen Ruhen? Wir haben in den letzten Wochen gesehen, welche Darstellungen teilweise in der auswärtigen Presse von den Zuständen in Deutschland gegeben wurden. Die Leser solcher Artikel müssen allerdings glauben, daß Deutschland ein Land mit ganz verrottenen Zuständen sei, in dem die rohe Säbelfaust den friedlichen Bürger knebele. Meine Herren, aus eigener Anschauung haben die fremden Journa- listen diese Wissenschaft nicht, sie haben als wahr hingenommen, was sie in der sozialdemokratischen und auch einem großen Teil unserer bürgerlich-radikalen Presse gelesen haben. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Aus derselben Presse, die dann wieder ihrerseits die mißliebigen Stimmen des Auslandes mit einem ge- wissen Behagen wiedergegeben hat. (Unruhe links. — Sehr richtig! rechts.) Ich verfolge die ausländische Presse sehr genau, aber ich habe noch kein fremdes Land gefunden, in dem bei einer Unstimmigkeit zwischen Regierung und Parteien die Opposition im Kampf gegen die Regierung sich zur Festigung ihrer Stellung als Eideshelfer ausländischer Pres- stimmungen bediente. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Dafür macht man wieder der Regierung Vorwürfe, daß sie nicht verstehe, die Ehre der deutschen Nation im Auslande zu wahren. Ich weiß nicht, ob der sozialdemokratischen Agitation gegen die Heeresvermehrung mehr zuwider ist die reale Macht, die sich in unserer Armee verkörpert, oder der Geist in unserem Volkstheer. Jedenfalls widerlegt dieser

#### Weit strengere Selbstsücht

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Reuter!) und treuer Pflichterfüllung im Dienst des Kaiserlandes alle Klagen darüber, als ob der Bürger schauhslos der Willkür des Militärs, einer konfliktlühernen Soldateska preis- gegeben sei. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Zabern!) Unter der Herrschaft dieser geschmähten Soldateska ist Deutschland ein Menschenleben lang ein starker Hort des europäischen Friedens gewesen (Beifall rechts), haben Handel und Industrie und alle Ge- werbe einen Aufschwung genommen, um den und die ganze Welt beneidet. Unter der Herrschaft dieser Soldateska (Zuruf der Sozialdemokraten: Trotz dieser Herrschaft!) hat Deutschland eine führende Rolle eingenommen, die von allen großen Nationen willig



anerkannt. Unter dieser Herrschaft hat die freie Betätigung in der Pflege des Gemeinfinns, der Volksbildung, der Ausbildung aller Volksträfte überhaupt zu Erfolge geführt, die sich hinter keinen Kulturstaat zu verstecken brauchen. Den Ruhm, daß unsere Armee ein Volksherr ist, wie wohl kein zweites in der Welt, den Glauben, daß dieses Volksherr die Nation jung und gesund erhalten wird, weil sie jeden jungen Deutschen in sich aufnimmt und ihm Pflichterfüllung, Königs- und Vaterlandsliebe einimpft (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Kadavergehorsam!), die Gewißheit, daß diese Tugenden nicht notwendig sind, wenn wir unsere Stellung in der Welt aufrechterhalten wollen — all das werden wir uns nicht rauben lassen, weil — nun, meine Herren, weil an einem einzigen Orte des großen Deutschen Reiches sich Dinge abgespielt haben, deren Wiederkehr kein Mensch wünscht. (Lebhafte Beifall rechts. — Zwischen bei den Sozialdemokraten.)

Auf Antrag des Abg. Müller-Meinungen (Sp.) findet eine Besprechung der Interpellationen statt.

### Abg. Fehrenbach (S.):

Wie am 3. Dezember bin ich auch heute in der nicht gerade beneidenswerten Lage, unmittelbar nach dem Reichstanzler sprechen zu müssen. Namens meiner Partei kann ich ihm aber (Wahl-)Rufe bei den Sozialdemokraten verdauern, daß ich heute seinen Ausführungen eine ganz andere Resonanz entgegenbringen kann, als am 3. Dezember. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich verstehe Ihr Lachen nicht; was ich am 3. Dezember gesagt habe, bleibt durchaus aufrecht erhalten. Das, was der Reichstanzler heute gesagt hat, findet zum größten Teil die

### volle Billigung meiner politischen Freunde,

und wir wollen nicht weiter in der Bunde wählen, sondern mit dem Reichstanzler die Bunde zu heilen suchen. (Beifall im Zentrum.) Wir dürfen nun aber auch wohl die Erwartung hegen, daß die Regierung alle Maßnahmen ergreifen wird, die zur Gesundung des wunden Körpers notwendig sind. Wenn der Reichstanzler von den trübsten Klagen gesprochen hat, die durch den Fall Habern ausgewählt worden sind, so hat er recht, wenn er darunter die Ausführungen über Sabelregiment und rote Soldateska gemeint hat. Aber wir denken dabei auch an die Beschimpfungen des Reichstags und an die Verdrehung unserer Worte. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Unter den Anwürfen, die gegen den Reichstag geschleudert worden sind, sind besonders bemerkenswert die des Geheimrats Roethe auf dem Kommerz des Vereins Deutscher Studenten. Dieser Herr hat gefragt, was denn eigentlich für einen Reichstag hätten, der in demagogischer Weise dem Reichstanzler ein Mißtrauensvotum auszusprechen gewagt hat. Wenn wir nun auch darüber einig sind, daß in vorgerückter Abendstunde auf fröhlichen Studentenkommissionen nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden darf, so übersteigt doch die Kritik das zulässige Maß. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Es scheint übrigens, daß dieser Herr auch auf dem Rathgeber nicht anders spricht. Wenn Geheimrat Roethe sich einbildet, wir sollten jetzt auf den Antrieben wegen des Mißtrauensvotums um Entschuldigung bitten, so irrt er sich. Ich habe von meiner Rede nichts, aber auch gar nichts zurückzunehmen. (Beifall im Zentrum.) Auch dem Kriegsgerichtsurteil möchte man annehmen, daß ohne jeden Grund das Militär angegriffen worden wäre. Eine schwere Verleumdung des elässischen Volkes war doch vorausgegangen, ohne daß eine Sühne erfolgt war. Damit sollen aber die Ausdehnungen eines Teils der Haberner Bevölkerung nicht entschuldigt sein. Auch die Zivilbehörden wollen wir nicht durch die und dann verteidigen. Die Vorgänge bei dem seinen Diner in Strahburg haben doch ihre Bedenken. Jetzt liegen rechtskräftige Urteile vor. Trotz dieser Freisprüche ist das allgemeine Urteil des Abg. Frank über die Militärgerichtsbarkeit nicht berechtigt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch vor Zivilgerichten kommen in politisch aufgeregten Zeiten Rechtsverletzungen vor. Die Freisprechung Hofmeyers bestätigt meine alte Ansicht, daß die zweite Instanz nicht immer besser ist als die erste Instanz. (Heiterkeit.) Das Verfahren vor der ersten Instanz hat mir in jeder Beziehung besser gefallen. In diesem Fall sollte man annehmen, ist geradezu eine Verleumdung für den Leutnant. Ein jeder Zivilist würde sich dafür bedanken, unter solchen Umständen wegen Notwehr freigesprochen zu werden. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Von dem Reuterprozess sei nur gesagt, daß die Verhältnisse während des Prozesses, Vorherlage der Freisprechung, und nach dem Prozeß die Telegramme, von unseren Zivilgerichten nicht nachgeahmt werden müßten. (Beifall.) Ich hoffe, daß das Strahburger Gericht das letzte Militärgericht war, das es für taub hielt, so zu handeln. (Beifall.) Wenn sich solche Vorgänge wiederholen würden, so würde das das Vertrauen weitester Kreise in die Justiz allerdings erschüttern. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Für die juristische Seite der Fragen, die mit der Kabinettsorder von 1820 zusammenhängen, kann ich mich auf die ausgezeichneten Ausführungen des Abg. v. Lütz beziehen. Auf keinen Fall ist es richtig, nach hundert Jahren, in denen wir eine wunderbare technische Entwicklung erlebt haben, mit Verordnungen aus dem Jahre 1820 zu operieren. Wir wünschen eine gesetzliche Regelung, wir erwarten sie von den Bundesstaaten, nicht etwa, weil wir Zweifel in die Kompetenz des Reichstags setzen, sondern um die schwierige Materie nicht noch mit weiteren Schwierigkeiten zu belasten.

Welchen Einfluß haben nun die Vorgänge auf die elässische Bevölkerung? Ist dort wirklich wieder alles kaputt? Nein, ich glaube,

mit dem Ergebnis können die Elässer zufrieden sein.

Die Elässer wissen, wenn ihnen irgendwo im Reiche Unrecht geschieht — in Berlin ist eine Instanz, die sich ihrer annimmt, der Deutsche Reichstag. (Beifall links.) Das ganze elässische Volk stand in dieser Angelegenheit zusammen, Zweite und Erste Kammer, und sogar Volksvertretung und Regierung. (Heiterkeit. — Zuruf: Die ist ja schon auf Abbruch verkauft.) Die elässische Zweite Kammer wünscht Ausbau der reichsständischen Verfassung im Sinne staatslicher Selbständigkeit. Wir werden Sie dabei unterstützen. Aber vor den hier in Rede stehenden Schwierigkeiten würden Sie dadurch nicht bewahrt werden. Im Elß sind die Beziehungen zwischen Militär und Zivilbevölkerung nicht ebenso wie im übrigen Deutschland. (Hört! hört! rechts.) Vor allem müssen Sie sich von den nationalisistischen Ideen lösen. Ihren Partikularismus werfen wir Ihnen nicht vor, wir alle sind auch Partikularisten, wir Bayern, Württemberger, Badenier. (Zuruf: Und Preußen.) Von Preußen gar nicht erst zu sprechen. (Heiterkeit.) Wir alle aber sind Partikularisten im Rahmen des deutschen Nationalstaates. Auch Sie sollen kein besonderer Baum sein, sondern ein kräftiger Ast an dem gesunden deutschen Stamme. (Zuruf rechts: Etwas anderes haben wir nie gesagt.) Der Eindruck bei anderen war zu weilen anders. (Heiterkeit.) Die Wahlosigkeiten des Generals v. Brochem charakterisieren sich von selbst. Unser kräftigstes, tüchtigstes Heer achten wir als Erziehungsanstalt zur Entfaltung, Jucht, Mut und Tapferkeit. Das Heer kann seine große Aufgabe nur erfüllen, wenn es, aus dem Volk hervorgegangen, mit ihm denkt und fühlt und von seinem Vertrauen getragen ist. Das deutsche Volk und das deutsche Heer dürfen immer nur in untrennbarer Zusammengehörigkeit gedacht und genannt werden. (Lebhafte Bravo! im Zentrum.) Man redet von Eingriffen in die Kommandogewalt. Einen solchen sah Graf Fock von Bartenburg auch in den Beschlüssen des Reichstags bei der Militärvorlage. Die Ablehnung der Stadtkommandanten gebürt zum Budgetgesetz des Reichstags. Soll das schon ein Eingriff in die Kommandogewalt sein, so liegt ein solcher auch schon in der betr. Forderung des Stats. Sie sehen, zu welchem Widerstand solche Proben führen. — Und welche Kritik ist an dem Reichstag geübt worden! Auch mir gefällt es nicht. (Große Heiterkeit.) Aber der Reichstag ist einmal die Vertretung des deutschen Volkes, die eine würdige Behandlung verlangen darf, sie mag zusammengelegt sein wie sie wil. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.)

### Im Abgeordnetenhaus hat ein Redner, gefolgt man hätte den Reichstag zum Teufel schicken

sollen. Wir würden uns dann in der Gesellschaft des ehrenwerten Herrn befinden haben, und ich möchte ihm doch sagen: In den Dohis kann man leicht kommen, aber nicht ganz sicher ist, wer wieder herauskommt. (Große Heiterkeit.) General v. Brochem hat den Reichstag gar eine „höchst gemischte Gesellschaft“ genannt. Eine solche Beschimpfung muß der Reichstag sich gefallen lassen, der kein halbes Jahr vorher die Wehrvorlage beschlossen hatte. (Sehr gut! im Zentrum und links.) Was da jetzt auf dem Preuentag in Szene gesetzt worden ist, beginnt gefährlich zu werden. (Sehr richtig!) Lassen Sie uns doch unser bühnen Demokratie; wir schämen dafür preußische Jucht und preußischen Schmeiß und wir beneiden Sie um Ihre glänzenden Staatsfinanzen. Stellen Sie sich nicht einer guten deutschen Entwicklung hemmend in den Weg. In dem Augenblick, wo Sie den Partikularismus der Eläß-Bohringer auf die Anlagengart legen, sind Sie im Begriff, die schlimmsten Partikularisten zu werden. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Wir anerkennen rückhaltlos die Verdienste, die sich Preußen um die Gründung des Deutschen Reiches erworben hat. Aber der Staatenpartikularismus ebbt ab, der Reichsgedanke wächst. Nicht Preußen, nicht Süddeutschland, das ganze Deutschland soll es sein. (Lebh. Zustimmung im Zentrum.)

### Abg. Wassermann (natl.):

Wir sind heute in der angenehmen Lage, die Ausführungen des Reichstanzlers akzeptieren zu können, namentlich über die Notwendigkeit der Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilgewalt, und sein wahrerziges Bekenntnis zum Reichsgedanken. Der Reichstanzler hat darauf verwiesen, daß durch die sozialdemokratische Presse im Ausland der falsche Eindruck erweckt werde, als ob in Deutschland eine Sabelbüchse herrsche. Das ist gewiß falsch. Ebenso falsch ist aber auch, es so darzustellen, als ob hier das Bestreben besteht, die Demokratie auf Kosten der Kommandogewalt auszuweihen, und daß dies Bestreben in unierem Reden und in der Abstimmung vom 4. Dez. zum Ausdruck gekommen ist. Wir wenden uns gegen den Radikalismus von links und von rechts und suchen die richtige Mitte. Unsere Haltung gegenüber dem Reichstanzler im Reichstage und Landtage war durchaus einheitlich. (Lachen links.) Der Abg. Köhling hat ebenso wie Herr von Caller gesagt, daß ein Mangel des Zusammenwirkens von Militär- und Zivilbehörde sich von Anfang an gezeigt habe, und leider hat die Reichsleitung diesen Zustand nicht schnell genug revidiert. Auch der Abg. Schiffer hat ausgesprochen, daß wir weder für die Zivil- noch für die Militärbehörden Stellung nehmen. — Man wirft uns Angriffe auf die Kommandogewalt vor. In ihre Prärogative einzugreifen fällt uns gar nicht ein; aber neben der Kommandogewalt steht das Staatsrecht des Reichstages. Die Kritik, die der Abg. Frank an dem Urteil des Militärgerichts geübt hat, deckt sich nicht mit der Auffassung meiner Freunde. Es hand bei der Verhandlung Aussage gegen Aussage. Bei einzelnen Wahlen der Vorgänge hat die Zivilgewalt versagt, und daraus ist es verständlich, daß der

### gute Glaube des Oberst v. Reuter

in den Vordergrund gestellt wurde. Das eine ist klar: Es müssen Vorkehrungen getroffen werden, die stärker als bisher die Staatsbürger vor unbedingter Verhaftung und Festhaltung schützen, und das hat ja der Reichstanzler auch zugesagt. Es haben sich ja verschiedene Juristen geäußert. Laband und Ham sind das Eingreifen des Militärs nicht ungeleglich, halten aber das Festhalten der Verhafteten für ein Uebersteigen der Vollmacht. Laband hält die Kabinettsorder von 1820 auch heute noch für gültig, Anschlag konstruiert die Rechtmäßigkeit des militärischen Vorgehens aus dem Notwehrparagrafen. Ein anderer Rechtslehrer, Meyer in Leipzig, konstruiert das Recht zur Festhaltung der Verhafteten aus der Notwendigkeit der Verhinderung der Fortleitung des strafbaren Verhaltens. Wir sehen also, welche Unklarheit auf allen Seiten besteht.

Ein erfreulicher Erfolg der ganzen Habern-Debatten ist, daß Elässer und Aldeutsche sich näher gekommen sind. Die Elässer haben das Verhalten des Reichstags wohl zu würdigen verstanden. Erfreulich ist auch die erfolgte Anerkennung preußischer Generale für die elässischen Soldaten. Wenn sich jetzt, wie das Herr v. Laband ausgesprochen hat, in Eläß-Bohringen eine Klut aufgetan hat zwischen Militär- und Zivilgewalt, so wird es Sache des Reichstanzlers sein, hier Remedur zu schaffen. Das Versagen der Zivilgewalt erscheint besonders bedenklich in einem Grenzlande. Man sollte daher bei Auswahl der Beamten darauf sehen, daß es pflichterfüllte energische Beamte sind, die aber auch Verständnis haben für die Bedürfnisse der Reichslande. — Auf dem konservativen Sommerfesten Parteitag ist das Wort gefallen, man müsse von der Defensiv zur Offensiv

übergehen. Das erinnert an das Verlangen, den Reichstag aufzulösen. Dann kam die Rohnung des Grafen Schwerin-Löwig an alle, die auf monarchisch-konstitutionellem Boden stehen. Auf diesem Boden stehen wir und deshalb wünschen wir, daß ein Glied unserer Konstitution, der Reichstag, überall so behandelt wird, wie es der Achtung entspricht, die er verlangen kann. (Beifall links.) Gegen Beschimpfungen und Schmähungen von Reichsinstitutionen protestieren wir energisch. Wir bedauern besonders, daß keiner der auf dem Preuentag anwesenden Reichstagsabgeordneten sofort dagegen protestiert hat. (Lebhafte Zustimmung links.) — Die Worte des Reichstanzlers über die glänzende Entwicklung Deutschlands unterstreichen wir. Sie ist erfolgt durch das Zusammenwirken zwischen Regierung und Parlament. Diese Entwicklung hält kein Kontingenz auf. Unsere nationale Entwicklung geht aufwärts, sie wird nicht stille stehen, denn sie hat ihre festen Wurzeln im Volke. Angesichts dieser Tatsache wird auch der Reichsgedanke in Eläß-Bohringen immer festere Wurzeln fassen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

### Abg. Graf Westarp (L.):

Selten ist wohl die Stellungnahme einer Minderheit so respektvoll gerechtigt worden, wie die Auffassung meiner Freunde am 3. und 4. Dezember in den Debatten über Habern. Unsere Versicherung, daß die nationalisistischen und demokratischen Umtriebe in Eläß-Bohringen geradezu verheerend wirken würden, ist leider über unsern Erwartungen hinaus bestätigt worden. Mit großer Verdrüßung kann ich aber auch feststellen, daß unsere Auffassung hinsichtlich des Verhaltens der Armee und der beteiligten Truppenteile bestätigt worden ist. Gegenüber all den damaligen Darstellungen, als handele es sich dort um eine rückwärtsgehende Soldateska, ist die Armer tabelfrei hervorgegangen.

Die Verfehlungen eines Leutnants haben sofort eine ausreichende Sühne gefunden. (Große Heiterkeit links.) Es hat sich herausgestellt, daß die Truppe in Verteidigungszustand gehandelt hat (erneute große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Notwehr!), um dauernde Verhöhnungen und Beschimpfungen auf der Straße zurückzuweisen. Oberst v. Reuter hat mit Pflichtbewußtsein und soldatischem Verantwortungsbewußtsein gehandelt, wie es Allgemeinut der deutschen Armee ist, und wie es guter alter preußischer Tradition entspricht. (Bravo! rechts.)

Diese Tatsachen sind festgestellt durch rechtskräftig gewordene Gerichtsurteile, und ich freue mich, daß auch die beiden Vorredner davon Holt gemacht haben. Aber auch im Urteil des Landes und Volkes steht das fest. Weit über die Kreise unserer Partei hat sich Verständnis für die Staatsnotwendigkeiten gezeigt, um die es sich hier handelt, und zwar mit einer lebendigen Anteilnahme an unserem Volksherr. (Bravo! rechts.) Daß dies Empfinden so elementar hervorgetreten ist, ist eine der erfreulichsten Erscheinungen dieser sonst unerfreulichen Vorgänge. Es beweist das, daß die Sozialdemokraten auf Grant beizen, wenn sie immer wieder von neuem versuchen, die Truppe und Anhänglichkeit der Truppen zu erschüttern. (Bravo! rechts.) Ich brauche daher nicht im einzelnen auf die Haberner Vor-

gänge einzugehen, sie sind res judicata (ab geurteilt) vor Gericht und vor dem Urteil der Bevölkerung. Die andere zur Verhandlung stehende Frage ist die Abgrenzung der Zivil- und Militärgewalt. An der Debatte hierüber können wir uns nicht beteiligen, denn es ist

### Sache der einzelnen Landesherren,

für ihre Kontingente die einschlägigen Bestimmungen zu erlassen. Natürlich ist der Landesherr dabei an die Gesetze gebunden, aber es gibt keine reichsgesetzlichen Bestimmungen, die dabei den Landesherren und den Landesherren Vorschriften machen könnten. Es ist eine Einschränkung der Kommandogewalt, wenn für Handlungen der einzelnen Kontingentsherren der Reichstanzler und der Kriegeminister hier verantwortlich gemacht werden sollen. Wir lehnen daher nicht nur die Anträge der Sozialdemokraten und der Volkspartei ab, sondern auch die des Zentrums und der Rationalliberalen, die zwar die Kommandogewalt nicht einschränken wollen, aber doch die Dinge vor das Forum des Reichstages ziehen wollen.

Nun zu dem, was hier das Wiederaufflockern eines unbedingten preußischen Partikularismus genannt wird. Ich habe es kaum nötig, zu konstataren, daß der Preußenbund und der Preuentag keine Veranstaltung der konservativen Partei war. (Große Heiterkeit links.) Wir bedauern auch, daß dort mißverständliche Äußerungen gefallen sind. (Erneute Heiterkeit links.) Herr Wassermann hat bedauert, daß die dort anwesenden Reichstagsabgeordneten manchen Äußerungen nicht sofort entgegengetreten sind. Das geht nicht immer, wenn man als Gast anwesend ist. (Heiterkeit.) Aber auch in der Zurückweisung von Äußerungen, die auf dem Preuentag gefallen sind, ist heute hier das Maß überschritten worden. Herr von List hat von sabelrasseindem Helbentum gesprochen. (Zuruf: Raubhelbentum.) Ich wollte die Äußerung mildern, sie gehört sich nicht gegenüber alten Generalen, die mit dem Eisernen Kreuz geschmückt von ihren Kriegserinnerungen erzählen und dabei nicht jedes Wort auf die politische Waagschale legen. (Zurufe: Und andere beschimpfen!) Sehr oft sind hier im Reichstag kränkende Äußerungen gegen preußisches Wesen gefallen, und das macht es erklärlich, wenn sie ein solches Echo finden.

Weiter handelt es sich um die Ausgestaltung der Gesetzgebung nach einer Richtung hin, die Rechte des Königs von Preußen einzuschränken zugunsten einer unitarischen Entwicklung des Reiches. Gegen solche Bestrebungen stellen wir uns auf den preußischen Standpunkt schärfend vor die Reichsversammlung. (Schallende Heiterkeit links.) In dem Bekenntnis zum Reichsgedanken und seiner tatkräftigen Förderung lassen wir uns von niemandem übertreffen. (Lebhafte Bravo! rechts, Lachen links.)

Ein Vertagungsantrag wird vom Abg. Scheidemann (Soz.) mit dem Hinweis bekämpft, daß man morgen schon um 10 Uhr beginnen wolle und deshalb keine Veranlassung sei, heute um 1/2 Uhr aufzubrechen, denn die Wichtigkeit der Sache erfordere eine gründliche Verhandlung.

Der Vertagungsantrag wird darauf zurückgezogen.

### Abg. Schulz (Rp.):

Am 3. und 4. Dezember waren hier auch die bürgerlichen Parteien durch die brillante Regie von links mitgeriffen. Der ganze Reichstag bildete eine schäumende Masse. (Große Heiterkeit links.) Der Umschwung in der Stimmung und die Veränderung der Debatte auf das Gebiet der Abgrenzung zwischen der Militär- und Zivilgewalt rührt von der Stimmung im Lande her. Das Land lieh es sich nicht gefallen, daß man an seine Armeeführer rührte. (Lachen links.) Das Mißtrauensvotum richtete sich gegen den Oberst gegen unsere Arme. (Lachen, Widerspruch links und Zurufe: Agitationsphrasen!) Es richtete sich nicht gegen den unglücklichen Leutnant, nicht gegen den Oberst, denn man alle soldatischen Eigenschaften abspach, sondern gegen den Geist der Arme, und deshalb können wir uns nicht daran beteiligen, wie es die anderen bürgerlichen Parteien unter dem Einfluß der Wallenungaktion getan haben. Was brauchte man nicht für Äußerungen: In Eläß werde Gesetz und Recht mit Füßen getreten (Lebhafte sehr richtig! links), das Militär sei eine wildgewordene Horde. (Erneute sehr richtig! links.) Vom Kriegsminister hieß es, er rede im Schnoddrigen Ton. (Erneute sehr richtig! links.) Und damals rief der ganze Reichstag Beifall. Ueber die Reichsgültigkeit der Kabinettsorder von 1820 ist nicht der Reichstag ein unabhängiges Tribunal. Professor Laband hält sie für rechtsgültig und in extremen Fällen jedenfalls für unbedngt notwendig. Wenn Gefahr im Verzuge ist, muß eben das Militär von selbst eingreifen. Solche Dinge wie in Habern hätten in anderen Teilen Deutschlands nicht passieren können. Jedes Entgegenkommen gegen die eläß-bohringische Bevölkerung ist schlecht gelohnt worden. Je mehr Entgegenkommen man zeigt, desto äppiger schossen die nationalisistischen Ideen ins Kraut. Die Abschaffung des Notwehrparagrafen durch die Verleitung der Verfassung sind Meilensteine auf dem Wege dieser Entwicklung. (Lebhafte Hört! hört!) Selten ist eine hochherzige Politik abler gelohnt worden. Der Reichstanzler sollte es sich sehr überlegen, ob er auf diesem Wege nicht umkehren will. (Bravo! rechts.)

### Abg. Herzog (wirfch. Bg.):

Weite Kreise des elässischen Volkes tragen nicht das Gefühl in sich, daß des Deutschen Reiches Ehre ihre eigene Ehre ist. Wir hoffen, daß nach diesen Debatten eine Beruhigung auf allen Seiten eintritt. — Der Kritik an dem Worte des Kronprinzen über das höchste Soldatenglück kann ich mich nicht anschließen.

Ein erneuter Vertagungsantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

### Abg. Dr. Naumann (Wpt.):

Ein übermäßiges Vertrauen dazu, daß in der angefordigten kaiserlichen Verordnung Licht und Schatten, Recht und Unrecht gleich verteilt werden, können wir nicht haben, zumal der Reichstanzler den Gottesfrieden in dem Moment proklamiert, wo die militärische Seite freispruch und Ehre und Orden bekommen hat und die bürgerliche Seite von Sühne und Rechtfertigung nichts erhalten hat. (Sehr wahr! links.) Die elässische Zivilverwaltung ist vollkommen preisgegeben. Das wird im Eläß ganz sicher als offene Wunde übrig bleiben. Wer kann denn hier überhaupt für Eläß sprechen? Das einheitliche Zeugnis des Staatssekretärs Horn v. Eulach mit Unterstaatssekretär Petri und Wandi, das einheitliche Zeugnis der Zweiten Kammer, das fast einheitliche der Ersten Kammer geht dahin, daß die Zivilbehörden ihre Pflicht getan haben. Aber Herr Wandi sagt, es geht doch nicht gut, daß ich hier dem Reichstanzler widerspreche, da der Reichstanzler bisweilen selbst nicht genau weiß, wer eigentlich die elässischen Stimmen zu instruieren hat. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) So erdient Eläß-Bohringen als Bundesstaat unter den Bundesstaaten wie einer, der kein Kleid hat, nicht herauskommen kann in die deutsche Öffentlichkeit, und es bleibt von der Sache der Eindruck der verfassungsmäßigen Hilflosigkeit. Die Haltung, die der elässische Landtag in dieser Situation angenommen hat, war durchaus würdig, einheitlich und reif. Kein Wort, das Deutschland verlegen konnte, das antimilitaristisch aufgefaßt werden konnte, kein Streich untereinander. Durch den Oberst v. Reuter ist es den Elässern eingepaukt worden, wie wichtig für sie politische Geschlossenheit ist. Von einer antimilitaristischen Gesinnung kann in Eläß-Bohringen keine Rede sein. Kleine Städte wie Habern kennen es gar nicht anders, als daß sie Garnison haben, außer wenn einmal ein Leutnant fortgerufen gemeldet ist. (Sehr gut! links.) Wenn dort so etwas passiert, so nicht aus antimilitaristischer Stimmung heraus, sondern aus Taktlosigkeit, Geschamlosigkeit, Bürgerinnigkeit. Wie es in den Wald hineinschallt, so hallt es heraus, wenn einer „Wades“ rief, riefen die anderen noch etwas Größeres zurück.

Schluß in der 3. Beilage.



Reichstag.

Abg. Dr. Raumann (Sp., fortsetzend):

Wie gut, daß die Vorklässe nicht in Oberelßah sich ereignet haben. Wenn so etwas in Kolmar passiert wäre, was würde man gefagt haben über den französischen Geist! Nun muß es gerade der ruhigste aller deutschen Orte sein, wo Ihr Parteigenosse Höffel so lange gewählt worden ist, auf dem urdeutschen Jaberner Boden. Es ist der beste Beweis, daß es sich hier nicht um einen besonderen elßahischen Protektionsfall handelt, sondern um die Volksgesinnung, wie sie in Süddeutschland überhaupt ist. (Sehr gut! links.) Lassen Sie in Baden oder Württemberg oder Bayern sich einen Leutnant und Oberst geradezu aufführen, da sollten Sie mal erleben, wie es dort überall geht! (Lebhafte Zustimmung links.) Wir haben soviel über Rechtsparagrafen sprechen hören, als ob es in Paragrafen zu machen wäre. Mit Paragrafen schafft man nicht die Achtung vor Menschen, wenn es auch nur ein Zivilist und ein Stifter ist. Man redet von solbatischen Ehre und einem Volksherr. Dann darf das Heer nicht vollstimmlichen Empfindens bar sein gegenüber der Bevölkerung. Die Leute, die man als Klasse, als Zivilisten, als Viebs ansieht, sind die Väter, Brüder und Schwestern der Truppen, sind die Leute, auf deren Fleiß und Wirtschaft das ganze Militär beruht. (Lebhafte Zustimmung.) Achtung vor dem Volk, Achtung vor den Zivilisten, dann werden wir 75 000 Mann im Elßah ohne Schaden haben können! Wenn aber die Leute hinkommen, mit den Ideen des Dr. v. Jagow, daß sie in Feindesland stehen, daß der Offizier zu entscheiden hat, ob es besser ist, daß Blut fließt, oder nicht, dann haben wir in dem Land ein Heer, das einen Fremdkörper darstellt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Man spricht soviel von der Kommandogewalt. Es handelt sich darum, ob die Macht auch mit Verstand ausgeübt wird, ob die Macht auch Gemüt hat. (Bereinigtes Lachen rechts.) Lachen mögen die darüber, die keines haben. (Lebhafte Zustimmung links.) Das Volk kennt keilsche Werte, die durch keine Kabinettsorder ausgedrückt werden. Wie wären unsere Verhandlungen, wenn Oberst v. Reuter in seinem Kommando noch ein wenig weiter gegangen wäre und hätte schießen lassen. Gottseidank sind die Leute ausgerissen. Wenn ein paar Rahme dabei gewesen wären und er hätte schießen lassen, hätte er dann auch Glückwünsche bekommen? (Zurück links: Jamohl!) Weshalb wird er denn gefeiert? Nicht etwa, weil er seine Pflicht getan hat, sondern weil er den Gedanken des politischen Soldaten verkörpert hat, den Gedanken, daß das Militär gegen diese laarmobante bürgerliche Ordnung einschreiten muß, gegen diesen zivilen Mechanismus, der dem richtigen Soldaten bis an den Hals steht. Im Herrenhause hat Graf Nord, im Abgeordnetenhaus Herr v. Heidebrand gegen den Kanzler geredet, sie haben ihn gewarnt, weil er zuviel deutsch sei, denn Preußen sei die Grundlage. Niemand bestreitet, daß Preußen die historische Grundlage des Reiches ist. Vor 50 Jahren war das Reich eine Hoffnung, ein Projekt, noch keine Wirklichkeit. Jetzt haben wir 50 Jahre Wirklichkeit.

Vor 50 Jahren tröstete man sich, es würde mit dem Reich nicht so schlimm werden. Dann aber kam das Reich, Übernahme die Gewerbebesetzung, die Volksgesetzgebung, die sozialpolitische Gesetzgebung, es wirt den Einzelstaaten Aufgaben hin, so daß die einzelstaatlichen Minister zur Hälfte ausführende Organe des Reiches sind und das fühlen. Nun tritt der Tag ein, den Bismarck vorausgesehen hat, daß, wenn es eines Tages einen Reichsfinanzminister gibt, der preussische Finanzminister sein wird ist. Jetzt gibt es eine direkte Reichsteuer und einen Reichsfinanzminister, und die Spannung wächst umjomehr, als den Konserverativen die Reichsminister nicht mehr so sicher sind, wie sie früher sicher sein zu können glaubten. Es wird so viel von Staatstheorien geredet. Wir von der linken Seite sind für ein parlamentarisches Regiment. Wozu ist denn der Reichstag da, wenn dahinter der große Papierkorb ist, in den seine Beschlüsse hineingeworfen werden. Die Hilfslosigkeit des Reichstags in etwas Kraft zu verwandeln, das ist das Problem, das unter dem schulmäßigen Namen „parlamentarisches Regime“ läuft. Die Herren Konserverativen fühlen, das könnte dann zu anderen Besetzungen führen, als zu den Besetzungen ihrer Freunde und nächsten Bekannten. (Sehr gut! links.)

Als das Deutsche Reich gegründet wurde, waren die Konserverativen nur sehr langsam für diesen Gedanken zu haben, und haben damals gegen Bismarck genau in demselben Ton gesprochen, wie jetzt gegen Bethmann Hollweg, wollten ihn abschieben, weil er ihnen nicht gehorchen wollte, denn das vertrugen Sie nicht. (Sehr gut! links.) Als Caprivi die Handelsverträge mit derselben Majorität machte, mit der heute die Dedung der Reichskosten bezahlt worden ist ohne Konserverative mit dem übrigen Volk, da gingen sie wieder in die Höhe. Da war Liebenberg fällig, denn Donauerschlingen gab es damals noch nicht. (Große Heiterkeit und Sehr gut! links.) Und nun kommt es wieder. Jabern ist nur der Anlaß, aber vorher kam jene Abstimmung über die großen Reichsfinanzien, da war wieder einmal etwas Befestliches getan worden, ohne daß die Herren genügend vorher gefragt und nachher beteiligt worden wären. (Sehr gut! links.) Das war ihnen so ungewohnt, da war die Stimmung der Götterdämmerung; wer weiß, was aus Deutschland wird, es geht unheimliches vor. (Heiterkeit links.) Denn das Volk sing an, politisch aufzuwachen, und wir erleben Tage, wie hier, als der Abg. Lehrenbach zum ersten Male sprach, wo man nicht gerüchete, gefälschte Parteien hatte, sondern einen deutschen Reichstag, der dem Reichskanzler sagte: ich bin nicht einverstanden mit der Art, wie Jabern behandelt worden ist, der mal nicht nur Fraktionsgeschichten betrieb, sondern den deutschen Gedanken. (Lachen rechts.) Ueber den Sie lachen, weil er in Ihrer Seele nicht drin ist. (Stürmischer Beifall links, große Unruhe rechts.) Der deutsche Reichsgedanke ist in 50 Jahren gewachsen und gestiegen. Das Reich hat gewonnen an Demokratie und an Sozialpolitik. Es läßt heute auch die bezahlen, die etwas haben und nicht gern zahlen wollen. (Sehr gut! links.) Er halt sich das Geld, wo er es braucht, ohne Ihre Erlaubnis. Davon wollen Sie nichts wissen. Uns aber heißt es gerade von diesem Reiche Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Ledebour (Soz.):

(Der Reichskanzler und Staatssekretär Delbrück verlassen den Saal.) Es tut mir leid, daß mein Erscheinen einige selten hier gelebete Herren herausgeschickt hat. Vielleicht erhoblen sie sich bald ohne schloßlose Röcke und erscheinen wieder, wir haben ja noch einige Stunden Zeit. (Heiterkeit.)

Der Reichskanzler ist von dem Gesichtspunkt ausgegangen, es handle sich in der ganzen Angelegenheit nur um ein paar Leutnants, sie sei vollkommen erledigt durch die Richtersprüche. In der Tat aber handelt es sich darum, ob wir

in Deutschland eine Sabelherrschafft bekommen

oder einen wirklichen Volksherrn. Was wir in Jabern erlebt haben, war das Erwachen des Pratorianergeistes, der seit langem in Deutschland großgezogen worden ist und der jetzt seine Zeit gekommen glaubte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren von den bürgerlichen Parteien haben sich leider in die Illusion zu wiegen verlußt, daß wir einen bürgerlichen Rechtsstaat hätten und daß nur zufällig einmal durch einige übereifrige Pratorianer eine vorübergehende Trübung des sonst so schönen Verhältnisses herbeigeführt worden wäre. Das ist grundfalsch. Wenn es sich bloß um den Leutnant v. Forstner oder den Oberst

Reuter handeln würde, brauchten wir uns nicht zum zweiten Male mit dieser Sache zu beschäftigen. Aber was haben wir erlebt? Schon am Tage der ersten Debatte hat der Kriegsminister Worte gesprochen, die sich nur verstehen lassen als Ausgeburt einer Denkweise, die dem Militär unbedingte Herrschaft im Staate einräumt. Der Kriegsminister hat sich nicht gekümmert, es so hinzustellen, als wenn ein Offizier, der irgendwie beschimpft wird, dem, der ihn beschimpft,

den Degen durch den Leib rennen

lann. (Widerspruch des Kriegsministers.) Ich war nicht gefaßt darauf, daß Sie das bestreiten würden; nachdem Oberst v. Reuter hier so gefeiert worden ist, weil er zu seinen Worten gestanden hat, nahm ich an, daß Sie sich bemühen würden, ihm nachzueifern. (Vizepräsident Dove: Ich nehme an, daß Sie mit diesen Worten dem Kriegsminister nicht Unwahrhaftigkeit vorwerfen wollen.) Ich will einen neuen juristischen Begriff prägen und will sagen, daß das eine

Putativnotklüge von ihm

ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Vizepräsident Dove: Jedenfalls wollen Sie doch dem Kriegsminister nicht eine bewusste Lüge vorwerfen? Ich nehme an, daß der Kriegsminister in der Redde, in der er sich befand, die Ausrede gebraucht hat, ohne sich bemüht zu sein, daß sie der Wahrheit nicht entsprach. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Im übrigen sind auch nachher sehr einflußreiche Leute aufgetreten und haben

das Feuer des Pratorianertums gefaßt.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Lehrenbach hat bestritten, daß man allgemein von Parteigliedern des Kriegsgerichts sprechen könne. Wir machen auch diesen Vortour nicht allen Mitgliedern der Kriegsgerichte, aber es handelt sich bei ihnen um Standesurteile entsprechend den Klassenurteilen von Zivilrichtern gegenüber Streifenden. Es war bezeichnend, wie man in die Augen durchaus irgend ein Vergehen hineininsinulieren wollte. Das Bedenklische war die Aufmunterung, die der deutsche Kronprinz den Herren in Elßah-Lothringen gegeben hat. Die furchtbare Erregung des Reichskanzlers bei den Neuherungen meines Parteifreundes Frank ist nur verständlich, wenn der Reichskanzler über den Kronprinzen entrüstet war. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß wir uns mit ihm befassen müssen, ist seine, nicht unsere Schuld. Er hat sich selbst in die Jabern-Affäre gemischt und da brist es: Mitgefungen, mitgefungen! Auch er muß sich die Kritik gefallen lassen. Freilich ist ein mildernder Umstand seine Prinzenziehung. Wer mit zehn Jahren Leutnant wird, sich dann das ganze Leben lang öffentlich nicht betätigen kann und nur informiert wird durch Dillinge und Leute wie Herrn v. Oldenburg-Januschau, von dem wird es verständlich, wenn er solche Telegramme hinausendet. Seine Jugend, die man auch angefaßt hat, lasse ich nicht gelten, in allen anderen Kreisen wird von einem 32-jährigen Manne bereits genügen des Verständnis verlangt. Dann der Regimentsbefehl. „Es wird mir verlußt schwer, das Herz will mir fast brechen, daß ich nicht mehr an Eurer Spitze durchs Leben reiten kann.“ Das ist eine

herzerbrechende Wehleidigkeit,

die man außer in Mädchenpensionaten nur noch bei Karlichen Niedrid findet (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten, die Rechte verläßt den Saal.) Das Bedenklische ist, daß ein solcher Herr einmal in eine Position kommen kann, wo er den größten Einfluß hat. Das ist eine Gefahr, die jeder Mann, der sein Vaterland lieb hat, zu der Ueberzeugung bringen mußte, daß das Vaterland auf die Dauer solchen monarchistischen Experimenten nicht ausgesetzteindarf. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Alle diese Symptome zeigen, daß in Deutschland Pratorianergeist eingezogen ist gegen den die bürgerlichen Parteien bei weitem nicht energisch genug vorgehen.

Ihre Anträge gestügen keineswegs,

auch nach Annahme der von Ihnen vorgeschlagenen Gesetze könnte ein Oberst Reuter genau so handeln und würde wieder beglückwünscht werden.

Aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses war von besonderem Interesse der Rat des Abg. v. Heidebrand, den Reichstag zum Teufel zu schicken. Die Neuherung ist in dieser Form bestritten worden. Wenn sie nicht die Aufforderung zur Auflösung des Reichstags enthalten soll, hat sie überhaupt keinen Sinn. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Ton selber übertrifft mich nicht mehr. Wenn Herr v. Heidebrand redete, war es bisher schon, als hörte ich des Teufels Grohnruiter sprechen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Er hat uns dann auch aufgefordert, mit der Revolution Ernst zu machen. Er lehnt also die Stunde herbei und zwar, wie er angedeutet hat, damit dann vom Herr ein entsprechender Gebrauch gemacht werden kann. Bisher ging es bei unseren Demonstrationen friedlich und ruhig zu. Nur wenn die Polizei eintritt, wurde es anders. Und nun will man auch noch das Militär hetzen! Revolution machen unter Umständen die sonderbarsten Leute. Die Ereignisse von 1866 waren z. B. eine Revolution, die allerdings erfolgreicher war als die Revolution des Bürgerturns vorher. Wir haben die alte Forderung des Bürgerturns aufgegriffen. Das Interesse des Volkes verlangt, daß Preußen restlos in Deutschland aufgeht. Diese Entwicklung zu vollenden, ist die historische Mission des klassenbewußten Pratorians. Wir haben nicht nur die Forderungen zu verwirklichen, die uns als Klassenpartei des Proletariats überwiesen sind, sondern wir wollen vollenden, was das Bürgerturn unvollendet gelassen hat. Darüber vergessen wir nicht die Neugestaltung Deutschlands zu einem einheitlichen sozialen Volksstaat, in dem es keine Klassenunterschiede mehr gibt. Das zu betonen ist notwendig, weil uns immer zum Vorwurf gemacht wird, daß wir uns nicht zu unseren Prinzipien bekennen. Wir haben unsere Prinzipien niemals verleugnet. Weil Sie wissen, daß einmal die Zeit kommen wird, wo die große Majorität des Volkes auf unserer Seite steht, deshalb bieten Sie alles auf, das Heer in seiner Rechtvollkommenheit in Takt zu erhalten und parlamentarischen Einflüssen nicht auszuliegen. Wenn Sie in Wirklichkeit

ein Volksherr

in Deutschland haben wollen, dann müssen ganz andere Maßnahmen ergriffen werden. Heute ist die Bezeichnung „Volksherr“ eine absolut unrichtige Bezeichnung. Ein Volksherr hat zur Voraussetzung, daß die bürgerlichen Rechte der Soldaten in keiner Weise beschränkt sind und daß jeder Soldat genau so dem bürgerlichen Recht untersteht wie jede andere Bevölkerungsklasse. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt, daß sei unmöglich. Nun, in England besteht dieser Zustand. Dann reden Sie immer begeistert von des Königs Rod, der geachtet werden müsse. Niemand aber wird des Königs Rod so infam beschimpft und besudelt, wie stets und ständig noch heutigen Tages durch

die Soldatenkinder in Offiziers- und Unteroffiziersrod.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Selbstverständlich wendet sich jeder Kanzler und jeder Kriegsminister gegen die Soldatenmishandlungen. Das einzige Mittel aber, sie aus der Welt zu schaffen, nämlich die Schaffung des gleichen Rechts für Offiziere und Soldaten, davon wollen Sie nichts wissen. Sie nehmen lieber die beschämenden und entwürdigenden Soldatenmishandlungen in Kauf, als daß Sie auf die Vorrechte der Offiziere verzichten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Sie haben daher gar nicht das Recht, mit dem Begriff des Volksherrn zu renomieren. Sonst würden Sie es machen, wie die Schweizer, die jedem Soldaten das Gewehr mit nach Hause geben, damit er sich weiter im Schießen üben kann. Weshalb tun Sie das bei uns nicht, weshalb nicht? (Lachen rechts.) Ihr Lachen ist die beste Antwort!

Sie haben Angst vor dem Volk.

Sie wollen ein wechseles Volk, das jederzeit von einer Kamarilla von Pratorianern niederfarrtsaßt und niedergefäßelt werden kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove:

Wegen dieser Ausführungen rufe ich Sie zur Ordnung. Es ist nicht zulässig, daß Sie den leitenden Militärpersonen nachsagen, sie seien jederzeit bereit, das Volk niederzufarrtsaßen. Das würde ein absoluter Verstoß gegen ihre verfassungsmäßigen Pflichten sein.

Abg. Ledebour (Soz.):

Oberst v. Reuter hat von der „feigen Lande“ in Jabern gesprochen. Also weil die Jaberner durch Reuter und Forstner sich nicht provozieren ließen, deshalb waren sie eine feige Lande, mit denen Oberst v. Reuter nichts anfangen konnte. Oberst v. Reuter hätte sich nicht diese Bemerkung erlaubt, wenn die alten gedienten Soldaten sämtlich ihre Gewehre gehabt hätten. Wenn dann diese Provokation gekommen wäre, hätten sie sich wehren können. Wollen Sie solche Vorgänge wie in Jabern verhindern, so geben Sie jedem Mann bei der Entlassung die Waffe mit nach Hause. In der Schweiz, wo das geschieht, erlebt man Jabern nicht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Herren von den bürgerlichen Parteien sagen, die Kommandogewalt wollen wir aufrecht erhalten. Wir wollen das nicht, denn in ihrem jetzigen Umfang muß sie zu Mißbräuchen führen. Deshalb verlangen wir, daß die Soldaten, vor allem die Offiziere

auf die Verfassung vereidigt

werden wie es von Friedrich Wilhelm IV. in Preußen versprochen worden ist. Sie vom Bürgerturn haben noch einmal Gelegenheit, dem Militarismus die Krallen zu beschneiden, wenn Sie nur den Mut haben, vorzugehen. In einem solchen Kampf steht die übergrube Mehrheit des Volkes ganz sicher auf Ihrer Seite. Ich weiß, daß ich damit tauben Ohren predige, wie ja die heutigen Kriegerverbrecher aus den Weiden, aus denen bei der ersten Jabernerimpellation so kräftige Löwe erlangen, deutlich bewiesen haben. Herr Cassermann behauptet sogar, der Abg. Köching im preussischen Abgeordnetenhaus habe das Mißtrauensvotum seiner Partei richtig aufgelöst. Dabei hat Herr Köching den Reichskanzler geladelt, weil er nicht von vornherein vollständig auf die Seite des Militärs getreten ist, sondern den Zivilbehörden mildere Umstände bewilligt hat. Wenn die Nationalliberalen das durch ihr Mißtrauensvotum ausdrücken wollten, so hat die Begründung durch Herrn von Waller das direkte Gegenteil gesagt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Werden diese Auffassungen im Volke bekannt, so können Sie überzeugt sein, daß unsere Partei weitere Fortschritte machen wird.

Gegen die Aufrechterhaltung der Sabelherrschafft, wenn sie auch verschleiert wird, werden wir den Kampf mit aller Energie durchführen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dove:

Sie haben den deutschen Kronprinzen in Parallele mit Karlichen Reichnid gestellt und Sie haben jeden Vaterlandsliebenden zum Kampf gegen monarchische Experimente aufgerufen. Für beide Neuherungen rufe ich Sie nachträglich zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Der sachliche Verlauf der heutigen Debatte würde der Reichsleitung keine Veranlassung geben, noch einmal das Wort zu ergreifen, wohl aber bin ich genötigt, auf die Ausführungen des Abg. Ledebour einzugehen, insoweit sie sich nicht auf den Fall Jabern bezogen haben. Während wir dankbar anerkennen, daß auf allen Seiten des Hauses bei den bürgerlichen Parteien das Streben vorhanden gewesen ist (Abuse bei den Sozialdemokraten), den Fall Jabern in ruhiger, sachlicher Weise, den Grundgesetzen unserer Verfassung, der Würde und der Ehre des Reiches entsprechend zum Ausdruck zu bringen, habe ich aus der letzten sozialdemokratischen Rede diesen Eindruck nicht gewonnen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Dadurch haben Sie erneut bewiesen, daß es Ihnen bei dem Fall Jabern nicht darauf ankam, insoweit die verfassungsmäßigen Rechte befolgt waren oder nicht, sondern, um auf der Grundlage dieses Falles einen Stoß zu führen gegen die Monarchie und gegen die Armee. (Lärm und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Dagegen muß ich mich wehren. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ramentlich in bezug auf die Ausführungen, die Abg. Ledebour im Zusammenhang mit der Person des deutschen Kronprinzen gemacht hat. Der Präsident hat den Abg. Ledebour bereits zur Ordnung gerufen, diesen Teil der Ausführungen sehe ich für erledigt an. Gegen folgendes muß ich aber noch Verwahrung einlegen: der Abg. Ledebour hat Veranlassung genommen, auf die aus den Zeitungen bekannte Tatsache hinzuweisen, daß der Kronprinz mit Herrn von Oldenburg-Januschau aus den natürlichen Gründen seiner Anwesenheit in Danzig in persönliche Beziehungen getreten sei und dabei zu sagen, daß der Kronprinz des Deutschen Reiches in Beziehungen zu Verächtern der Verfassung stehe. Er hat darauf Bezug genommen, daß Herr v. Oldenburg-Januschau mit der Auflösung des Reichstags durch den Leutnant und 10 Mann gedroht habe. Die Zusammenstellung dieser Tatsache kann nur in der Absicht gesehen sein, draußen im Lande die Auffassung zu verbreiten, als wenn der zukünftige deutsche Kaiser ein Verächter der Reichsverfassung wäre. Dagegen muß ich mich verwehren. (Lebhafte Beifall rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Es ist in einem konstitutionellen und monarchischen Staatswesen — und in einem solchen leben wir — nicht üblich, die Person des Monarchen in die Debatte zu ziehen. Es widerspricht auch dem konstitutionellen Geist, wenn man die Person des Thronfolgers in dieser Weise zum Gegenstand von Erörterungen macht. (Beifall rechts.) Ob dieses Verfahren nach den Regeln des hohen Hauses zu rügen war, will ich nicht erörtern. Das ist Sache Ihres Herrn Präsidenten. Aber ich muß dem Standpunkt der Reichsleitung aus gegen dieses Verfahren Verwahrung einlegen. (Lebhafte Beifall rechts.) Dann hat der Abg. Ledebour Bezug genommen auf den Regimentsbefehl, den der Kronprinz erlassen hat, als er sich von seinem Regiment in Danzig trennte. Was diese Bezugnahme mit dem Fall Jabern zu tun hat, ist mir unerfindlich. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das müssen Sie uns überlassen!) Daß der Kronprinz sich mit so warmem Herzen von seinem Regiment getrennt hat, beweist nur, daß der gute Geist, der in der deutschen Armee lebendig ist, vor allem auch lebendig ist in dem zukünftigen Träger der Kaiserkrone und wir werden ihm dafür stets dankbar sein. (Lebhafte wiederholter Beifall rechts.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir würden dem Staatssekretär Delbrück sehr dankbar sein, wenn er dafür geforgt hätte, daß von der Regierung sofort diejenigen Maßnahmen ergriffen worden wären, die die Würde und Ehre des Deutschen Reiches zu wahren geeignet gewesen wären, gegen die Art und Weise, wie sie von militärischer Seite in Jabern und anderswo heruntergezogen worden ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir halten die Monarchie für eine veraltete Einrichtung (Lachen rechts), die auf die



Dauer in einem großen Kulturstaat nicht haltbar ist. Selbstverständlich als Vertreter dieser Anschauung und des Proletariats, das auf republikanischen Boden in seinen Anschauungen steht (Hört! Hört! rechts). In dieser Eigenschaft suchen wir natürlich aus allen Ereignissen den Beweis zu führen, daß diese Einrichtung in einem großen Kulturstaat nicht mehr haltbar ist. (Unruhe rechts.) Wir werden natürlich, wie wir überall den Quell der Wahrheit aufdecken suchen, dies auch tun gegenüber dem Prätorianergeist und dem Absolutismus, wenn er bei verschiedenen Gelegenheiten auch durch den Träger der Krone oder den Erben der Krone betätigt wird. (Sehr gut bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Staatssekretär weiter bemängelt, daß ich mich mit dem Kronprinzen überhaupt anlässlich der badener Affäre beschäftigt hätte, so liegt das an seiner vorher von mir kritisierten Sandflucht. (Große Heiterkeit.) Ich habe nämlich schon vorher gesagt, daß wir es sehr bedauern, uns mit dem Herrn befassen zu müssen, aber das sei doch nicht unsere Schuld. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), denn der Kronprinz hat bis jetzt unbefristet zwei Telegramme, eins davon an den Oberst v. Reuter, gefandt, vor dem 28. November, das dem Sinne nach lautet:

„Immer feste druff!

(Zuruf rechts: Haben Sie es gelesen?) Nein, es ist aber wochenlang durch die Presse gegangen und niemals bestritten worden. Von einem Herrn, der notorisch die größte Partei dieses

Hauses als „Kette von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“ (Zuruf rechts) — das war der Vater, jetzt kommt das Jitak vom Sohn (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) — von einem Herrn, dem nachgewiesen ist, daß er die größte Partei des Deutschen Reiches als „Kette“ bezeichnet hat, ist es durchaus glaubhaft, daß er in dieser Weise an den Oberst Reuter telegraphiert hat. Und nach den Akten vom 28. November, nachdem verschiedene Privatpersonen in den Bandurenkeller gesperrt wurden, hat er unbefristet zwei Telegramme „Pravol“ telegraphiert, also in einem Falle, wo selbst der Reichskanzler damals erklärt hat, das sei wider das Gesetz. Heute hat sich ja der Reichskanzler so mit „einerseits — andererseits“ ausgesprochen, daß, wenn ich gefragt würde, was eigentlich seine Auffassung sei, ich nur sagen könnte, es ist nichts übrig geblieben, als

ein langes zerstücktes Fragezeichen.

(Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Staatssekretär Delbück wird begreifen, daß wir unter diesen Umständen genötigt waren, uns mit einer einmal so außerordentlich einflussreichen Persönlichkeit näher zu befassen. Wenn er versucht hat, eine Art Säulenheiligkeit des Kronprinzen zu proklamieren, so muß ich sagen: der Träger der Krone hat allerdings gewisse Privilegien, der Erbe der Krone ist aber rechtlich weiter nichts wie jeder andere. (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich erwarte daher die nähere Erklärung des Staatssekretärs. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Reempf: Diese Erörterungen sind außerordentlich peinlich, sie wären besser ohne persönliche Spitze geblieben. Der Ausdruck des Abgeordneten Ledebour, der Staatssekretär sei landflüchtig geworden, war durchaus ungehörig. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte.

Abg. Ledebour (Soz., persönlich): Ich will mich gern korrigieren: wenn ich mich korrekt hätte ausdrücken wollen, was ich jetzt tue, will ich sagen, der Staatssekretär war reichstagsflüchtig geworden. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Damit ist die Besprechung der Interpellation erledigt. — Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr (Anträge der verschiedenen Parteien über die Befugnisse der bewaffneten Macht).

Schluß: 8 1/2 Uhr.

**Briefkasten der Expedition.**

Werkzeug in Berlin, und anderen Geschäften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Postzeit bleiben, wollen ihrem nächsten Spediteur wegen der Ueberweisung von Briefmarken sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Unsern Parteigenossen **Felix Hirsch** und seiner lieben Frau **Pauline Goldschmidt** die herzlichsten Glückwünsche zur Wählung. Die Genossen und Genossinnen des 419. Bezirks.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. B. Berl. Reichstags-Wahlkreis.** Bezirk 543a.

Am Mittwoch, den 21. Januar, verstarb unser Genosse, der Farmer **Wenzel Fisch** Genseelberk 3.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Hedwigs- und Vinsgemeinde-Stiftes in Wilhelmsherg aus statt.

Beginn 564a.

Am Mittwoch, den 21. Januar, verstarb unsere Genossin, Frau **Olga Kripskany** Garmischer Str. 11.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bethemann-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 224/7

**Deutscher Metallarbeiter-Verband** Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner **Felix Winzlawski** am 21. d. M. an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Buch, Schönenerberger Straße, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Dreher **Max Neugebauer** OberstraÙe 23, am 20. d. M. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Bohrer **Karl Lorenz** Wilhelmshagen Str. 70, am 21. d. M. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 12 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Metallarbeiter **Oskar Balhar** Müllerstr. 42, am 22. d. M. an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Januar, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Anhalts-Friedhofes in Buch I. M. aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Zilleur **Max Deister** Köpenicker Str. 5, am 20. d. M. an Gehirnschlag.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Grotzsch-Kirchhofes in Krummensee, Dargoberger Chaussee 7, aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet **Die Ortsverwaltung.** 111/7

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.** Filiale Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maler **Eduard Wollenhaupt** (Neukölln) am 20. Januar verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des neuen Jerusalemer Kirchhofs, Neukölln, Hermannstraße, aus statt. 126/5

Rege Beteiligung erwartet **Der Vorstand.**

**Dankjagung.**

Für die vielen, trostreichen Beweise von Teilnahme, an unserer schweren Trauer um das Hinscheiden meines unermöglichen Mannes, unserer herzlichen Väter, Schwieger- und Großvaters, des Schriftsetzers

**Emil Wonnberg** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unseren herzlichsten Dank! 652b

Besonders danken wir seinen verehrten Kollegen aus der „Norddeutschen“ und dem „Staatsanzeiger“, dem Buchbinderverband und seiner lieben „Typographia“ für den erhabenden Beizang.

Wir danken auch der geehrten Geschäftsleitung der Norddeutschen für die zahlreichen, schönen Kranzspenden.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Karl Thomä.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.**

Am 21. Januar verstarb unser Parteigenosse **Leopold Graul** Thomasstr. 10. — (17. Bezirk).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium zu Treptow aus statt. 226/4

**Der Vorstand.**

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Portier **Otto Barsch** am 20. d. M. im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes in Weihensee, Koedlitzstraße, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer **Hermann Schmidt** am 22. d. M. im Alter von 32 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Montag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelstabs-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

61/13 Die Bezirksverwaltung.

Am 21. d. M. verstarb unser lieber Sohn, Bruder und Schwager, der Tischler **Gustav Neubert** im 26. Lebensjahr.

Dies zeigen tiefbetrübt an **Friedrich Neubert**, Rentier, Tischler, Anna Neubert, Johann Neubert, Elias Neubert geb. Neumann, Rudolf Lietze, Berlin, Elise Lietze geb. Neubert, Richard Kristoffel, Schlamm, Born, Charlotta Kristoffel geb. Neubert, Georg Neubert, Auguste Neubert geb. Glöke, Paul Neubert, Rentier, Westpr., Paul Preuß, Berlin, Bertha Preuß geb. Neubert.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des zweiten Häftigen Friedhofes, Blante Höhe, aus statt.

**Dr. Simmel** Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Nicht am Hirtzplatz **Prinzenstr. 41.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12.

Hiermit zur Nachricht, daß meine liebe Frau **Konstantine Westphal** geb. Ordomski nach kurzer schwerer Krankheit verstorben ist. 664b

Im Namen der Hinterbliebenen **Johann Westphal.** Beerdigung Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, auf dem kath. Friedhof in Bismarckberg.

**Dankjagung.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Bekannten, insbesondere den Vor-geleiteten und Kollegen der Firma Demisch u. Buchholz, sowie den Genossen des 3. Kreises und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband unseren herzlichsten Dank. 1112

**Jda Heinrich** nebst Kindern.

**Ortskrankenkasse der Steindruck- u. Lithographen zu Berlin.**

Die durch das Oberverwaltungsamt genehmigte Zahlung der Rente, welche am 1. Januar in Kraft getreten ist, liegt jetzt gedruckt vor und kann im Kassensaal in den Reichshofstunden von 8—1 vorm. in Empfang genommen werden. 652b

**H. Stahlmann, Vorsitzender.**

**Spezialarzt** **Dr. med. Wockenfus,** Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Haia-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

**Magnum** Bei Verdauungsstörungen, Appetitmangel, verdoornem Magen, Sodbrennen, Blähungen, Magenkrämpfe und -Schwäche, Magenkrampf, Unbehagen mit Erbrechen, überhaupt Magenbeschwerden sind **Reichol's Magentropfen** von nachweisl. erworbener Wirkung u. wohl-tuend wie Balsam auf den kranken Magen. Flasche 30 Pf. nur mit **echt „Medico“** u. 2 N. Einzige **Reichol's** Marke. Wenn in Progenen nicht erhältlich, durch **Otto Reichol, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4**

**Monats-Garderobe!** 4—500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu ver-leihen), Winterüberzieher sowie o. Kapuzen getragene, fast neue Sachen (a. Selbe), i. jed. Figur pass. in größter Auswahl u. unübertroffen **billigen Preisen.** 1 Tr., desbaldbilliger wie im Laden. **Hirsch Kielerbaum, Straße 12/13**

**Westmann** Mohren-str. 37a Gr. Frankfurter str. 15.

**INVENTUR** **Schlußtage**

Totale Räumung sämtlicher Winterbestände

**Herrliche Plüschmäntel** in allen Weiblich- früher 65—250 Velour, Au Nord, Mohair Seal **jetzt 33—100**

**Elegante Pelzmäntel** echte Felle, früher 240—1400 lang **jetzt 100—700**

**Ulster** aus weichen, mollig. Stoffen früher 21—70 **jetzt 8—42**

**Kostüme u. Gesellschaftskleider** die elegantest. früher 33—250 Modelle **jetzt 12—100**

Sonntag geöffnet 12 bis 3 Uhr.



**Inventur-Verkauf** zu selten niedrigen Preisen

Bis **50%** Preis-Ermässigung

auf sämtliche Winter- und Sommer-Herren-Anzüge Ulster und Paletots

Bei Maß-Anfertigung **30% Ermässigung!**

Für ladefreies Sitz übernahme jede Garantie

**J. KURZBERG & Co** Maß-Schneiderei

Rosenthaler Str. 36 | Frankfurter Allee 104 | Reinickendorfer Str. 4

I. Etage | Parterre | I. Etage

Hackescher Markt. | Ecke Friederstraße. | Am Wedding-Platz.



**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.** Ortsverwaltung Spandau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege **Fritz Kant** Rommendamm, Siemensstr. 34, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Grotzsch-Kirchhofes, Rommendammallee, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.** 73/4

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.** Filiale Groß-Berlin.

Auf Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission findet noch eine Verteilung des Ueberflusses der Weihnachts-sammlung für die Arbeitslosen statt.

In Betracht kommen nur verheiratete Mitglieder, welche mindestens seit dem 1. Dezember ununterbrochen bis jetzt arbeitslos sind.

Unsere Mitglieder, auf welche die obige Bedingung trifft, wollen sich bis zum 27. d. M., in den Büreaustunden von 9 bis 12 Uhr, in unserem Bureau, Engelufer 14, part. Zimmer 5, melden. Spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden. 33/3

**Die Ortsverwaltung.**

**Günstige Gelegenheit** für Verbände, Kassen etc.!

**5** **Additions-Maschinen**

bekanntes System, weit unter Preis zu verkaufen. Verlangen Sie Angebot unter Nr. 4981 durch die Haupt-Exped. des „Vorwärts“.

215/16\*





Amol Hausmittel

Allgemein-Verchiedenes

Grünwald's Kaffee-Verord. Brandstr. 70

Alkoholfreie Getränke

Max Kappeler, Landstr. 10

Arbeiter-Berufskleidung

Kaiser, Otto, Gerichtstr. 56

Auto-Fahrschule

Conti, Auto-Technikum Norden

Bade-Anflation

Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34

Bad Alt-Moabit 104

Bad Bad

Central-Bad

Bad Hufeland

Kar-Bad Treptow

Lindenbad

National-Bad

Bad Ostend

Original Lohmann-Bad

Passage-Bad

Schiller-Bad

Silesia-Bad

Bandagen, Gummiwaren

Bäcker- u. Konditoreien

C. Adamek, N. Klink, Jonasstr. 23

Otto Hilpke, Kastanien-Allee 21 & 23

R. H. B. Bismarck, Wiesenstr. 12a

Alf. B. Bismarck, Romintenstr. 40

F. Bismarck, Camphausenstr. 6

Paul Berger, Kottbusserstr. 29

Josef Breika, Kirchhofstr. 46/47

A. Bickel, Eblingerstr. 33

Max Bielewicz, Kastanien-Allee 21 & 23

Alf. Bismarck, Romintenstr. 40

F. Bismarck, Camphausenstr. 6

Paul Berger, Kottbusserstr. 29

Josef Breika, Kirchhofstr. 46/47

A. Bickel, Eblingerstr. 33

Max Bielewicz, Kastanien-Allee 21 & 23

Alf. Bismarck, Romintenstr. 40

F. Bismarck, Camphausenstr. 6

Paul Berger, Kottbusserstr. 29

Josef Breika, Kirchhofstr. 46/47

A. Bickel, Eblingerstr. 33

Max Bielewicz, Kastanien-Allee 21 & 23

Alf. Bismarck, Romintenstr. 40

F. Bismarck, Camphausenstr. 6

Paul Berger, Kottbusserstr. 29

Josef Breika, Kirchhofstr. 46/47

A. Bickel, Eblingerstr. 33

Max Bielewicz, Kastanien-Allee 21 & 23

Alf. Bismarck, Romintenstr. 40

F. Bismarck, Camphausenstr. 6

Paul Berger, Kottbusserstr. 29

Josef Breika, Kirchhofstr. 46/47

A. Bickel, Eblingerstr. 33

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Bäcker- u. Konditoreien

A. Koschek, Sparrstr. 4

Josef Krall, Wasserstr. 17b

Alf. Krall, Cadinstr. 13

Landbr.-Bäck. Köpenick, Silesiastr. 30a

C. Kuntze, Köpenick 1

Karl Kuntze, Köpenick 1

Max Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Kuntze, Köpenick 1

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Brauerei Königstadt

feinste Qualitätsbiere.

Ender's Brauerei

Malzbier, C. H. H. H. H.

Groterjan

Malzöl, Prinsen-Allee 74/76, Hb. 6746

C. Habels Brauerei

hell - Habelbräu - dunkel.

Goldbier

ist nicht nur ein Erfrischungsgetränk, sondern auch ein Gesundheitsbier ersten Ranges.

Weissbier - Caramelbier

Brauerei E. Wittner Pankow.

Löwen-Brauerei

vorzügliche Pils- und Flaschen-Biere.

Münchener Brauhaus

Berlin und Oranienburg

Schloßbräu-Flaschenbier

die Qualität ist hervorragend

Verlins-Brauerei Tontonia, NW 87.

Weissbier, C. Breithaupt,

Palladenstr. 97. Tel. A. VII, 2884.

Brotfabrik

Liebig's Zerpenschleuser Landbrot

Zu fordern in allen Geschäften

Bücherei u. Seltenerwaren

H. Wallhauser, Teg.-Bahnhofstr. 13

Bildereinstattung, Glaser

H. Bolahn & Co., Wilsdorfstr. 43

Butter, Eier, Käse

H. P. Biedermann, Immanuelkirchstr. 28

Danz, Karl Chorinestr. 24

Eier Storch, es gro- u. fe. Adm. 121

Bruno Freche, 15 Detail-Geschäfte

Wilhelm Göbel

25 eigene Pillulen.

Gebrüder Grob

40 Filialen in Berlin und Vororten

August Holtz

15 Detail-Geschäfte.

F. HAGEN

22 Verkaufsstellen 22

Hubertus, Butterbldg. Strausberg

Herm. Kunert, Culmb. 23

A. Liepold, Antonstr. 1, Milchbldg.

Gebrüder Manns

48 eigene Detailgeschäfte

Wih. Pleb. Buttergebrüder

Berlin C. 54, Rosenthalstr. 40

(Buckeburgerstr. 10, Fernsp. A. 101)

Kosmala, E., 4 Detail-Geschäfte

Paul Reinike Butter

Berlin S. 53, T. Amt Moritzp. 2159

Direktor-Import. Lieferant viel. Konsum-Verl. in öffentl.

Schröter, R.

43 Verkaufsstellen 43

Gust. Schultze & Sohn

Ch. Sternscheln Wrangelstr. 64

Eiergoldbldg.

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersche Verkaufsstellen 48

Cigarrenhandlungen

Cigarren-Adler, Insterburgerstr. 1

Fanny Baumert, Lindowstr. 23

Biankenburg, Reichenklosterstr. 119

E. Dorsch, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

F. Lauffmann, Pankow, Broletstr. 40

Fleisch- u. Wurstwaren

Rob. Lindner, Neukölln, Nienstedtstr. 3

August Lincke, Alte Jacobstr. 26

Lochmann, Malplaquetstr. 22

O. Loose, N. Klink, Kaiser Friedrichstr. 76

Luecke, Joh., Fleisch u. Wurstfabr.

A. Maar, Reichenklosterstr. 156

Märk. Fleischk., Silesiastr. 171

Moers, Otto, Greifenhagenstr. 29

M. Mauerberger, Köpenick, Kottbusserstr. 18

Martin Neisig, Schlesische Str. 36

G. A. Müller

Neu-Isenburg - Frankfurt a. M.

Spezialität - Frankfurter Würstchen

Ver. Deutsche Fleisch- u. Wurst-Zentrale

N. F. Zimmermann, Köpenick, 17

A. Möbes Nchf.

Fleischwaren u. Wurstfabrik

Berlin N. 24 Oranienburgerstr. 4

Otto Müller, Zorndorferstr. 59

Jo. Otto, O. Scharnweberstr. 6/7

Th. Prandl, N. Klink, Kaiser Friedrichstr. 76

Curt Passow, Schlesische Str. 36

Gustav Pfennig, Oelskowskystr. 10

Jos. Radefeld, Adalbertstr. 89

Herm. Rauchhold, Ziesenstr. 13

F. Hermann, Reichenklosterstr. 156

G. W. Rohlf, N. Klink, Kaiser Friedrichstr. 76

W. Rohlf, N. Klink, Kaiser Friedrichstr. 76

Rummel, Thierstr. 60

Alfr. Richter, Strausener Allee 31a

Jos. Ritzke, Strausener Allee 31a

H. Schmidt, Friedelstr. 81

Leberecht Schröder, Waldstr. 48



Advertisement for 'Seifen' (soaps) and 'Verficherungen' (insurances) with various business listings and contact information.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Text describing the services of the pawnshop, including loans and the sale of goods.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zuletzt 2 fettgedruckte Worte). Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 60, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Advertisement for 'Verkäufe' (sales) featuring various items like clothing, furniture, and household goods.

Advertisement for 'Jahres- und Ausverkauf zu Schleudpreisen' (annual and clearance sale) with detailed lists of items and prices.

Advertisement for 'Möbel' (furniture) featuring various styles and prices for different types of furniture.

Advertisement for 'Kaufgesuche' (purchases sought) listing various items and services needed.

Advertisement for 'Unterricht' (teaching) and 'Arbeitsmarkt' (job market) with details on lessons and job openings.

Advertisement for 'Arbeitsmarkt' (job market) and 'Café-Angestellte' (café employees) with details on job opportunities.



Parteiangelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Im Wahlkreis Prenzlau-Angermünde steht uns das Lokal „Ragöfer Mühle“ an der Eberswalde-Choriner Chaussee zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

In Bohnsdorf (L.-B.) werden uns die Lokale von Schulz und Wirth hartnäckig verweigert; wir ersuchen deshalb die organisierte Arbeiterschaft, die genannten Lokale streng zu meiden.

Die Lokalkommission.

6. Wahlkreis.

Die Versammlungen der jugendlichen Wahlvereinsmitglieder im Alter von 18-21 Jahren finden am Montag, den 24. Januar, abends 8 Uhr in folgenden Lokalen statt: Schönhauser Festhalle, Schönhauser Allee 129; Bar, Badstraße 44; Kasarowitz, Kadewitzstraße 6 und Schröder, Thurmstr. 36. Die Genossen werden gebeten, die jugendlichen Mitglieder zu dem Besuch der Versammlungen anzuregen.

Lichtenberg. 1. und 2. Abteilung. Morgen Sonntag, findet der Besuch des Krematoriums in Baumshuldenweg statt. Treffpunkt in den Zahlabendlökalen vormittags 9 1/2 Uhr. Abmarsch Punkt 10 Uhr.

Tempelhof. Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 1 Uhr, öffentliche Versammlung im „Wilhelmsgarten“, Berliner Str. 49. Tagesordnung: „Freies Koalitionsrecht und die Hege der Scharfmacher.“ Referent: Arbeiterssekretär Hermann Müller.

Bernau. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Fr. Salzmann, Badborfer Straße: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag: „Aus Webers Leben“. Referent Genosse A. Busch. Verchiedenes.

Bezirk Schöneiche und Umgegend. Die Wählerlisten liegen zur Einsichtnahme aus in Schöneiche, Klein-Schönebeck und Rahndorf in den Gemeindebüros während der Amtsstunden. In Rahndorf außerdem noch bei dem Genossen Bobbit, Chaussee 11.

Gieswalde. Heute abend findet im Lokal „Sandsaui“, Inhaber Gräßhoff, das diesjährige Wintervergütigen des Wählervereins statt. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Eintritt 4 Pf. Tanz frei.

Schwandau-Schöneiche. Sonntag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, bei Schulz, Schwandau, gemeinsamer Zahlabend beider Orte. Die Landarbeiter sind hierzu eingeladen. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Reichsversicherungsordnung.“ 2. Stellungnahme zu den Gemeindevertreterwahlen.

Spandau. Die hiesigen Genossen, welche sich an der Verdringung des Genossen Kant (Konnenbaum), die am Sonntag nachmittags 4 Uhr auf dem Habelhorster Friedhof stattfindet, beteiligen wollen, treffen sich nachmittags 2.41 Uhr Ecke Berliner und Breite-Straße.

Berliner Nachrichten.

Hoffeste.

Die Hoffestlichkeiten reihen nicht ab. Am Sonnabend voriger Woche das Fest der Ritter, natürlich mit großem Festessen verbunden. Am Sonntag, den 18. Januar, folgte das Ordensfest. Am Dienstag war große Defiliercour vor dem Kaiserpaare und am Donnerstag folgte die Militärcour. Unter den Personen, die an dem Kaiserpaare vorbeizugieren durften, war Wochen vorher eine große Konkurrenz über die Kleiderfrage ausgebrochen. Vornehmlich die Damen versuchten sich gegenseitig zu übertreffen. Welcher Pomp da aufgeboten wurde, geht aus Toilettenbildungen hervor, die der „Lokal-Anzeiger“ bringt und aus der wir nur einige Proben wiedergeben wollen:

Das vornehme, pergraue Kleid der Gemahlin des spanischen Botschafters Frau Polo de Bernabé hatte eine prachtvolle grauweiße Samt-Mousseline-Schlepe mit alten Spitzen; ein Diadem von Perlen und Brillanten schmückte den Kopf der Botschafterin. Frau Ministerfeldman von der rumänischen Gesandtschaft trug eine Courtoilette aus echten Spitzen auf gelbem Grunde, die mit der türkisblauen, von breitem Korbgeflecht umgebenen Samtschlepe einen wunderschönen Farbenakkord bildete. Im vollen grauen Haar trug sie ein Diadem. Die Gattin des dänischen Gesandten Gräfin Wolke hatte eine hellrosa gestrichelte Toilett mit einer Schlepe aus blau und goldbrokat angelegt, sie trug dazu reichen Diamant- und Perlenbesatz. Wunderschön in den Farben wirkte die Courtoilette der Frau Baronin Benens, Gattin des belgischen Gesandten. Die Erzherzogin trug ein gelbes, mit Perlen besetztes Kleid und eine wunderbare Schlepe aus violetter Samt. Die einzige Dame der italienischen Botschaft Marquise Pallavicino, die Gemahlin des Marine-Litachés, war in einer Mode aus rosa und goldbrokat gekommen, sie trug dazu eine prachtvolle Courtschlepe in weisem Samt mit kunstvoller Goldstickerei. Gräfin Vertheim von der badiischen Gesandtschaft kam in der silbergrauen, mit Perlen und Strahlsteinen besetzten Toilett mit einer Schlepe in der gleichen Farbe prachtvoll zur Geltung. Die Erzherzogin trug dazu einen alten venezianischen Spitzenschleier, ein kostbares Brillantdiadem und lange Perlschnüre.

Die schöne, brünette Gattin des württembergischen Gesandten Freifrau Barnhäuser von und zu Hemmingen sah in einer weissen Toilett mit Strahlsteinen und passender Schlepe äußerst grazios aus; Diadem und Kollier waren alter Familienbesitz. Ihre Durchlaucht die Fürstin Lubeda hat eine weiße, reich mit Silber und Brillanten gestrichelte Courtoilette auf rubinrotem Fond gewählt und eine rubinrote Samtschlepe mit silberbesetzter Vorbrille, ganz verbrämt mit echtem Kronenjuwel, eine Toilett, die für die elegante, dunkle Erscheinung der Fürstin sehr fein abgetönt war. Die dunkelblonde, mecklenburgische Gesandtin Erzherzogin Freifrau von Wrandsbjoern kam in einer reichen Plüschtoilette auf Chamostüll über einem weissen Unterleid, mit einer Garnierung aus rosa Samt und alten Spitzen. Die Taille war phantastisch mit hängendem Tüll und Silberornamenten garniert, ein Mantel aus rosa Velours mit prächtiger Silberstickerei und der Schmuck von Brillantsteinen vervollständigte die Toilett. Ein Kleid von schwarzem, weissem Silberbrokat hatte die große, katholische Baronin Gevers, die Gattin des niederländischen Gesandten, angelegt, dazu trug sie eine weißseidene Courtschlepe mit prachtvollen, handgestickten Blumen, durchwirrt von Silber und Perlen. Das dunkelblonde Haar schmückte ein Brillantdiadem in alter Fassung, ein gleiches Halsband und eine große Korallenschlepe aus Brillanten und Rubinen trugen zur prachtvollen Wirkung der Toilett bei. Der Schleier war aus alter Weißseide Spitze. Mrs. Orew von der amerikanischen Botschaft trug eine weiße Seidentoilett mit altrosa Tüll überzogen, garniert mit Perlschnüre und echten Spitzen. Altrosa war auch die mit Taupfentüll überzogene Seidentoilett, die Silberhandschleifen und Rosenornament schmückten. In diesem Zusammenhang sei gleich noch eine feste Amerikanerin erwähnt: Mrs. Whitehouse, die ein reizendes Perlmuttschleierleid mit einer Schlepe aus Gog-de-rotte-Velours-Blisson trug.

So geht es weiter. Dubende von Gattinnen und Töchtern von Erzherzogen, von Ministern, Grafen, Baronen marschieren mit der

Courtschlepe angehen an dem Kaiserpaare vorüber, eine feiner als die andere — die reichen Amerikanerinnen scheinen aber nach allen Berichten den Vogel abgeschossen zu haben. Am Donnerstag wiederholte sich die Toilettenschau, weil diesmal anlässlich der Militär-cour auch die Damen der hohen Militärs sich zugleich mit zeigen durften.

Wieviel Millionen mögen an diesen Tagen spazieren geführt worden sein? Und wieviel arme Familien mögen von dem Aufwand einer einzigen Courteilnehmerin menschenwürdig leben können?

Pastor Pfeiffer als Vormund.

In Nr. 21 berichteten wir über einen Strafprozeß, der auf Anzeige aus dem Bureau von Pastor Pfeiffers „Kinderrettungsverein“ gegen ein Ehepaar Weisendorf eingeleitet worden war und beiden Angeklagten je 10 M. Geldstrafe eintrug. Sie sollen dem Pastor Pfeiffer ein von ihm bedrumpeltes Kind, das bei ihnen in Pflege war, mit List zu entziehen versucht haben, als er es ihnen wegnehmen wollte. Nachträglich erfahren wir Näheres über die Umstände, unter denen die Vormundschaft für das umstrittene Kind an Pfeiffer, den Inhaber einer Sammelmundschafft für mehrere Tausend Kinder, übertragen wurde, so daß er die Möglichkeit erhielt, das Kind aus der einwandfreien Pflegefamilie herauszunehmen und es zu einer Tante nach Amerika zu geben. Die Vorgänge, die sich dabei abspielten, sind so eigenartig, daß durch sie das Wirken des Pastors Pfeiffer in seinem Amt eines Massenvormundes in ein ganz besonderes Licht gerückt wird.

Jene Tante in Amerika, ein Fräulein Verta Hartmann, hatte ihren anfänglichen Wunsch, die verwaiste Lotte Trogisch zu sich zu nehmen, hinterher ausdrücklich aufgegeben, aber man könnte es immerhin verstehen, daß sie später wieder auf diesen Gedanken zurückkam. Sehr viel weniger läßt sich dagegen verstehen, warum Pastor Pfeiffer, der als Vormund über die Unterbringung des Kindes zu entscheiden hatte, ihren Plan so eifertig und taufkräftig unterstützen zu sollen glaubte. Die Tante hatte eines Tages den Pastor Jahnke, der vor Pfeiffer der Vormund des Kindes war und damals dieses Amt noch hatte, mit einem durch nichts vorher angemeldeten, völlig unerwarteten Besuch überrascht und von ihm das Kind gefordert. Es scheint, daß sie nicht eigens hierzu aus Amerika nach Deutschland herübergekommen war, sondern ihre Reise zu einem andern Zweck unternommen hatte, aber bei dieser Gelegenheit darauf verfiel, das Kind an sich zu bringen. Pastor Jahnke antwortete ihr, daß Lotte bei den Pflegeeltern, den Eheleuten Weisendorf, bestens untergebracht sei und er es ihnen nicht abnehmen wolle. Die Tante bestand auf ihrer Forderung und wiederholte sie so dringend, daß wohl Jahnke sich nicht stark genug fühlte, gegen sie einen Kampf um das Kind zu führen. Er ging zum Vormundschaftsgericht, um behauerlicherweise gerade in diesem verhängnisvollen Augenblick sein Vormundsamt niederzulegen. In dem Prozeß war Pastor Jahnke als Zeuge geladen, aber leider verzichtete das Gericht auf ihn, so daß diese Dinge unerörtert blieben. Zu Jahnkes Nachfolger im Vormundsamt wurde der Rassenvorgund Pfeiffer ernannt, der dann für die Wünsche der Tante aus Amerika mehr Verständnis hatte und ihr alles Entgegenkommen erwieis. Noch ehe Pfeiffer oder irgendeiner seiner Angestellten, durch die er die dem Vormund obliegenden Aufsichtspflichten erfüllen läßt, das Kind oder die Pflegeeltern auch nur gesehen hatte, entschied er, daß Lotte ihnen abgenommen werden solle. Von seinem Vorgänger im Vormundsamt konnte er wissen, daß die Pflegeeltern mit großer Liebe an dem Kinde hingen und ihm die sorgfältigste Erziehung gaben. Von wem mußte er, welche Pflege und Erziehung das Kind bei der Tante in Amerika haben würde, deren Verhältnisse er selber von hier aus doch gewiß nicht in wenigen Tagen prüfen konnte? Weil die Tante es eilig hatte und bald wieder abdampern wollte, hielt Pastor Pfeiffer gleichfalls Eile für geboten. Nach einem mangelhaften Versuch, Lotte aus der Sommerfrische zu holen, erwirkte er einen Gerichtsbeschluss auf Herausgabe und ließ die mit dem Kinde nach Berlin zurückgekehrten Pflegeeltern durch Polizei und Gerichtsvollzieher bedrängen. Schon nach Ablauf der vierzehn Tage seit Pfeiffers Bestellung zum Vormund war alles erledigt. Eine Beschwerte der Pflegeeltern gegen den Amtsgerichtsbeschluss auf Herausgabe war vom Landgericht zurückgewiesen — und Pfeiffers Leute holten dann sofort mit starkem Polizeiaufgebot zu nächster Stunde das Kind aus der Wohnung heraus. So schnell arbeitete Pastor Pfeiffer und sein „Kinderrettungsverein“! So eilig reist man das Kind aus geordneten Verhältnissen, in denen es, von sorgender Liebe umgeben, aufwuchs! Vor Gericht wurde von Pfeiffers Angestellten nicht der geringste Versuch gemacht, irgend etwas Sachteiliges über die Pflegeeltern anzuführen. Staatsanwalt und Richter erkannten an, daß auch sie keinen Anlaß hätten, an der Uneigennützigkeit der Pflegeeltern zu zweifeln. Da muß man denn doch fragen, welche besonderen Gründe der Pastor Pfeiffer zu dieser „Kinderrettung“ gehabt hat.

Befremdlich ist übrigens auch sein Verhalten in einem andern Prozeß, der mit dieser Angelegenheit zusammenhängt. Das Kind hatte, als die Pflegeeltern es in Erfüllung eines von der Mutter auf dem Sterbebett geäußerten Wunsches bei sich aufnahmen, ein paar Nachschlacken mitgebracht. Nach der Wegnahme des Kindes durch Pfeiffer wurde diese geringe Gabe von der Armenverwaltung auf Grund ihres Erbrechtes beansprucht, die Pflegeeltern aber wollten die Sachen nicht in fremde Hände gelangen lassen und zahlten der Armendirection dafür 47 M. gegen Quittung. Hinterher klagte Pfeiffer gegen die Pflegeeltern noch auf Herausgabe der Sachen, worin er auch durch die im ersten Termin vorgelegte Kaufquittung sich nicht stören ließ. Nach allerlei Einwendungen und vier Terminen, die den Pflegeeltern viele Scherereien verursachten, wurde Pastor Pfeiffer kostenpflichtig abgewiesen.

Die gesamten Vorgänge werfen auch ein Licht auf die Praxis unserer Vormundschaftsrichter, bei fast jeder Gelegenheit Herrn Pfeiffer als Vormund zu bestellen, insbesondere wenn die Erziehungsrrechte dem Berechtigten aberkannt worden sind. Sollte es in dem großen Berlin nicht auch noch andere Leute für dieses Amt geben als ausgerechnet Pastor Pfeiffer? Außerdem ist daran zu erinnern, daß die Stadt Berlin dem Pastor Pfeiffer für die Führung der Vormundschaften recht erhebliche Zuwendungen macht. Es liegt hierzu nicht der geringste Grund vor. Die Waisendepotation hat den dem Pfeifferschen Kinderrettungsverein gezahlten Zuschuß für das kommende Jahr herabgesetzt. Inseiner Meinung nach hat die städtische Verwaltung gar keinen Anlaß, dem Pfeifferschen Verein auch nur einen Pfennig zuzulassen zu lassen.

Die patriotischen Pfadfinder und Wandervögel.

Die Pfadfinder, Wandervögel, Jugendwehr und andere Jugendvereine wollen ihren Patriotismus bezeugen. Sie wollen sich am

Tage des 27. Januar zu Kaisers Geburtstag im Schloßhofe aufstellen und beweisen, daß sie das Hurraufen gut gelernt haben.

Auch ein Vergnügen! Hoffentlich hat die Bitterung ein Einsehen, damit „Jungdeutschland“ sich nicht die Fäße erkriert.

Statistik des Fuhrparks in Berlin. Am 31. Dezember v. J. waren im Landespolizeibezirk Berlin 3072 Pferdewagen, 1982 Benzindroscheln und 475 elektrische Droscheln, zusammen 5509 Droscheln vorhanden. 846 Fuhrherren hatten je eine, 181 Fuhrherren je zwei Pferdewagen im Betrieb; ein Fuhrherr besaß 78, ein anderer 27, ein dritter 35 Pferdewagen. Von den Benzindroscheln waren 643 im Besitz von Einzelfahrern; 184 Fuhrherren hatten je 2, 75 je 3 Benzindroscheln im Betrieb. Die größten Benzindroschelnbetriebe verfügten über 84 beim. 68 bezog. 52 Benzindroscheln. 180 elektrische Droscheln gehörten einer Betriebsgesellschaft, 62 Fuhrherren besaßen je eine elektrische Droschle. Die Benzindroscheln verteilten sich auf die Automobilfabriken wie folgt: Adlerwerke 582, Opel 387, Neue Automobilgesellschaft 194, Benz 189, Dürkopp 184, Köh u. Co. 86, Richard u. Dering 81, Progreß 62 usw. 200 elektrische Droscheln stammten aus der Fabrik der Neuen Automobilgesellschaft, 93 von der Firma Weg Führer u. Co., Dahlen. Von den Benzindroscheln stammten 145, von den elektrischen Droscheln 30 aus ausländischen Fabriken.

Zunehmende Heiratsscheitern!

Die Eheschließungen haben sich in Berlin in dem eben abgelaufenen Jahre 1913 gegen außerordentlich gemindert. Während in 1912 hier 22 995 Ehen geschlossen wurden, betraute 1913 nur 21 194 Eheschließungen. Diesen Rückgang muß man zum Teil daraus erklären, daß in 1913 auch die Bevölkerungszahl Berlins beträchtlich gesunken ist. Aber die Minderung der Eheschließungen ist doch viel stärker gewesen, als wir es nach dem Bevölkerungsrückgang hätten erwarten dürfen. Die in Berlin heiratenden Personen waren in 1912 noch rund 22 (genauer 22,07) auf je 1000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl des Jahres. Ueber die durchschnittliche Bevölkerungszahl für 1913 hat das Berliner Statistische Amt das Rechnungsergebnis noch nicht bekanntgegeben, aber soviel läßt sich bereits jetzt übersehen, daß die Zahl der Heiratenden in diesem Jahre nicht viel mehr als 20 pro 1000 ausmacht. Ein Wechsel von Auf und Ab ist an der Heiratssziffer oft zu beobachten gewesen, zweimal z. B. in den letzten zehn Jahren. In dem Jahrzehnt 1904 bis 1913 wurden in Berlin 21 220, 22 276, 23 245, 23 313, 21 799, 21 306, 21 848, 22 672, 22 995, 21 194 Ehen geschlossen. In derselben Zeit hatte die je für das Jahr berechnete durchschnittliche Bevölkerungszahl Berlins eine Zunahme bis 1907, dann eine Abnahme bis 1909, hierauf wieder eine Zunahme bis 1912 und schließlich eine erneute Abnahme in 1913. Die Vergleichung der Zahl der Heiratenden mit der Bevölkerungszahl des betreffenden Jahres ergibt, daß pro 1000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl heirateten in 1904, 1905, 1906: 21,83, 22,16, 22,82, in 1907, 1908, 1909: 22,53, 21,16, 20,69, in 1910, 1911, 1912: 21,22, 21,88, 22,07 und nun in 1913 plötzlich wieder nicht viel mehr als 20. Die Abwärtsbewegung ist diesmal sehr jäh. Erklären läßt sich das nur aus einer ungewöhnlichen Minderung der Heiratssziffer, einer starken Zunahme der Heiratsscheitern. Soll man sich darüber wundern angesichts der wachsenden Existenzerschwerung durch Lebensmittelpreiserhöhung und Arbeitsmangel?

Ein Beileidstelegramm hat der Magistrat und der Stadtverordnetenvorsteher an den Oberpräsidenten v. Ködern nach Potsdam gerichtet, in welchem namens der Stadt Berlin die Teilnahme anlässlich des Todes des verstorbenen Oberpräsidenten Conrad ausgesprochen wird. In dem Telegramm wird u. a. gesagt: Die Anteilnahme des Dahingewesenen war von einem der höchsten Interessen wohlwollenden Geistes getragen, sie war erfüllt von dem unerwählichen Streben, städtischer Entwicklung zu jeder Zeit die beste Förderung zuteil werden zu lassen. Wir wissen, daß Stadt Berlin und Oberpräsidium nicht immer gut harmoniert haben.

Der Unterstützungsuchende und der Kronprinz.

Den Kronprinzen um eine Unterstützung bitten wollte gestern nachmittag ein Mann, der dem kronprinzlichen Automobil nachließ. Das amtliche Telegraphenbureau bezieht sich, folgende Meldung über den harmlosen Vorgang zu verbreiten:

Berlin, 23. Januar. Der am 7. Juli 1887 zu Colmar geborene Schneider Leopold Salomon, Grenadierstr. 34 wohnhaft, ließ heute nachmittag gegen 8 Uhr, als der Kronprinz nach seinem Palais zurückkehrte, hinter dem Automobil her. Ein Schutzmann nahm Salomon an der Rampe fest und führte ihn der Wache des zweiten Polizeiregiments zu, wo er, da er den Eindruck eines Geisteskranken machte, von dem zuständigen Kreisarzt untersucht werden wird. In seinen kontusen Reden behauptete der Eisierte, ein Bruder des Kronprinzen zu sein, den er um eine Unterstützung für seinen Lebensunterhalt hätte bitten wollen.

Jum Leidwesen der Scharfmaderblätter läßt sich der harmlose Vorgang beim besten Willen nicht zu einem Attentatschuss anschließen.

Noch im Laufe des gestrigen Abends wurde S. nach der Irrenanstalt in Dalldorf gebracht, da es kaum noch einem Zweifel unterliegt, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hat.

Großfeuer in der Großbeerenstraße.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam Freitagvormittag kurz nach 10 Uhr in der Großbeerenstr. 77a, Ecke Hornstraße, im Südwesten Berlins zum Ausbruch. Als man die Gefahr bemerkte, schlugen schon an beiden Straßenfronten Flammen aus dem Dachgeschoß hervor. Das Feuer debütierte sich dann mit ungewöhnlicher Schelligkeit aus, so daß bei Anbruch der Feuerwehre der gesamte Dachstuhl schon lichterloh brannte. Es traten sofort mehrere Dampfspritzen in Tätigkeit und bald wurde aus fünf Schlauchleitungen Wasser gegeben. Der Angriff erfolgte über drei mechanische Leitern und über die Treppen hinweg. Ein Kind, das in Lebensgefahr geriet, konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Für die Löschmannschaften bestand die Hauptaufgabe darin, die Nachbargebäude zu schützen. Obgleich ungeheure Wassermengen in die Blut geschleudert wurden, konnte die Gewalt des Feuers doch erst nach einständiger harter Arbeit gebrochen werden. Der Dachstuhl des großen Gebäudes ist vollständig ein Raub der Flammen geworden. Die vollständige Abbläsung der Brandstelle mit den Aufräumungsarbeiten zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin. Ueber die Ursache des Brandes konnte nichts Bestimmtes mehr ermittelt werden.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im Schullokal, Grenadierstr. 37: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Heinrich Schulz über Johann Gottlieb Fichte. (Zu seinem hundertjährigen Todestage.) Mitglieder haben freien Eintritt gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches. Gäste 20 Pf.



# Vorortnachrichten.

## Neukölln.

Ein schwerer Zusammenstoß auf der Straßenbahn ereignete sich gestern vormittag um 9 Uhr an der Hohenstraße. Eine Kaiser-Friedrichstraßenbahn fuhr von der Hohenstraße in die Kaiser-Friedrichstraße ein, sah sie in der Straßenbahnmotorwagen, der in schneller Fahrt die Kaiser-Friedrichstraße herunterkam, in der Ferne und trat ihn mit solcher Wucht, daß er in Trümmern ging. Der Kutscher und der Mitfahrer flogen vom Bod auf die Promenade. Während der Kutscher mit unbedeutenden Hautabschürfungen davonkam, erlitt der Mitfahrer so schwere Verletzungen, anscheinend auch innere, daß man ihn zu einem Arzt bringen mußte. Eins der beiden Pferde stürzte und kam unter den Wagen zu liegen. Es wurde scharflich zugerufen und mußte sofort der Abdecker zugeführt und getötet werden. Auf dem Straßenbahnwagen wurde niemand verletzt. Der Wagen selbst wurde auch fast beschädigt, konnte aber noch im Verkehr bleiben. Der Motorwagen ist gebrauchsunfähig geworden, seine Ladung mußte auf einen Ersatzwagen umgeladen werden.

## Charlottenburg.

Eine Erhöhung der Gehälter und Löhne für gering besoldete Beamte und Arbeiter hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beantragt. Der Antrag, der am 4. Februar zur Beratung kommt, lautet:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, noch vor der allgemeinen Revision des Normalbesoldungsstatuts die Gehälter und Löhne der Angestellten und Arbeiter der untersten Klassen aufzubessern. Dabei soll im allgemeinen ein Einkommen bis zu 1800 M. um 15 Proz., ein Einkommen bis zu 2500 M. um 10 Proz., ein Einkommen bis zu 3000 M. um 5 Proz. erhöht werden. Die Erhöhung soll am 1. April 1914 in Kraft treten.

Die am Donnerstag vollzogenen Wahlen zum hiesigen Gewerbeamt ergaben folgendes Resultat: Die Kandidaten der freien Gewerkschaften erhielten im 1. Wahlbezirk 284; im 2. Wahlbezirk 454; im 3. Wahlbezirk 2378; im 4. Wahlbezirk 141; im 5. Wahlbezirk 289; im 6. Wahlbezirk 119; im 7. Wahlbezirk 160 und im 8. Wahlbezirk 50 Stimmen. Das sind insgesamt 3875 Stimmen.

Die vereinigten Kandidaten der Innungen und Industriellen (Arbeitgeber) erhielten insgesamt 672 Stimmen.

Wie wir hören, soll gegen die Wahl der Arbeitgeber im dritten Wahlbezirk wegen Nichtbeachtung der Wahlvorschriften Protest eingelegt werden.

## Treptow-Baumschulweg.

Altes Gerümpel. Der Regierungsräsident hat die Gemeindeverwaltung zu einem großen Reinemachen animiert. Das war zweifellos einmal eine gute Tat, denn es lagert noch mancher Staub auf alten Akten. Unter der großen Zahl der Polizeiverordnungen fanden sich auch zwei, die mit gutem Gewissen das Zeitliche segnen konnten. Die eine davon hat noch vor der Geburt Treptows im Jahre 1871 die Post- und Oekonomiedepulation des Magistrats zu Berlin erlassen. Sie verbietet bei 3 Thalern Strafe die Benutzung öffentlicher Fuhrwerke zum Transport von anstößend Anzügen. Sie erwies sich bei näherer Betrachtung als rechtungswürdig. Eine andere aber aus dem Jahre 1882 ist überflüssig geworden, weil es heute den damit geregelten Transportverkehr gar nicht gibt. Die ehrsamten Krempel, die ehemals dem Berliner mehrmals in der Woche billige Gelegenheit boten, nach dem „weit entfernten“ Treptow oder gar den Bierhäusern zu kommen, würden heute gegen die Konkurrenz der Spreetunnelbahn doch nicht mehr auskommen können. Beide Polizeiverordnungen wurden darum in der letzten „Amtsversammlung“ der Gemeindevertretung aufgehoben, dabei aber mitgeteilt, daß es für die eine derselben bald Ersatz in einer Droßkassenordnung geben werde. Wäge nun die Äsche der Verewigten sanft ruhen und ihr in Preußen bald manch andere „Ordnung und Gesetz“ folgen, die auch nicht mehr in unsere Tage passen.

## Schöneberg.

Auf zur Gewerbeamtswahl! Heute Sonnabend finden die Wahlen der Arbeiter im 1. Wahlbezirk zum Gewerbeamt statt. Gewählt wird in den beiden vom Magistrat bestimmten Lokalen in der Zeit von 4—8 Uhr nachmittags. Es wird erwartet, daß alle in Schöneberg beschäftigten sowie wohnenden Arbeiter, soweit sie wahlberechtigt sind, ihre Pflicht tun und für die Liste der freien Gewerkschaften die Stimme abgeben. Erweist in Massen an den Wahlurnen und zeigt damit wie ernst es Euch mit dieser Wahl ist. Jeder Wähler erhält eine Kontrollmarke.

Die Errichtung eines modernen Warenhauses plant die Firma Wilhelm Joseph, Hauptstr. 163, die am alten Botanischen Garten eine Baustelle von circa 300 Quadratrußen erworben hat. Mit der Bebauung des Grundstücks, das eine Baufront von 110 Metern hat und an der Ecke Potsdamer und Grunewaldstraße liegt, soll bereits im Frühjahr begonnen werden.

## Steglitz.

16 287 Wahlberechtigte weist die jetzt ausliegende Wählerliste auf, das ist gegen das Jahr 1912, als die letzten Gemeindevahlen stattfanden, eine Zunahme von 2360. An diesem Mehr sind beteiligt: die erste Wählerklasse mit 69, die zweite mit 534 und die dritte mit 1758. Mit diesem Zuwachs zählt nunmehr die dritte Klasse 13 859 Wähler, die zweite 2120 und die erste nur 808. Die dritte Klasse ist in zwei Wahlbezirke geteilt, deren Grenze die Wanneseebahn bildet. Hierbei zeigt sich die interessante Tatsache, daß fast die gesamte Zunahme der Wähler dem zweiten Bezirk (östlich der Wanneseebahn) zugute gekommen ist, nämlich 1727, während sich der erste Bezirk nur um ganze 81 Wähler vermehrt hat. Interessieren dürfte noch, daß der Hörsingebau (eine industrielle Aktiengesellschaft) 53 718 M. an jährlichen Steuern bezahlt. Um noch als „erfolgreich“ zu gelten, muß man mindestens 1261,20 M. jährlich zahlen können, denn schon mit 1288,50 M. rückt man in die zweite Abteilung und muß dort sich die Gesellschaft von Steuern gefallen lassen, die nur 259,40 M. zu zahlen brauchen. Bei dieser Steuersumme entscheidet der Anfangsbuchstabe des Familiennamens, ob man noch bei den honetten Leuten bleiben kann oder in die große Klasse der Wählberechtigten der dritten Klasse abgehoben wird. Der blaue Teilungsstreich verursacht hier, daß der eine für seine 259,40 M. jährliche Steuern in der zweiten, der andere mit derselben Summe in der dritten Abteilung

wählt. — In der dritten Klasse sind diesmal drei Neuwahlen erforderlich. Der erste Bezirk kann zwei, der zweite Bezirk einen Vertreter in das Gemeindeparlament senden. Hoffentlich gelingt es der hiesigen Arbeiterschaft, unseren beiden hiesigen Vertretern neue Kampfgenossen zuzugewinnen.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins ehrte zunächst das Andenken der verstorbenen Genossin Werner und des Genossen Bauer. Alsdann gab Genosse Lutz den Kassenbericht vom letzten Quartal. Einer Einnahme von 904,82 M. steht eine Ausgabe von 954,59 M. gegenüber. Die Weihnachtsfeier hat, wie Genossin Jachow berichtet, einen Ueberschuß von 29 M. ergeben. Diese Summe soll den Ferienspielen überwiesen werden. Als Delegierte zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Jachow, Vier, Hellmann und Wolf bestimmt. Darauf hielt Genosse Dr. Bruno Borchardt ein kurzes Referat über Kommunalpolitik. Genosse Leimbach ergänzte in der Diskussion, speziell durch Eingehen auf die Steglitzer Verhältnisse, diese Ausführungen und forderte zur regeren Beteiligung an der Wahlarbeit auf. Bei der nun folgenden Auffstellung der Kandidaten zur Gemeindevorstellung kam es zu einer lebhaften Aussprache. Im 1. Bezirk wurden die Genossen Leimbach und Richard Krug aufgestellt. Dagegen wurde beschlossen, im 2. Bezirk in Erwartung eines geeigneten Hausbesitzers keinen Kandidaten aufzustellen und mit der Demokratischen Vereinigung zwecks gegenseitiger Unterstützung in Verbindung zu treten. Die Angelegenheit betreffs Ausschluß eines Genossen wurde einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen.

## Johannisthal.

Den Bericht über den Stand der Gemeindevorstellungen erstattete in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Dühring. Der Redner erwähnte, daß die aus vier Vertretern bestehende dritte Abteilung im Besitze unserer Genossen sei. Für die Volksschule gebe die Gemeinde 80 000 M. aus, diese Summe reiche indessen nicht zu, um dieselbe nach den Wünschen unserer Vertreter zu gestalten. Trotzdem trügen sich die bürgerlichen Vertreter mit dem Plane, eine höhere Schule zu schaffen. Die Tatsache, daß die Gemeinde mit der Nieder-Schönweider Gasanstalt einen 25jährigen Vertrag geschlossen, mit den Charlottenburger Wasserwerken und der V. C. W. gleichfalls in ein lauges Vertragsverhältnis eingewilligt habe, sei einer eventuellen Eingemeindung mit einer Großstadt sehr hinderlich. Der Teltowkanal habe der Gemeinde keinen Nutzen gebracht. Der Gemeindeeinkommensteuereinzugsatz betrage gegenwärtig 140 Prozent. Genosse Rabumbe unterstützte die Ausführungen Dührings. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Steuer und Lehner delegiert. Zum Schluß wurde auf den am 29. Januar beginnenden Vortragskursus hingewiesen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben der verstorbenen Mitglieder Plecke und Jahn in der üblichen Weise.

## Bris-Sudow.

Freies Koalitionsrecht und die Höhe der Scharfmacher, lautete das Thema, über das Reichstagsabgeordneter Genosse Jubeil vor einer außerordentlich gut besuchten Versammlung referierte. Wegen des Versuchs, so betonte der Redner, dem Arbeiter die Möglichkeit zu nehmen, durch Koalition die andauernde Steigerung der Lebenshaltung, hervorgerufen durch die hohen Preise, einigermaßen wieder auszugleichen, habe die gesamte organisierte Arbeiterschaft sich aufzuraffen. Sie habe nicht nur den Streikkampf zu führen, sondern nach dem Telegrammwort „immer feste die a u t“ zum Angriff überzugehen und an Stelle des jetzt bestehenden Scheinkoalitionsrechts ein wirklich freies Koalitionsrecht zu fordern. Eine Resolution, die dem Reichstag überandt werden soll, wurde einstimmig angenommen.

## Sanktvit.

Der Raubzug gegen das Koalitionsrecht, lautete das Thema, das Genosse Ha h in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung behandelte. In trefflicher Weise zeichnete der Redner den Anwesenden die Gefahren auf, die der gesamten Arbeiterschaft durch jene Pläne der Scharfmacher drohen. Nicht der organisierten Arbeiterschaft sei, sich gegen solche reaktionären Annahmen wie ein Mann zu erheben. In der Diskussion erwähnte Genosse Madide die Anwesenenden zu reger Agitation für die im März stattfindenden Gemeindevorstellungen sowie zur Einschnahme in die Wählerliste, welche von jetzt ab auch im Zigarrengeschäft der Genossin Debnst, Sehlitzstraße 6, ausliegt. Nach Annahme einer im Sinne des Referats gehaltenen Resolution wurde die vom besten Geist besetzte Versammlung geschlossen.

## Mariendorf.

In einer öffentlichen Protestversammlung referierte Gewerkschaftssekretär Genosse De h über den Plan der Scharfmacher, das wichtigste Recht der Arbeiter zu zerstören. Daß in der Forderung des Streikpolenrechts, wie in der Bekämpfung der organisierten Arbeiter jetzt schon das Mögliche getan werde, konnte Redner an Hand zahlreicher Gerichtsurteile nachweisen. Einem erneuten Versuche, die Arbeiterklasse zu spalten, müsse das Verstreben entgegengesetzt werden, die Reihen der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen dichter zu schließen. Auch der Sachverstand wies auf den Ernst der gegenwärtigen Situation hin. Am Schluß der Versammlung machte Genosse Reichardt noch sachdienliche Ausführungen in bezug auf die in diesem Frühjahr stattfindenden Gemeindevorstellungen, die gleichfalls das Interesse der wertvollen Bevölkerung erforderten.

## Spandau.

Aus den Sitzberatern in letzter Stadtverordnetenversammlung ist besonders der Schuleit zu erwähnen, der in einem ungewöhnlichen Eitempo durchgepeitscht wurde. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 1 643 313 M. gegen 1 415 550 M. im Vorjahre. Die wirklichen Einnahmen (Schulgeld, Zinsen aus Stiftungen) betragen 1 011 156 M. Die Staatskasse leistet als Beihilfen für die Gemeindefschulen 44 110 M. Der Vorzuschuß aus der Stadthauptkasse beträgt für die Oberrealschule 80 700 M., für das Oberlyzeum 36 199 M., für die Mittlere Mädchenschule 28 474 M., für die Mittlere Knabenschule 17 029 M. und für die Volksschulen 626 987 M. Die Zahl der Volksschüler betrug am 15. Oktober 11 756, die Gesamtschülerzahl 13 887. Von den Kosten für die Schulen entfallen auf jeden Schüler bzw. Schülerin pro Jahr: bei der Oberrealschule 165,81 M., Oberlyzeum 85,54 M., Mittlere Mädchenschule 62 M., Mittlere Knabenschule 56,76 M., bei den einzelnen Gemeindefschulen 63 M. 121 M. Bei der Hilfschule für Schwachbegabte entfallen auf jedes Kind rund 208 M. Stadtverordneter Kirch bemängelte, daß die 8. Gemeindefschule in drei verschiedenen Gebäuden untergebracht sei und hielt einen Neubau derselben für dringend erforderlich. Genosse Pieper kam auf die Schlichtschubertien in den hiesigen höheren Schulen zu sprechen. Es sei gewiß eine gute Einrichtung, wenn die letzte Schulstunde des

Vormittagsunterrichts ausfalle, um den Kindern Gelegenheit zu geben, dem Schlittschuhsport auch während der nicht so heißen Mittagsstunden zu huldigen. Zu verurteilen sei es aber, daß man diese Vergünstigung nicht auch den Volksschülern gewähre, da diese sie doch viel nötiger gebrauchten. Bezüglich der Jubiläumsturnhalle stellte Redner den Antrag, daß diese endlich auch der Freien Turnerschaft zur Verfügung gestellt werde, da doch die Halle auf Kosten aller Steuerzahler errichtet sei. Wenn behauptet werde, daß die Freie Turnerschaft auf sozialdemokratischem Boden stehe, so treffe das nicht zu, dieselbe wolle nur den Sport pflegen. Es seien nur Ausflüchte, wenn behauptet werde, die Halle sei an jedem Abend besetzt. In den in der Halle vorhandenen patriotischen Bildern habe sich die Freie Turnerschaft nicht. Redner ersuchte noch einmal dringend, den freien Turnern die Halle zur Verfügung zu stellen. Stadtv. Böhring (Kommunale Vereinigung) spielte sich als Scharfmacher auf und denunzierte die Freie Turnerschaft bei der Behörde, indem er behauptete, dieselbe verfolge sozialdemokratische Tendenzen. Den Beweis hierfür blieb er allerdings schuldig. Seiner Meinung nach mißte sich der Verein schon deshalb mit Politik beschäftigen, weil ständig die sozialdemokratischen Stadtverordneten für die freien Turnern eintreten. Wenn sich die Freie Turnerschaft mehr mit Turnen und nicht mit politischen Sachen beschäftigen würde, würde auch der Magistrat der Hergabe der Halle sympathischer gegenüber stehen. Genosse Pieper griff die Kommunale Vereinigung scharf an, die doch sonst immer als Arbeiterpartei gelten wolle und auch hauptsächlich aus Wahlen der 3. Abteilung hervorgegangen sei, hier aber gegen eine Gleichberechtigung aller Turnern aufträte. Für den Antrag Pieper stimmten 11 liberale Stadtverordnete, dagegen geschlossen die Freie Vereinigung sowie die Kommunale Vereinigung und die Kinderheit der Liberalen. Dem Etat selbst wurde zugestimmt.

Zur Erbauung eines Gasbehälters wurden nach kurzer Debatte 425 000 M. bewilligt. Der Standort für den neu zu erbauenden Gasbehälter wurde, um den Einsprüchen der Anlieger der Schüllerstraße entgegen zu kommen, etwa 20 Meter nach der Schüllerstraße hin verschoben. Ferner wurde die für den neuen Gasbehälter veranschlagte Summe von 350 000 M. auf 300 000 M. herabgesetzt.

Für die Herstellung von Gasleitungen und Laternen in den Straßenzügen zu beiden Seiten der Hafenbahn einschließlich der Teltower Straße wurden debattelos 36 300 M. bewilligt. Angenommen wurde noch ein Antrag, zur Beschaffung einer Neuerrichtung für Röntgentherapie und der hierzu erforderlichen baulichen Veränderungen im städtischen Krankenhaus 7000 M. zur Verfügung zu stellen.

Hierauf folgte geheime Sitzung.

Widerrechtlich auf der Polizeiwache festgehalten wurden, wie man uns berichtet, dieser Tage zwei Arbeiter, die sich darüber aufhielten, daß beim Eisen der Brauerei Pfefferberg, Alt-Spandau, ein auf Urlaub in Spandau weilender Ziehens-Duvar beschäftigt war. Es handelte sich um den Sohn des Fuhrwerksbesizers Reffe, der für die Brauerei die Fuhrer macht. Da auch in Spandau zahlreiche Arbeiter ohne Beschäftigung sind, gaben die zwei Arbeiter ihrer Empörung über die Beschäftigung des Soldaten Ausdruck. Sie wurden zur Wache gebracht und obwohl sie verheiratet sind und in Spandau Wohnung haben, den Tag über dort behalten. Warum behält die Polizei diese beiden Arbeiter in Haft? Ein Recht hierzu steht ihr, sobald sie die Personalsliste sowie die Wohnung der Arbeiter festgestellt hat, nicht zu.

## Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Sonntag, den 25. Januar u. r. Tagesausflug nach Pichelsberge und Wannsee. Abmarsch früh 1/9 Uhr vom Sophie-Charlottenplatz (Untergrundbahn). Donnerstag, den 29. Januar: Diskussionsabend. Sonnabend, den 31. Januar: Besuch der Charlottenburger Oper. Preis 90 M. Einführungsabend: Freitag, den 30. Januar, im Jugendheim, Rosenstraße 3, Seitenflügel parterre.

Neukölln. Morgen Sonntag: Besichtigung des Märkischen Museums. Treffpunkt um 1/9 Uhr am Hermannplatz (Spothofe) und um 10 Uhr vor dem Märkischen Museum, Köpenicker Park.

## Eingegangene Druckschriften.

Die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands. Herausgegeben von der Dresdener Bank. 1,20 M. F. E. Ritter u. Sohn, Berlin SW. 68.  
Der Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuches nach den Beschlüssen der Strafrechtskommission bearbeitet von Dr. L. Ebermayer. 3 M. D. Weidmann, Berlin W. 57.  
Unsere liebe Frau. Roman von R. Grab. E. Fleischer u. Co., Berlin W. 9 4 M.  
Kommunales Jahrbuch. 6. Jahrg. 1913/14. Herausgegeben von H. Lindemann, R. Schwaner, A. Schäfer. 23 M., geb. 24 M. G. Fischer, Jena.  
Der soziale Katholizismus in England. Von Dr. R. Wainiger. (Apologie). Tagesfragen. Heft 14.) R. Gladbach, Volksoereinsverlag. 1,85.  
Repräsentanten des Menschengelechts. Aufzeichnungen über den Prozeß Sudermann-Jacobson von Th. Reising. 86 S. „Die Aktion“, Wilmersdorf, Rosa-Luxemburgstr. 17.  
Ist das Zentrum eine Oppositionspartei? Von Skizze von R. Koeder. 45 S. „Reife“, Amsterdum.  
Der Staatsbürger. 5. Jahrg. Heft 1. Monatlich ein Heft. Vierteljahr 2 M. E. D. Morik, Stuttgart.  
Charlottenburger Statistik. 27. Heft. (Wohnungswechsel und Wohnungsmarkt.) Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt. 1913. 80 S. Ulrich u. Co., Charlottenburg.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 25. Januar, vormittags 9 Uhr, Tappert-Allee 15/17; Neukölln, „Ab-ab-fahrt“; Tegeler, Bahnhofstr. 15, und Ober-Schöneweide, Klarstr. 5; Freireligiöse Vorklung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 5: Vortrag von Herrn G. Kotter: „Die Entfaltung unseres Sonnensystems.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Viertelarbeiter. (N. a. G.) zu Hamburg. Filiale Bernau i. M. Heute Sonnabend, den 24. Januar, abends 9 1/2 Uhr, findet im Lokal von H. Kretsch, Bernau, Dreifeldstraße, Ecke Hofstraße, eine Mitgliederversammlung mit sehr wichtiger Tagesordnung statt.

## Witterungsbericht vom 23. Januar 1914.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Zwinnende	770,8		2bedekt	-1	Habaranda	750,8		4bedekt	2		
Hamburg	770,8		3bedekt	-1	Betersburg	752,8		2bedekt	-3		
Berlin	771,5		1bedekt	-3	Scilly	763,8		4molten	5		
Frankf. a. M.	770,0		3Dunst	-10	Überdeen	764,8		4molten	2		
München	769,0		6bedekt	-10	Paris	766,0		1molten	-10		
Wien	770,8		1molten	-9							

Wetterprognose für Sonnabend, den 24. Januar 1914. Vormittags neblig oder wolfig bei leichtem Frost mit mäßigen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

In dieser Woche:

# Doppelte Rabattmarken

mit Ausnahme weniger Artikel

Warenhaus

# Arthur Behrendt

Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 11.

In den Räumen der früheren Firma A. Weiss & Co. Nachf.



Marktpreise von Berlin am 22. Januar 1914, nach Ermittlungen des Igl. Volkepreiskomitees. Weis (mit), gute Sorte 16,80—17,00, Donau 00,00—00,00. Weis (runder), gute Sorte 14,80—15,20. Richtmaß 0,00. Neu 0,00—0,00.

Marktpreise 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Stoßen 40,00—50,00. Spießbohnen, weiße 35,00—60,00. Linsen 35,00—30,00. Kartoffeln (klein), 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,80—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,90. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,30—7,30. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kalle 1,60—3,40. Bänder 1,40—3,20. Gedr. 1,60—3,00. Wäsche 1,20—2,20. Schlei 1,60—3,20. Bleie 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 3,00—24,00.

**Wasserstands-Nachrichten**

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 22. 1.		Wasserstand	am 22. 1.	
	21. 1.	21. 1.		21. 1.	21. 1.
Remel, Mitt	cm	cm <sup>1)</sup>	Saale, Großh.	cm	cm <sup>1)</sup>
Bregel, Ankerburg	160 <sup>2)</sup>	-7	Havel, Ebnau <sup>3)</sup>	218	+2
Reichel, Thon	90 <sup>4)</sup>	+8	Mathemow <sup>5)</sup>	135 <sup>6)</sup>	-1
Dber, Raitbor	235 <sup>7)</sup>	-18	Spree, Spremberg <sup>8)</sup>	100	-8
Proffen	174 <sup>9)</sup>	+1	Beslow	168 <sup>10)</sup>	+1
Frankfurt	300 <sup>11)</sup>	0	Weser, Wüsten	—	—
Wartde, Schirum	138 <sup>12)</sup>	-10	Rubin	310 <sup>13)</sup>	-10
Landenberg	214 <sup>14)</sup>	+24	Nein, Ragumkandau	434	-10
Rebe, Borsdamm	110 <sup>15)</sup>	-8	Raub	246	-13
Eibe, Zeitmerz	94	+45	Röln	285 <sup>16)</sup>	-21
Dresden	-136 <sup>17)</sup>	-5	Redar, Dreibrom	114	-1
Barbe	111 <sup>18)</sup>	+9	Rain, Danau	169 <sup>19)</sup>	-1
Magdeburg	90 <sup>20)</sup>	0	Roel, Trier	134 <sup>21)</sup>	+1

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, - Fall. <sup>2)</sup> Unterpegel. <sup>3)</sup> Oberhalb der Stadt. <sup>4)</sup> Cist. <sup>5)</sup> Cist. <sup>6)</sup> Cist. <sup>7)</sup> Grundbeis. <sup>8)</sup> Cist. <sup>9)</sup> Cist. <sup>10)</sup> Cist. <sup>11)</sup> Cist. <sup>12)</sup> Cist. <sup>13)</sup> Cist. <sup>14)</sup> Cist. <sup>15)</sup> Cist. <sup>16)</sup> Cist. <sup>17)</sup> Cist. <sup>18)</sup> Cist. <sup>19)</sup> Cist. <sup>20)</sup> Cist. <sup>21)</sup> Cist.

**Augustabad**

Röpenicker Str. 60/61. 4965<sup>1)</sup>  
Lieferant aller Krankenbetten.

Abhandlungen und Vorträge zur sozialistischen Bildung. Herausgegeben 248/19<sup>2)</sup> von Max Grünwald. Heft 6:

**Schiller und die Arbeiter**  
Von Conrad Haensch.  
Preis 40 Pf.



**In Freien Stunden**

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Bewährte Frostmittel!

Russischer Frostikon-Balsam gegen Frostbeulen, Frostströte und Zuden.  
Russische Frostikon-Salbe gegen offene Frostwunden.  
50, 75 Pf., 1 Mk. Wirk. schnell u. sich.  
Otto Reichel, Berlin 43, Ottenbahnstr. 4.

Werkstatt „Präcision“  
Arthur Seebach  
Uhrmacher  
Neukölln, Pflügerstr. 11

sagt vor jeder Reparatur an Uhren, Goldsachen und Musikwerken den genauen Preis an. 2 Jahre Garantie.

Reederei Kahnt & Hertzner  
Kontor C. 2, A. d. Stralauer Brücke 4, 3  
Wir empfehlen den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften unsere mit elektrischer Beleuchtung versehenen Schiffe zu Ausflügen usw. unter äußerst günstigen Bedingungen.

**Oswald Naefe**  
Färberei u. Chemische Wäscherei  
Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208  
Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw.  
Gardinen-Wäscherei, Mechan. Teppich-Schüttelwerk.  
Kul. Bedienung, Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos.  
Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saalestr. 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-Friedrich-Str. 62, Kaiser-Friedrich-Str. 193, Münchener Straße 36/37, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 43, Friedelstraße 34, Kneesebeckstr. 119, Ecke Hermannstr., Woserstr. 16, Emserstr. 16/17, Teupitzer Str. 106.  
Berlin S: Gräfestr. 62.  
Schöneberg: Goldstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 6, Hauptstr. 103.

1500 Stück  
Muster-Taschentücher  
mit Madeira, handgestickt, darunter beste Qualitäten zum Ausschuchen, Sensationspreis . . . . . Stück **15 Pf.**

**Weisselwoche**

Zur billigsten Zeit, in den bedeutendsten Webereien der massgebenden Industrie-Plätze, aussergewöhnlich günstig eingekaufte grosse Posten weisser Waren, kommen während der Weissen Woche zum Sonderverkauf

**Damen-Wäsche**

Damenhemden Fasonsch. gut. Reif m. Stick. 2.15, 1.95, **1.50**  
An- u. Einsatz Handdurchzug  
Damenhemden Fasonsch., fein Madapolam 2.95, 2.65, **2.35**  
m. ged. Stick u. Säumchen garu.  
Damenhemden Achselabschluss mit Stickerei u. Säumchen 1.65  
garniert . . . . .  
Beinkleider mit breiter Stickerei und Fältchen . . . . . **1.65**  
Nachtjacken in Sommer- und Winter-Stoffen mit breiter 1.65  
Stickerei . . . . .  
Damenhemden Achselabschluss aus gut. Hemdentuch mit 1.95  
solider Stickerei u. Hohlraum-Garnierung  
Beinkleider mit Stickerei An- und Einsatz und Säumchen 1.95  
Nachtjacken halstrei, mit Stickerei-An- u. Einsatz Stück  
Damen-Nachthemden halstrei, mit breiter 4.75, 3.95, **2.65**  
Stickerei, <sup>1/2</sup>, Ärmel  
Damen-Nachthemden aus gutem R. nocoré, halstrei, 6.50, **5.45**  
m. gedeg. Stick An- u. Eins.  
Batist-Unterröcke m. hoch gefalt. Sticker. 5.75, 4.75, **3.75**  
Volant u. Handdurchzug  
Kombination Unter alle u. langer Rock u. br. 6.75, 5.95, **4.75**  
Stick.-Volant, Taille reich garn.

Garnituren Hemd und Beinkleid, mit Stickerei-An- und 3.75  
Eins., Handdurchzug, ganz besonders reich garniert.  
Untertailen aus grossen Musterkollektionen, mit 1.95  
eleganter Stickerei und Spitze-  
garnierung zum Ausschuchen . . . . . Sensationspreis durchweg  
Untertailen mit Stickerei und Hand- 1.65 1.25 **95 Pf.**  
durchzug reich garniert . . . . .  
Ein Posten **wäsche-Stickeren** 1.65 1.25 **95 Pf.**  
Schw.-her Ausfüh., Coupon ca. 4.10 bis 4.60 m St.  
Stickerei-Rockvoant in verschied. schönen 1.95  
Mustern, Coupon ca. 2.10 m . . . . . Stück

**Extra-Angebot in Frotterwäsche**

Badeaken Gr. 100x100 100x150 125x140 140x180  
1.15 1.95 2.25 3.25  
Badehandtücher Grösse . 50x120 82x110 **85 Pf.**

**Damast-Tischtücher**  
130x150, weiss gebleicht, wunder- 1.95  
volle Muster  
Sensations-Preis

**Damast-Servietten**  
60.60, weiss gebleicht, Sensat- 2.45  
Preis <sup>1/2</sup> Dtzd.

**Leinwand-Handtücher**  
mit roter Kante, sehr dicke, 2.40  
schwere Ware.  
Sensations-Preis  
<sup>1/2</sup> Dutzend . . . . .

**Damast-Handtücher**  
weiss gebleicht, gesäumt und 2.95  
gebündert  
Sensations-Preis  
<sup>1/2</sup> Dutzend . . . . .

ca. 50 000 Mtr. **Wäschestoffe**  
für Leib- und Bettwäsche staunend billig

Elsasser Hemdentuch starkfädige Ware, 82 cm 45, 38, **28 Pf.**  
breit . . . . . Meter  
Elsasser Renforcé für elegante Leibwäsche, circa 48, 35, **30 Pf.**  
82 cm breit . . . . . Meter  
Louisianatuch für Leib- und Bettwäsche, ca. 82 cm 50, 42, **33 Pf.**  
breit . . . . . Meter  
Louisianatuch für Bettwäsche, ca. 150 cm breit, 95, 75, **65 Pf.**  
in Ware . . . . . Meter  
Elsasser Damast oder Dimiti sehr moderne Dessins, 70, **55 Pf.**  
Kissenbreite . . . . . Meter  
Elsasser Damast oder Dimiti moderne Dessins, 1.10, **85 Pf.**  
Deckbettfr., Meter  
Laken-Daulas starkfädige Ware, ca. 150 cm breit, Meter **85, 65 Pf.**  
Laken-Halbbleinen volle Breite . . . . . Meter **1.25, 95 Pf.**  
Bett-Inletts Deckbett Unterbett Kissen  
Meter **1.70, 1.25, 1.65, 1.20, 90, 70 Pf.**  
Stand Betten gefüllt mit guten Federn.  
Deckbett, Unterbett, 2 Kissen . . . . . **37.50, 28.50, 19.50**

**Bettwäsche**

Deckbett 2 Klassen, aus gutem 3.25  
Haustuch . . . . . 4.25, **3.25**

Deckbett 2 Klassen, Linnen, aus 4.95  
ganzher Breite, jetzt **5.50, 4.95**

Deckbett 2 Klassen, Eis, Damast oder 5.95  
Dimiti, teilw. angestaubt, jetzt

Bettflak. 2.50 Gr. 130 x 190 1.35  
Daulas Grösse 180x225 x 290

Bettflak. 2.95 Gr. 150 x 250 1.95  
Halb-Grösse 160x225 x 290

Bett-Inlett 4.95, 2.95  
Unterbett 4.95, 3.25 1.50, **95 Pf.**  
Kissen

ca. 1200 Dtz. **Handtücher**

Stub- u. Küchen-Handtüch. in Dreil oder Gerstenkorn, <sup>1/2</sup> Dtzd. 1.95, **1.45**  
Dreil-Handtücher derbe Qual. hervor- 2.40  
ragend billig <sup>1/2</sup> Dtz  
Dreil-Handtücher in Lein. 3.25  
u. gebündert ca. 48x110 . . . <sup>1/2</sup> Dutzend  
Gersenk-Handtücher 2.75  
dicke, schwer. Ware, ges u. gebünd. <sup>1/2</sup> Dtz.  
Gerstenk.-Handtücher in Lein. 48x110, gesäumt u. gebünd. <sup>1/2</sup> Dtz. 3.45  
Damast-Handtüch. Lein. 50x120, gesäumt u. g. bündert. <sup>1/2</sup> Dutzend 3.75  
Rolltücher Pa. Qual. ca. 1.50, **95 Pf.**  
80x200 -Stück  
Resie u. Coupons Louisiana- 1.75  
natuch, Sensationspre. <sup>1/2</sup> Mtr.

**Tischtücher**

Jacquard-Tischtücher gute Qualität 4.25  
für 4 Personen 6 Personen 8 Personen 12 Personen  
1.35 1.95 2.65 4.25

Hausmacher-Tischtüch. rein 6.90  
für 4 Personen 6 Personen 8 Personen 12 Personen  
2.25 2.95 3.95 6.90

Jacqu.-Tischtücher mit Durchbruch 6.90  
und Hohlraum  
für 4 Personen 6 Personen 8 Personen 12 Personen  
2.65 2.95 3.95 6.90

Jacqu.-Serv. eff. 3.45 2.75 1.75  
rein Lein. u. <sup>1/2</sup> Lein., <sup>1/2</sup> Dtz.

Einzelne Jacq.- u. Damast-Tischtücher **95 Pf.**  
etwas lei. bei angestaubt, St. 1.35, 1.45,

**Wischtücher**

Prima Reinleinen, rot, auch blau kariert, zum Ausschuchen. Sensations-Preis 1.75  
<sup>1/2</sup> Dutzend . . . . .

**Bett-Bezüge**

in Damast und Dimiti beste Qualitäten zum Ausschuchen. Sensations-Preis 3.40  
Stück . . . . .

**Bettwäsche**

Bezug mit 2 Kissen, Prima Haustuch, teilweise etwas angestaubt, Sensations-Preis . . . . . **2.95**

**Bett-Tücher**

aus prima Daulas, ca. 150x225 cm, in hervorragender Qual., Sensations-Preis . . . . . **1.95**

ca. 3000 Coupons **Wäschestoffe** 2.95  
stark, mitt. u. feinfäd., Coup., 10 Mtr. 4.50, 3.75,  
Ein Posten Reinlein. Taschentücher 1.95  
mit kleinen Webfehlern, <sup>1/2</sup> Dtzd. 2.15, 1.75,

**Wilhelm Joseph**  
Schöneberg Hauptstr. 163  
Berlin Grossgörschen-Str. 1



# Beste der Inventur

NOCH ist es Zeit!

Berlin Potzdamerstr. 139

Schöneberg Hauptstr. 160.

Steglitz Abrechrstr. 2.

Wilmersdorf Augustastr. 1.

## Werner

Nunberg Schöneberg

### Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich einmal

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen

<b>Aufbügelinstit.</b> <b>W. Meyer</b> Dresdenstr. 82 Rep. 1. Herr- u. Damenkleid.	<b>Blumen und Kränze</b> <b>W. Thiedtke</b> Neukölln Hermannstr. 64 Kottbusserdamm 19 Tel. Moritzpl. 5309.	<b>Fahrräder, Nähmasch.</b> <b>Gust. Wolf, Britz</b> I. Geschäft: Chausseestr. 57. II. Geschäft: Redowestr. 24 Verk. erstkl. Mark., Teilzahlg. gut	<b>Herrenartikel</b> <b>H. Krüger, Waldemarstr. 76</b> Kaufhaus Mariendorf Er. Hadan Niederschönweide Berlinerstr. 109.	<b>Möbel-Fabrik u. Magazine</b> <b>Rich. Barasch</b> Schlesische Str. 40 a. Verkauf zu Fabrikpreisen. Tischlermeister <b>O. Menschner</b> Gräfstr. 2, vis-a-vis Jandorf liefert gut und billig.	<b>Schuhwaren u. Besohlenst.</b> <b>J. Czapliewsky</b> Neukölln Berlinerstr. 50 M. Gettka Tempelhof Berlinerstr. 103 <b>Fritg Hennig</b> Köpenickerdamm 29-30 Schick, Fabrikpreise <b>L. Kuntzsch</b> Neukölln, Bergstr. 52 Schirke- u. Hermannstr.-E. Wolkenstein's Schuhwarenhaus u. Rep.-Werkst., Graetzstr. 20 <b>Robert Hau</b> Charlottenburg Tegelerweg 6. <b>Eng. Schön</b> Baumhofweg Baumstr. 63. <b>Jul. Schölke</b> Mariendorf Chausseestr. 207	<b>Cöpenick</b> <b>Gustav Richter</b> Cöpenick u. Oberschönweide. Eigene Werkstätten für mod. Wohnungsrichtungen mit elektrischem Betrieb. Auf Wunsch sende Vertreter																																																																																													
<b>Badeanstalt.</b> Augusta-Bad, Cöpenick, St. 09 Lief. skmtl. Krankenbetten <b>Lindobad, Lindenstr. 109</b> Sockels. Friedhofstr. 11. F. Kass. <b>Josener Bad, Zossen, St. 24</b> Lief. skmtl. Krankenbetten	<b>Butter, Eier, Käse</b> <b>Kauft „Märkische Perle“</b> <b>Mecklenburger Perle</b> Märkische Perle allerfeinste Pflanzenbutter. <b>E. Prenger</b> Bernhartstr. 21. <b>W. Meißner</b> Emsenstr. 114 feinst. Naturbutter	<b>Fleischhandlungen u. Räscherwaren</b> <b>C. Dittmann</b> Neukölln, Berlinstr. 42 <b>Paul Franke</b> Neukölln, Gute Räscherwaren <b>W. Heppner</b> Brückerstr. 3 a. Räscherw. tgl. frisch <b>M. Winkler</b> Kottbusserdamm 30. Tel. Moritzpl. 11 508.	<b>Herrengard.</b> <b>Fr. Kilig</b> Luisenparkstr. 61. Auch Stoffausgabe.	<b>Hüte und Herrenartikel</b> <b>Hofhaus Norden</b> Dresdenstr. 120. Brunnenstr. 22. Badstr. 68. Chausseestraße 25.	<b>Strumpfwär. und Wäsche</b> <b>C. Braun, Kottbusserdamm 5.</b>	<b>Brotfabrik Vorwärts</b> Hermann Ulrich Kaiserin Augusta-Viktoriastr. 23 <b>M. Weinstock, Rudowstr. 21</b> bill. Bezugsquelle f. Damen- und Kinder-Konfektion und Wäsche, Schürzen.																																																																																													
<b>Bäcker- u. Konditoreien</b> <b>Bäckerei Nordstern</b> Inh. Gust. Müller Pflaumen in Berlin, Ortes u. Engländer- Dammstr. 11. Spez. <b>G. Anders</b> Guter schmackh. Brot <b>Job. Bomhard</b> Schillerstr. 22. best. gute Qualität <b>G. Brüge</b> Leykostr. 19. gutes großes Brot <b>Arthur Friedrich, Nordstr. 3</b> <b>A. Gemeinhardt, Adalbertstr. 92.</b> <b>M. Grundt, Neukölln, Ringstr. 22.</b> 1891. Spezial fe. Backw. <b>Herm. Hiesse, Thürobergerstr. 17.</b> <b>Max Kasten</b> Kaiser-Friedrich- Straße 102. <b>H. Ködmehl</b> Waldemarstr. 46. u. Best. Backwaren. <b>G. Krieckel</b> Mühlenerstr. 28 Spez. Kuch., Torten bill. <b>B. Krüger</b> Wilmannsstr. 29 gut. Roggenbrot, Backw. <b>G. Leanchair</b> Kottbusser- damm 12. <b>Wilb. Meinicke</b> Lindenstr. 76. Kronenstr. 72. <b>Berth. Meyer</b> Reichenberger- Straße 79-80 <b>Vix Schulze</b> Nk. Spreng- bürgerstr. 6. <b>K. Walter</b> Köpenickerstr. 74 King. Ohmstr. <b>R. Walter</b> Keshills, Weisest. 81 emp. sich f. vorzügl. Backw. <b>P. Wexler</b> Schillerpromenade 29 Aserkani gute Kuchen.	<b>Cigaretten-Fabrik</b> <b>Frei Rauch</b> ff. Qualitätsigaretten Neukölln, Kirchhofstr. 19 Amt Neukölln 1246 <b>Cigarren und Tabake</b> <b>H. Maad</b> Kottbusser Damm 80-83. <b>Johann Sauer</b> Hermannstr. 124 Dahlel Hermannstr.	<b>Wurst, Speck und Schinken</b> Richard Grieger Kottbusser Damm 14 <b>Rich. Deckert, Wienerstr. 33.</b> <b>P. Dräger</b> Falkstraße 39 prima Aufschnitt. <b>Edvard Farrenkopf</b> Glogauer Str. 19. <b>G. Kehrberg</b> Adalbertstr. 48 ff. Fleisch- u. Wurstw. <b>Reinr. Malzker</b> Hermann- Str. 228 <b>G. Regber</b> Karligartstr. 18 ff. Fleisch- u. Aufschn. <b>Gh. Riedel, Wilmannsstr. 1.</b> <b>K. Rittermann</b> Treptow, Elmsstr. 37 ff. Fleisch- u. Wurstw. <b>H. Schmidt</b> Nogatstr. 22 gute Bezugsquelle. <b>R. Sahib</b> Lessingstr. 18. ff. Aufschnitt. <b>P. Schmidt</b> Falkstraße 3 ff. Fleisch- u. Wurstw. <b>Carl Strohbach</b> Neukölln Bergstraße 67 <b>Max Schulze, Skalitzerstr. 98.</b>	<b>Kolonialwar. Delikatessen</b> <b>L. Andre</b> Okerstr. 47, gute billige Quelle. <b>Alwin Bogen</b> Kottbusser- damm 7. <b>Lange Nachl.</b> Belg. Chausseestr. 75 <b>E. Liebenau</b> Nklln., Wienstr. 1 Spez. Krassenweins. <b>Gottl. Mühlwinkel</b> Kronold- straße 12. <b>A. Meißner</b> Döbmitzstr. 14/15 Spez. Mehl u. Konserven. <b>K. Pickert</b> Falkensteinstr. 7 best. Bezugsquelle <b>E. Piltz</b> Kirchhofstr. 14 bekant. gute u. bill. Quelle <b>O. Steffen</b> Nklln., Bergstr. 101 Mehl und Delikatessen.	<b>Möbel-transport</b> Wilh. Busse   Tel. Berlin Platz Rübestr. 45   3503	<b>Nähmasch.</b> <b>Littauer Vertr. Wilke</b> Neukölln Berlinerstraße 94. Hermannstr. 89-90.	<b>Papier- und Schreibwar.</b> <b>H. Paschke, Lindenstr. 113.</b> <b>Patentanw.</b> <b>Wessel, Gitschinerstraße 94a</b> <b>A. Müller</b> Gitschinerstr. 81, Tel. N., Moritzpl. 8442	<b>Seifen</b> <b>Grellenius</b> Mariendorf Chausseestr. 279. <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> Schlesische Str. 35. Spez. f. Seifengeschäft.	<b>Wäsch-, Kurz- Wollwaren</b> <b>Kaufhaus des Südens</b> Nklln., Kais. Friedr. Str. 60. 51, in bar	<b>Wild und Geflügel</b> <b>J. Lasnitzki</b> Spez. Gänse- u. Wildgeschäft. Kottbusserdamm 85. 87, Wrangelstr. 17. Wienerstr. 37, Oranienstr. 18. A. Hannas, Fuldastr. 66, Gänse- geschäftl., Ideal-Passage. <b>M. Schöning</b> Anzeig. 29, Spezial- Gänse-Anschaffler. <b>Max Zobel</b> Wrangelstr. 49 T. 10 498. Moritzpl.	<b>Wachstuch, Linoleum</b> <b>Schulz &amp; Kupfer</b> 09. Schönew. Läuferstraße. Edisonstr. 12	<b>Wäscherwaren</b> <b>W. Schulze</b> 